

KURDISTAN REPORT

Juli 1992
Nr. 48
Preis: 3,-

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

- **Wer ist der Terrorist? Das kurdische Volk oder der türkische Staat mit seiner Konterguerilla?**
- **Warum hat die BRD das Waffenembargo aufgehoben?**

Kurdistan Report
monatliche Ausgabe
48

Impressum:
V. I. S. d. P.:
H. Barcedogmus
Vogelsangerstr. 286
5000 Köln 30

Kontakt Adresse:
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

Belgien	52.00 bfr.
Dänemark	10.00 dkr.
Frankreich	10.00 ff.
Großbritannien	1.20 £.
Niederlande	3.50 hfl.
Norwegen	7.50 nkr.
Österreich	25.00 s.
Schweden	7.50 skr.
Schweiz	3.00 sfr.

KONTAKTADRESSEN

Kurdistan-Komitees in Europa

Kurdistan Komitee:
Linke Wienzeile 78, 1060 Wien, ÖSTERREICH
Tel./Fax: 222 / 587 42 68
Comite du Kurdistan:
P.B. 1154, 1000 Brüssel, BELGIEN
Tel.: 2 / 230 92 39 Fax: 2 / 230 92 08
Kurdistan Kommitten:
Vesterbrogade 24a 3th, 1620 Kopenhagen-V, DÄNEMARK
Tel.: 31 / 24 74 57
Koerdistan Komitee:
Postbus 10242, 2501 Den Haag, NIEDERLANDE
Tel/Fax: 70 / 389 18 07
Comite du Kurdistan:
147 Rue de la Fayette, 75010 Paris cedex, FRANKREICH
Tel.: 1 / 42 82 92 76 Fax: 1 / 42 82 97 93
Kurdistan Committee:
P.O.Box 5607, Nicosia, ZYPERN
Tel.: 72 / 46 76 35 Fax: 72 / 46 76 26
Kurdistan Imformation Centre:
11 Portland Gardens, Haringey, London N 4, GROSSBRITANNIEN
Tel.: 81 / 880 17 59 Fax: 81 / 802 99 63
Comite du Kurdistan:
Case Postale 202, 1211 Geneve 21, SCHWEIZ
Tel.: 223 / 29 33 94 Fax: 22 / 29 47 87
Kurdistan Komitee in der BRD e.V:
Hansaring 66, 5000 Köln 1, BRD
Tel.: 0221 / 12 54 64 Fax: 0221 / 13 48 68
Kurdistan Kommitten
Wästmannagatan 73, 11326 Stockholm, SCHWEDEN
Tel.: 8 / 305275, Fax: 8 / 316273

Büro der ERNK:
Ipokratouw 72, 10680 Athen, GRIECHENLAND
Tel./Fax: 1 / 36 34 905
Weitere Kontaktadressen:
Centro de informacion y cooperacion con el Kurdistan
Tel./Fax: 341 / 4 70 20 04
Apartado 8483
28080 Madrid-Espana
Center Catalunya-Kurdistan
c/o Salvadors 24 baixos
08001 Barcelona - Espana

Solidaritätsgruppen in der BRD

- **Arbeitskreis Kurdistan-Botan, Kottbusserstr. 8, 1000 Berlin 36**
- Freunde des kurdischen Volkes HH, Ottenser-Hauptstr. 35, 2000 Hamburg 50
- **AK-Kurdistan, c/o Karen Wind, Strandweg 9, 2305 Möltenort**
- Asyl u. Solidaritätskomitee, c/o Zentrum, Mengstr. 35, 2400 Lübeck
- **Initiative Internationale Solidarität / Kurdistan Solidarität c/o Sielwallhaus, Sielwall 38, 2800 Bremen 1**
- Kurdistan-Solidarität, c/o Rhizom, Weckenstr. 1, 3000 Hannover 91
- **AK-Kurdistan, c/o Die Brücken, Wilmergasse 4, 4000 Münster**
- Solidaritätskomitee mit den kurdischen Gefangenen, c/o BWK-Ruhr, Postfach 10 03 65, 4300 Essen 1
- **IAK-Kurdistan, Autonomie Buchladen, Redlingerstr. 8, 4500 Osnabrück**
- Kurdistan-Solidarität Osnabrück, c/o Autonomie Buchladen, Redlingerstr. 8, 4500 Osnabrück
- **AK-Kurdistan, c/o Kurdistan-Zentrum, Düppelstr. 11a, 4800 Bielefeld**
- AK-Kurdistan c/o GNN-Verlag, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1
- **AK-Internationalismus, Wolfstr. 10 (Hinterhaus), 5300 Bonn 1**
- AK-Kurdistan, c/o Bücherkiste, Bismarkstr. 3, 5900 Siegen
- **AK-Kurdenprozeß, Arbeitersolidaritätskomitee, Leipzigerstr. 32, 6000 Frankfurt 90**
- Freunde und Freudinnen des kurdischen Vokes, MZ/WI, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden
- **Freunde/innen des kurdischen Volkes, c/o Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9, 6300 Gießen**
- Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim
- **Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1**
- Kurdistan-Komitee, c/o GNN-Verlag, Postfach 27 48, 7500 Karlsruhe 1
- **AK-Kurdistan-München, c/o GNN-Verlag, Holzstr. 2, 8000 München 5**
- Solidaritätsgruppen gegen den Kurdenprozess, c/o Was Lefft, Postfach 3543, 8520 Erlangen

KURDISTAN REPORT - Abonnement

jährlich (incl. Porto +Versand) 36.- DM

An:
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

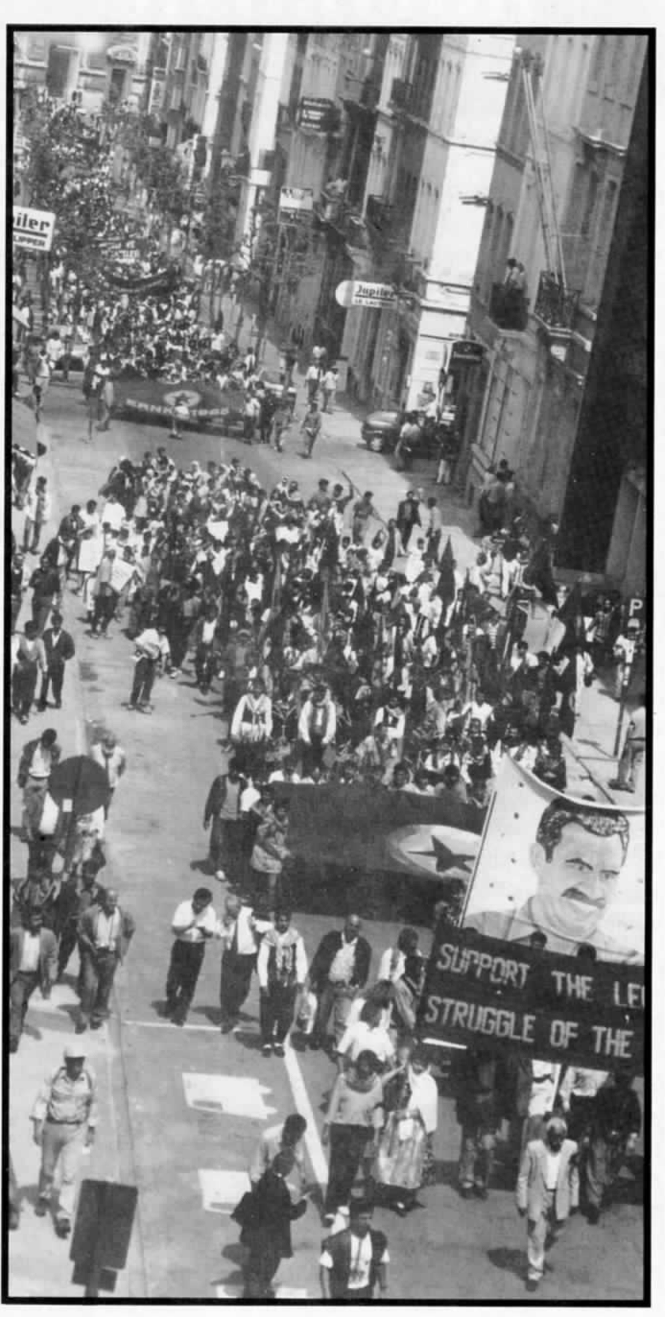
ACHTUNG! NEUE KONTONUMMER

Name :..
Anschrift :..
....

Zahlungen an: **Kreissparkasse - Köln**
H. Barcedogmus
Konto Nr.: 31972
BLZ: 370 502 99

PS: Schickt bitte den Einzahlungsbeleg und dieses ausgefüllte Formular an unsere Adresse

– INHALT –



Demonstration in Brüssel, Mai 1992

EDITORIAL

Liebe Leser,

in der Juliausgabe des Kurdistan-Report berichten wir unter der Rubrik KURDISTAN-AKTUELL über die Wahlen in Südkurdistan, über die neuen Entwicklungen der Kurden in Armenien und eine Einschätzung der aktuellen Politik der Türkischen Republik. In einem weiteren Artikel findet sich eine Bewertung des "Embargo-Spektakels", das die deutsche Regierung gegenüber der Türkei aufführte.

Die grausamen Aktivitäten der Konter-Guerilla werden in der Rubrik TAGEBUCH DER MENSCHENRECHTE dokumentiert. Erst am 21. Juni wurde in Batman der dortige HEP-Vorsitzende von solchen Einheiten, deren Existenz offiziell von der türkischen Regierung geleugnet wird, ermordet.

Eine Einschätzung aus erster Hand liefert der ARGK-Kommandant Cemil Bayik, der in seinem ausführlichen Interview die Lage in Nordwest-Kurdistan bewertet.

Im Mai 1992 fuhr eine große GewerkschafterInnen-Delegation nach Nordwest-Kurdistan, um sich vor Ort von GewerkschaftskollegInnen die Situation schildern zu lassen. Von einem Teilnehmer dieser Delegation wurde uns freundlicherweise ein Bericht zur Verfügung gestellt.

Ebenfalls im Mai gründete sich ein Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein. Die Vorsitzende dieses neu gegründeten Vereins begleitet Ende Juni eine erste Gruppe von kurdischen Familien, die in ihr Dorf Sirnak zurückkehren, von wo sie vom türkischen Militär während des Golfkrieges vertrieben wurden. Über den neugegründeten Verein, dessen Sitz in Köln ist, wurde uns ebenfalls ein Beitrag zugesandt.

Wir hoffen, daß die Lektüre dieser Ausgabe des Kurdistan-Report neue Anregungen für weitere Aktivitäten und solidarische Unterstützung gibt.

Mit solidarischen Grüßen,
die Redaktion

KURDISTAN-AKTUELL

Über das Referendum, Wahlen in Süd-Kurdistan und über die Situation der Kurden in Armenien

Mittlerweile ist auch in der internationalen Öffentlichkeit hinlänglich klargeworden, daß alle Versprechungen der Demirel-Inönü-Regierung, "die kurdische Realität anzuerkennen", und das Gerede von "Politik der Güte" und "Brüderlichkeit" gegenüber den Kurden nichts als die Maske des noch mehr gesteigerten Staatsterrors ist. Die TR behandelt das kurdische Volk alles andere als brüderlich. Brüderlichkeit bedeutet Teilen und Leben auf der Basis der Gleichheit. Um in einem Haus - und hier ist das Haus ein Land - zusammen leben, zusammen arbeiten, zusammen essen zu können, ist Brüderlichkeit notwendig. Wenn einer der Brüder immer alles ißt, den anderen schlägt, schlecht behandelt und der andere wie ein Sklave arbeiten muß und keinerlei Rechte besitzt, dann zeigt das, daß das System kaputt, ungerecht und einseitig ist, und daß es in diesem Haus - oder Land - keine Brüderlichkeit gibt, sondern ganz im Gegenteil eine ungleiche und feindschaftliche Haltung herrscht.
So wie es heute schon längst überholt ist, oder vielmehr eine dem kurdischen Volk feindlich gesinnte Einstellung darstellt, noch darüber zu diskutieren, ob Kurdistan von der Türkei kolonialisiert ist, oder die Realität Kurdistans in Frage zu stellen bzw. zu behaupten, das wäre kein Kolonialismus, genauso rückständig und überholt ist es, heute noch zu fragen: "Dürfen die Kurden sich selbst verwalten, ihre eigenen Institutionen gründen?". Die menschlichste Einstellung, die hier notwendig ist, ist dagegen folgende: "Warum gründen die Kurden nicht ihre eigenen nationalen Institutionen? Welches sind die Hindernisse und was der Weg, der zur Gründung ihrer Institutionen führt? Welche Aufgaben muß das Volk tragen, damit es das erreichen kann? Was sind die Aufgaben der Guerilla dabei? Welche Funktion kann dabei die fortschrittlich-demokratische Menschheit übernehmen, und auf welche Weise muß sie das hierzu Erforderliche tun? Erfüllt die Menschheitsgesellschaft die Aufgabe, die ihr hier zukommt? Wenn sie es nicht tut, wie kann sie mobilisiert werden? Wie können die Millionen Kurden im Ausland den Aufbau ihres eigenen Landes noch besser und aktiver unterstützen, welche Rolle können sie beim Aufbau dieser Institutionen spielen? Und wie können das kurdische und das türkische Volk, die beide seit ewigen Zeiten in einer Zwangsgemeinschaft leben müssen, eine freiwillige Einheit auf der Basis der Gleichheit erreichen? Was sind die Aufgaben, die dem türkischen Volk dabei zufallen? Wie weit erfüllen das türkische Volk und die Revolutionäre und Fortschrittlichen der Türkei ihre Aufgabe dafür? Nachdem Kurdistan in vier Teile geteilt und im Mittleren Osten verwurzelt ist und einen wichtigen Platz einnimmt, welche Aufgaben fallen dann damit den Völkern des Mittleren Ostens zu? Wie können die Völker des Iran, des Iraks und Syriens das kurdische Volk bei seinen ersten Schritten für die Menschlichkeit unterstützen? Was sind ihre Aufgaben? Erfüllen sie diese Aufgaben? Geben sich diese Völker mit einer Fortführung des Lebens der Kurden unter dem Status Quo zufrieden oder wollen sie, daß sich diese ungerechten und einseitigen Verhältnisse ändern? Wer soll die Entscheidung über ein gemeinsames Leben treffen? Die Kurden, die unter dem Status der Sklaverei leben, oder die sklavenhalterischen Kolonialherren?
All diese und ähnliche Fragen sind heute parallel zur Entwicklung des nationalen Befreiungskampfs auf die Tagesordnung des kurdischen Volkes sowie der Völker der Region gekommen und sogar bis zu den Völkern Europas und der ganzen Welt vorgedrungen. Denn hier geht es um die Realität eines Volkes, auf dessen Rücken eine Reihe von Rechnungen aufgemacht, aber mit dem selbst nicht verhandelt wird. Zuallererst muß dies endlich einmal geändert werden. Erst einmal muß dieses Volk selbst seine Meinung äußern, statt daß über seinen Kopf hinweg Beschlüsse gefaßt werden. Die türkischen Institutionen, Diplomaten und Staatsmänner sagen immer wieder: "Die Kurden leben seit Jahrhunderten mit uns zusammen und haben sich nie darüber beschwert." So war das also? Ist denn das kurdische Volk jemals gefragt worden, ob es wirklich nie eine Beschwerde hatte? Heute, wo der türkische Staat diese Behauptung ständig vorbringt, ist es klar, daß es mittlerweile unumgänglich ist, das kurdische Volk zu fragen.
Der einzige Weg dazu ist ein Referendum. Das Volk muß mit einem in Kurdistan durchzuführenden Referendum gefragt werden: Sagt Ihr Ja oder Nein zu einem Sklavenleben? Seid Ihr damit zufrieden, daß der türkische Kolonialismus Euer Land ausplündert und zerstört, Euch keinerlei Lebensrecht zugesteht, nicht den kleinsten Ausdruck Eurer nationalen Identität zuläßt und jede Forderung nach den grundlegendsten Menschenrechten in Blut erstickt, oder wollt Ihr, daß diese rechtlose Zwangsgemeinschaft, diese Kolonialgewalt abgeschafft wird? Wollt Ihr mit dem türkischen Volk unter den derzeitigen Bedingungen zusammenleben, oder auf einer Basis von Gleichheit und Freiheit?

Kein Volk auf der Welt zieht die Sklaverei der Freiheit vor

Die Behauptungen der türkischen Kolonialisten können endgültig nur durch eine Beantwortung dieser Fragen durch das kurdische Volk selbst bestätigt oder widerlegt werden. Es ist eine Tatsache, daß kein Sklave in einem Klima der freien Entscheidung, also unter Bedingungen, die frei von Despotismus, Unterdrückung, Repression und Massaker sind, jemals sagt, daß er freiwillig Sklave bleiben will. So etwas ist in der ganzen Geschichte der Menschheit noch nicht vorgekommen. Vielmehr hat es in der ganzen Geschichte immer wieder Aufstände der Sklaven gegen ihre Herren gegeben. Und heute ist die Geschichte Zeugin der Bewaffnung und des Aufstands der kurdischen Sklaven gegen ihre Herren, die türkischen Kolonialisten. Das kurdische Volk will frei sein, und dafür haben alle, Männer, Frauen, Kinder, alte Menschen und Jugendliche um den Preis ihres Lebens einen Kampf begonnen. Jetzt, wo die Forderung nach Freiheit so massiv und entschlossen bis an die Türen des Kolonialismus getragen worden ist, kann man nicht mehr umhin, nach der Meinung des Volkes zu fragen. Es ist jetzt an der Zeit, daß die Herren aus ihrem Palast rauskommen und das Volk fragen, was es will. Wenn nicht, wird der Spartakus im Volk diese Frage stellen und gemeinsam mit dem ganzen Volk losmarschieren und die Paläste den Herren über ihren Köpfen einreißen.

Mit einem Referendum in Kurdistan würde ohne weiteres Blutvergießen klargemacht werden, daß das kurdische Volk nicht mehr bereit ist, unter dem Kolonialismus zu leben. Ob ein solches Referendum von der Türkische Republik, von internationalen demokratischen Kräften oder von den Avantgardekräften des kurdischen Volkes durchgeführt wird, das kann sich entsprechend der sich ständig ändernden Weltlage auch verändern, und das ist für uns auch nicht die entscheidende Frage. Es war ohnehin die PKK, die dies auf die Tagesordnung des Volkes gebracht und die Vorbereitungen hierfür zum größten Teil schon abgeschlossen hat. Auf der erreichten Stufe kann sie auch die Bedingungen dafür schaffen, daß internationale Kräfte sich einschalten und dieses Referendum durchführen können, wenn die Türkische Republik dann eher dazu bereit sein sollte, dieses zu akzeptieren. Die PKK wäre durch ihre Vorkehrmaßnahmen und Vorbereitungen in der Lage, die Durchführung eines Referendums zu verwirklichen, auch wenn die Türkische Republik das nicht will.

Demonstration in Brüssel: Für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes

Die Nationalversammlung und ihre Aufgaben

Ein wichtiger Punkt ist die Bestimmung der Vertreter des kurdischen Volkes. Die Vorbereitungen und Pläne der PKK dazu befinden sich bereits in der ersten Realisierungsphase. Sie hat bereits in vielen Gebieten Strukturen entwickelt, die das Volk vertreten können, die den Mut haben, wirklich die nationale Identität und den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Entsprechend des Charakters der kurdischen Revolution ist es unumgänglich, überall in Kurdistan parallel zur Entwicklung des Kampfes - in einigen Gebieten schneller und intensiver, in anderen langsamer und schmerzlicher - Vertreter des Volkes zu wählen und von den örtlichen zu einer allgemeinen Vertretung zu gelangen. Es ist klar, daß diese Aktivitäten dort, wo der Kampf am stärksten geführt wird und am weitesten entwickelt ist, und dort, wo die Volksmassen am stärksten beteiligt sind und das Netz des Feindes am meisten zerrissen ist, viel schneller und stabiler vollbracht werden als in den noch weiter zurückgebliebenen Gebieten, wo es eher zu gewissen Rückschlägen kommen und der Feind leichter Steine in den Weg legen kann. Aber viel wichtiger als die Art der Durchführung und ihre Details ist die Tatsache, daß das kurdische Volk nun in eine Phase getreten ist, in der es entschlossen ist diesen Weg zu gehen.

Neben den Gründen für die Notwendigkeit einer Nationalvertretung für das kurdische Volk, die wir oben aufgeführt haben, ist noch ein weiterer Aspekt wichtig: Der in Kurdistan geführte Guerillakrieg hat sich inzwischen zu einem kollektiven Volkskrieg gewandelt. Er hat sich also weiterentwickelt, hat an Stärke gewonnen und ist nationales Gemeingut geworden. Auf der Stufe, die der Guerillakampf erreicht hat, ist es heute überholt, daß er nur von einer engen Gruppe geführt wird, er muß auf der breiten Basis einer nationalen Willensentscheidung basieren. Diese nationale Willensentscheidung wird ab jetzt alle Entscheidungen treffen. Wie lange soll dieser Krieg noch gehen? Wenn er noch mehr intensiviert werden muß, wie kann dann eine noch größere Beteiligung erreicht werden? Wenn der Feind einen Waffenstillstand will, welche Bedingungen sollen dann nach dem Willen

des Volkes dafür gesetzt werden? Welche Art von Vorkehrmaßnahmen kann das Volk dagegen entwickeln, wenn der Feind unbedingt auf Zerstörung und Vernichtung aus ist? Solche Fragen müssen vom Nationalkongreß als Vertretung des Volkes beantwortet werden. Ohne Zweifel wird die PKK, die die fortgeschrittensten Elemente der Gesellschaft in sich sammelt, weiterhin ihre Rolle der Avantgarde spielen, aber die verschiedenen Schichten der ganzen Nation, die sie nicht alle in sich versammelt, werden sich selbst und das, was sie zu sagen haben, in der Nationalversammlung zum Ausdruck bringen.

Der Kampf in Kurdistan hat die Stufe eines rein militärischen Kampfes schon überschritten. Er hat sich dazu entwickelt, eine Antwort auf alle Probleme des Volkes zu werden, alle Bereiche und Bedürfnisse des Alltagslebens zu prägen. In Botan, in vielen Gebieten Mardins, Ameds, Garzans und anderen Regionen ist der soziale, politische und sogar der ökonomische Einfluß des Feindes weitgehend gebrochen und durch den des nationalen Befreiungskampfes ersetzt. In diesen Gebieten sind es die revolutionären Kräfte, die alle Angelegenheiten des Volkes regeln, von der Erziehung bis zum Kampf, von der täglichen Ernährung bis zur Arbeit, von der Gerichtsbarkeit bis zur Landwirtschaft. Wenn die revolutionären Kräfte dort nicht eine gewisse Organisierung erreichen, wenn sie diese gesellschaftliche Lücke nicht füllen, ist Durcheinander und eine daraus entstehende Unsicherheit unvermeidlich. Wenn das in einem solchen Gebiet derzeit auch noch mit Hilfe der Parteikader oder der Guerillakräfte organisiert wird, so ist es doch eine andere Situation, wenn der Kampf zu einem Volkskrieg wird, an dem sich das ganze Volk beteiligt. Können diese Aufgaben denn auch dann noch allein durch die Parteikader und Guerillakräfte gewährleistet werden, und ist es denn richtig, nur ihnen diese Sache zu überlassen?

Die Komplotte des Imperialismus und der Kollaboration gegen die nationale Institutionalisierung

Das Ziel ist, vom Örtlichen zum Ganzen, zu einem Beschlußgremium und der Leitung des Kampfes für alle vier Teile Kurdistans zu kommen, eine nationale Basis dafür zu schaffen und zum Allgemeingut des ganzen Volkes zu machen, und so die Kontinuität zu sichern. Wenn wir heute die anderen Teile Kurdistans betrachten, sehen wir vor allem in dem irakisch besetzten Teil in Südkurdistan ein Machtvakuum, das die revolutionären Kräfte auszufüllen beabsichtigen, was die imperialistischen Kräfte Hand in Hand mit den Kollaborateuren, den stammesfeudalen, nationalistischen und reformistischen Kräften zu verhindern versuchen. Während die PAK (Freihheitspartei Kurdistans) in Südkurdistan die ersten Schritte sowohl zur Bildung einer Guerillakraft als auch zur Organisierung des Volkes unternimmt, begannen sich parallel dazu Entwicklungen abzuzeichnen, daß die Front des Feindes eine Gegenmobilisierung unternimmt. Als die PKK ihren Beschluß zur Bildung der Kriegsregierung Botan-Behdinan bekanntgab, intensivierte die Allianz des Feindes ihre gegenseitigen Besuche und begann ihre Vorbereitungen zur Verhinderung dieser Kriegsregierung. Man muß wissen, daß die Gebiete Botan in Nordwestkurdistan und Behdinan in Südkurdistan weitgehend von feindlichen Kräften gesäubert sind und unter der Kontrolle der ARGK stehen. Sobald die Diskussion um die Bildung der Kriegsregierung Botan-Behdinan begonnen hatte, begannen sofort die imperialistischen Kräfte, allen voran die USA und England, gemeinsam mit den stammesfeudalen, nationalistischen und reformistischen kurdischen Kräften, ihre Vorbereitungen zur Verhinderung dieser Regierung. In dieser Absicht wurden Wahlen in Südkurdistan und die Bildung eines Parlaments durch die KDP und PUK vorbereitet, die seit unzähligen Jahren auf der Basis des Verrats des Volkes agieren und vom Imperialismus genährt werden. Das Ziel dieser Wahlen war es, die unter der Führung der PKK entwickelte revolutionäre Dynamik zu stoppen, und an Stelle eines Ausdrucks der Realität des kurdischen Volkes einen scheinbaren und gefälschten Willen des Volkes zu installieren, der von den Interessen des Imperialismus abhängig und gesteuert ist.

Der Imperialismus ist gegen jede Art von Vertretung des Volkswillens und versucht, ihn zu behindern. Mit den Wahlen in Südkurdistan will er ein falsches und von ihm abhängiges und lenkbares Parlament errichten. Mit der Errichtung dieses Parlaments und der Anerkennung einer nicht wirklich freien Macht, die in Übereinstimmung mit den Interessen des Imperialismus steht, will er die Entstehung einer wirklich den freien Willen des Volkes vertretenden Macht verhindern und die Kurden gegeneinander aufhetzen. Die imperialistischen Kräfte setzen die Kollaborateure dazu ein, die Anerkennung der beabsichtigten Kriegsregierung Botan-Behdinan und des zu wählenden Nationalkongresses zu verhindern, welcher um den Preis des Lebens und großer Anstrengungen ein Ausdruck des wirklichen freien Willens des Volkes sein wird. Die imperialistischen Kräfte werden dann sagen: "Die Kurden haben ja schon ein Parlament, haben eine Regierung, warum bildet die PKK ein zweites Parlament, eine zweite Regierung?", um die von ihnen selbst hervorgebrachte und von ihnen abhängige Regierung anzuerkennen anstatt eine Regierung des freien Willens des kurdischen Volkes. Auf diese Weise versuchen sie, die Revolution aufzuhalten. Dafür gibt es in der jüngeren Vergangenheit verschiedene Beispiele. Als in Vietnam der Befreiungskampf sich dem Sieg näherte, wurde dem vietnamesischen Volk die Diem-Clique als angebliche Macht der Nation vorgesetzt, und durch diese Verräter-Clique wurde Südvietnam von Nordvietnam entfernt und die Revolution um Jahre verzögert. Der Imperialismus konnte seine Herrschaft weiter sichern. In Südkurdistan werden die Imperialisten mit Hilfe der stammesfeudalen nationalistischen Kräfte eine der Diem-Clique ähnliche Marionettenregierung installieren um zu versuchen, die Revolution Kurdistans aufzuhalten. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Wahlen richtig zu analysieren und das Komplott der imperialistischen und seiner kollaborierenden Kräfte, der stammesfeudalen Verräter, zu erkennen.

Ähnliches gilt auch für Nordwest-Kurdistan, wo die Massen eindeutig von der PKK organisiert sind. Der in seiner Autorität stark angeschlagene türkische Kolonialismus versuchte, den Ausdruck des Willens des kurdischen Volkes durch Militärgewalt und Staatsterror zu zerschlagen. Nachdem ihm dies nicht gelang, probierte er es mit falschen Versprechungen und falschen Institutionen. Der türkische Staat betreibt auf der einen Seite

Massaker und Staatsterror gegen das kurdische Volk und stimmt auf der anderen Seite das hohe Lied der Demokratisierung an und führt Scheinreformen ein. In dieser Zeit, wo der Staat ständig von der "Brüderlichkeit zu den Kurden" spricht, heizt er den Chauvinismus so stark an wie noch nie und versucht, durch den Staatsterror und die Ermordung unschuldiger Menschen seine Hegenomie aufrechtzuerhalten.
Die Maske des türkischen Staates, der nach den Wahlen vom Oktober 1991 immer behauptet hat, die TBMM (Große Natioanalversammlung der Türkei) sei "das Parlament der Türken und der Kurden", ist gefallen, es hat sich klar gezeigt, daß das nichts als Demagogie war und es nicht möglich ist, auch nur ein Wort zu dem, was in Kurdistan passiert, in diesem Parlament zu sagen, und daß diese Regierung den Kurden nichts als den Tod bringt. Und jetzt beginnt die Türkische Republik, die ihre Geschichte der Kolonialisierung der Kurden durch Lüge und Demagogie verschleiern will, mit den Vorbereitungen, eine falsche kurdische Partei zu gründen. Die Kreise der Kollaboration, die ihr eigenes Volk verraten, versuchen sich auf Kosten des Blutes ihres Volkes dem Kolonialismus zu verkaufen. Es ist jedoch bekannt, daß das kurdische Volk durch das Wirken der PKK dadurch nicht mehr erreicht wird. Die PKK ist die legitime Partei des kurdischen Volkes und der kurdischen Nation. Wenn sie eine Partei anerkennen wollen, dann ist es die PKK, die sie anerkennen müssen. Wenn der türkische Kolonialismus wirklich mit dem Unrecht der Vergangenheit brechen und zeigen will, daß er die kurdische Nation anerkennen will, dann geht das nicht mit einer falschen, gekauften Partei von Kollaborateuren und Verrätern, sondern dann muß er die Partei anerkennen, die aus dem Volk entstanden ist und die dafür tausende von Märtyrern gegeben hat. Dann muß er die PKK anerkennen und sich mit ihr an den Verhandlungstisch setzen. Alles andere, unter welchen Namen solche falschen Parteien oder Institutionen auch immer gegründet werden mögen, wird vom kurdischen Volk als Verrat erkannt und keine Zustimmung finden.

PKK, die einzige Vertreterin des kurdischen Volkes

Die wahre Vertreterin des kurdischen Volkes und die Kraft, die seit zwanzig Jahren Tag und Nacht unter Einsatz von viel Kraft und des Lebens aufopferungsvoll kämpft und heute mehr als je zuvor Anstrengungen unternimmt, das Volk in die Lage zu versetzen, seinen eigenen Willen zum Ausdruck zu bringen, ist die PKK. Es ist ein großes Unrecht und eine Frechheit, eine falsche kurdische Partei unter Ausnutzung des Freiheitwillens des kurdischen Volkes zur Kanalisierung des Freihheitsmarsches im Sinne des Kolonialismus und des Imperialismus einzusetzen. Die Kollaborateurskräfte, die es jahrelang nicht einmal gewagt haben, das Wort "kurdisch" im türkischen Parlament auszusprechen, sollen wissen, daß es das kurdische Volk als Verrat betrachtet, wenn diejenigen, die bis heute nichts anderes getan haben, als den türkischen Kolonialismus zu stützen und zu stärken, heute auf der auf dem Blut der PKK aufgebauten Realität Kurdistans ihre Rechnung aufzumachen versuchen, und daß das kurdische Volk dies auch nicht vergessen und nicht verzeihen wird. Sie sind dem Feind so ähnlich, daß das kurdische Volk sie auch in die Reihen des Feindes einordnet. In einer Zeit, in der das kurdische Volk mit solch entschlossenen Schritten dem Sieg entgegengeht, verschließen sie noch immer die Augen vor der Falschheit des Feindes, lassen sich zu seinem Werkzeug machen und erhoffen sich von ihm Unterstützung. Schließlich müßte es auch ihnen bekannt sein, daß die Türkische Republik dem kurdischen Volk nichts als Massaker und Tod bringt, und daher auch eine von der Türkische Republik gegründete kurdische Partei nichts anders sein kann als der Ausdruck der kemalistischen Ziele dieses Staates, ein Manöver, um unseren so weit entwickelten Kampf aufzuhalten. Das ist eine Entwicklung, die genau zu dem Zeitpunkt auftritt, wo unser Kampf diese hohe Stufe erreicht hat. Wenn die Türkische Republik tatsächlich die Realität des kurdischen Volkes und seine nationalen Rechte anerkennen will, dann ist der einzige Weg dazu, daß sie sich mit der Vertreterin des kurdischen Volkes, mit der PKK, an den Verhandlungstisch setzt und mit ihr einen Lösungsweg sucht. Es ist unverzeihlich, daß sie versucht, Leute und Kreise zu mobilisieren, sich die Werte des Kampfes anzueignen, die bisher nichts dafür getan haben. Daraus wird auch klar, welchen Weg sie verfolgen werden. Es ist notwendig, den Willen des kurdischen Volkes zu achten und zu respektieren, sich ihm zu beugen und keine Hindernisse aufzubauen, diesen Willen durch seine eigenen Institutionen zu installieren. Es ist notwendig, die Bemühungen des kurdischen Volkes, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, anzuerkennen und Achtung vor der Avantgardekraft des Volkes zu haben. Alle anderen Haltungen sind größtes Unrecht und führen nicht weiter.

Einheit mit dem türkischen Volk auf der Basis der Freiwilligkeit statt Zwangsgemeinschaft

Natürlich gibt es in dieser Phase, in der die Bemühungen des kurdischen Volkes, seine Nationalvertretung zu bilden, intensiv vorangehen, auch für das türkische Volk einige Aufgaben. Diese Aufgaben sind ganz dringliche Aufgaben, die nicht nur für das kurdische Volk, sondern auch für das türkische Volk selbst unter dem Aspekt seiner eigenen Zukunft und seiner Sehnsucht nach Demokratie von großer Bedeutung sind. Heute gibt es kaum ein Volk auf der Welt, das so unorganisiert und ohne Avantgarde ist und auf dem so extrem faschistisch-chauvinistische Pläne geschmiedet werden können, wie das türkische. Der faschistische türkische Staat, der den Willen des kurdischen Volkes mißachtet, schiebt mit tausend Tricks und Intrigen seinen faschistischen und kolonialistischen Mechanismus dem türkischen Volk als seinen eigenen Willen unter und läßt dem türkischen Volk keinerlei Möglichkeit, sich selbst im wirklich demokratischen Sinne zu äußern. Er mobilisiert alles dazu, seinen ungerechten Krieg gegen das kurdische Volk im Namen des türkischen zu führen, ohne das türkische Volk selbst zu fragen, ob es das will. Hierzu entwickelt er Chauvinismus und hetzt die Völker gegeneinander auf. Kann denn das türkische Volk das schweigend hinnehmen? Kann denn das türkische Volk die chauvinistische Hetze des Staates hinnehmen und sich zum Werkzeug dafür machen lassen, wo sich die Bedingungen für die Revolution und die Demokratiebewegung in der Türkei entwickelt haben? Der Spezialkrieg bürdet dem türkischen Volk jeden Tag eine enorme Rechnung auf, die Ökonomie gerät immer weiter in die Krise. Wie lange wollen die türkischen

Werktätigen diese Last noch tragen? Das entscheidende ist, daß die beiden Völker unter den vorherrschenden Bedingungen nicht weiter zusammen leben können, und daher dieser Zwangsgemeinschaft mit den ungerechten Bedingungen für das kurdische Volk ein Ende bereitet werden muß. Das zeigt sich von Tag zu Tag immer dringender. Wie lange will das türkische Volk noch zulassen, daß der faschistische Staat, ohne es zu fragen, in seinem Namen redet? Wie lange will das türkische Volk noch unentschlossen bleiben im Kampf der Demokratie gegen die vom Staat betriebene Spaltung, und wann wird es den Mut finden, auf den Appell des kurdischen Volkes zu einer Föderation auf der Basis von Gleichheit und Freiheit zu antworten?

Die Frage ist also auch für das türkische Volk von großer Bedeutung. Vielleicht hätte heute das türkische Volk viel zu sagen zu der aktuellen Frage eines Referendums des kurdischen Volkes und den Diskussionen über die Bildung eines kurdischen Nationalkongresses. Der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan bringt die Haltung des kurdischen Volkes dazu folgendermaßen zum Ausdruck: *"Der Nationalkongreß könnte auch ein föderativer sein. Es könnte ein Nationalkongreß Kurdistans und ein Nationalkongreß der Türkei entstehen. Diese könnten einen Weg der Gemeinsamkeit finden. Und darüberhinaus noch regionale Parlamente. Es wird sowieso gesagt, daß die Türkei nicht nur allein von Ankara aus zu regieren ist. Das könnte durch regionale Parlamente behoben werden. In Kurdistan wird es sowas geben, es werden Schritte in diese Richtung unternommen werden. Kurdistan braucht eine föderative Regierung. Das gilt auch für die Türkei. Es könnte eine gemeinsame föderative Regierung gebildet werden. Darüber müssen wir nachdenken. Warum sollten wir auf unseren Versammlungen nur über die Forderungen der Kurden reden? Geben wir doch in unseren Versammlungen auch den demokratischen Forderungen, den gemeinsamen Forderungen, den brüderlichen Forderungen der Türken auf einer wahren Basis der Freundschaft einen Raum."*

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, daß das türkische Volk seine eigenen wahren Forderungen formuliert. An dieser Stelle muß betont werden, daß weder die politischen Institutionen des Spezialkriegsregimes noch die Erklärungen und Äußerungen der Politiker, die das Volk schon jahrelang täuschen, den wirklichen Willen des Volkes zum Ausdruck bringen. Auch die bürgerliche Presse, die einem Sprachrohr des Spezialkriegs gleichkommt, die sofort reagiert hat und vor allem unter faschistischen Kreisen eine Umfrage gestartet hat, ist weit davon entfernt, den wirklichen Willen des Volkes wiederzuspiegeln. Der einzige Weg ist daher, die beiden Völker nach ihrer Meinung zu fragen und die richtigen Konsequenzen aus dem Willen der beiden Völker zu ziehen. Das türkische Volk muß selbst auch dieses Thema auf seine Tagesordnung setzen, diskutieren und sich den Kopf über einen Lösungsweg zerbrechen.

Die Kurden diskutieren im In- und Ausland über den Nationalen Volkskongreß und über ein Referendum

Das kurdische Volk sowohl im Land als auch im Ausland hat heute diese Fragen auf die Tagesordnung gesetzt und diskutiert sie sehr intensiv. In jedem Dorf, in jeder Kleinstadt und in jedem Winkel Kurdistans kommen die patriotischen Menschen zusammen und diskutieren Fragen wie: Wie soll das Referendum durchgeführt werden? Wie soll der Nationalkongreß aussehen? Wen schicken wir in den Natioanlkongreß? Wer kann am besten regieren? Wer vertritt unsere Interessen am besten? Wenn es klar ist, daß wir in der türkischen Nationalversammlung noch nie einen Platz hatten und das auch weiterhin so bleiben wird, wie können wir dann am besten unsere eigene Nationalvertretung bilden? Wie können wir uns selbst am besten zum Ausdruck bringen? Wen sollen wir auf internationaler Ebene für uns sprechen lassen? Was sind unsere Aufgaben zur Bildung eines kurdischen Nationalkongresses? Diese Diskussionen finden nicht nur in Kurdistan statt, sondern in allen Ländern der Welt, wo Kurden leben, vor allem in den Metropolen Europas und der Türkei. Mit diesem Ziel sind in Europa in mehreren Städten Volksversammlungen durchgeführt worden. Das Resultat dieser Volksversammlungen war, daß das kurdische Volk endlich selbst seine eigenen Institutionen gründen muß.

Das kurdische Volk will endlich unabhängig und frei auf dem Boden seines eigenen Landes als Nation leben. Es will nicht mehr in anderen Gesellschaften als Sklaven und Diener leben und sich schlecht behandeln lassen, zur Migration ins Ausland gezwungen sein, ein elendes Leben führen, will nicht mehr die persönlichen Krisen in einem Land mit einer anderen Sprache, Kultur erleben, die es nicht versteht. Das kurdische Volk will in Sicherheit und Zufriedenheit in seinem Land leben, in der Umgebung der eigenen Sprache, Kultur, Identität, Traditionen und Gebräuche, für sich selbst arbeiten, produzieren und leben. Es hat das Bewußtsein erreicht, daß dies sein Recht ist und diskutiert darüber, wie es zu erreichen ist, daß es sein eigenes Schicksal selbst in die Hand nimmt. Und es bringt zum Ausdruck, daß es zu jeder Art von Anstrengung bereit ist, um seine eigenen Institutionen zu bilden. Das kurdische Volk greift diese von seiner Avantgarde, der PKK, gut genutzte historische Gelegenheit auf und verfestigt die Reihen der ERNK noch mehr; schließt sich noch stärker der ARGK an, um eine nationale Armeebildung für den Befreiungskampf voranzubringen; erhebt sich in den Volksaufständen und demonstriert so auf großartige Weise seine entschlossenen Schritte zur Staatsbildung. Es erfüllt seine Aufgaben noch besser, um das schaffen zu können, und es ist davon überzeugt, daß es das mit der PKK erreichen kann. Es tut alles, was es nur kann, für die Bildung des nationalen Kongresses und ist sich voller Stolz und Euphorie darüber bewußt, daß es siegen wird.

Die Diskussionen über ein Referendum und über die Bildung des kurdischen Nationalkongreß stehen nicht nur auf der Tagesordnung des Volkes, sie sind auch ein wichtiger Punkt auf internationaler Ebene und auf der Ebene der Diplomatie geworden. Die demokratischen und fortschrittlichen internationalen Organisationen fragen sich, warum bisher nicht an eine Nationalvertretung der Kurden gedacht worden ist, beteiligen sich überzeugend an der Diskussion, welche Aufgaben ihnen dabei zukommen, und zeigen ihre Unterstützung und Solidarität. Während diese Diskussionen weiter geführt werden, verstärkt die PKK auf der anderen Seite auch die Bemühungen um die Armeebildung und Weiterentwicklung des Kampfes, was für die Sicherheit des Nationalkon-

gresses unerläßlich ist. Denn der Feind greift stärker an als jemals zuvor und beschleunigt seine Vernichtungsversuche, genauso wie er versucht, das kurdische Volk durch Scheinreformen und falsche Versprechungen von seinem Weg abzubringen. Aber das kurdische Volk entwickkelt von Tag zu Tag einen stärkeren Willen und führt den Kampf entschlossen. Das zeigt wieder einmal, daß das entschlossen unter der Führung der PKK vorwärtsschreitende Volk auf jeden Fall siegen wird.

Die Wahlen in Südkurdistan

Die Mitte Mai im Süden unseres Landes (irakisch besetzter Teil) durchgeführten Wahlen sind eine Sache, aus der unbedingt wichtige Lehren gezogen werden müssen. Es ist weltweit bekannt, daß infolge des Krieges zwischen den USA und dem Irak in Südkurdistan ein Machtvakuum entstanden ist. Da sich die imperialistischen Länder darüber bewußt waren, haben sie, auch mit Zustimmung und Unterstützung des türkischen Staates, in der Region Botan-Behdinan ihre multinationalen Eingreiftruppen stationiert und das Gebiet nördlich des 36. Breitengrades unter ihre Kontrolle gestellt.

Es ist auch hinlänglich bekannt, daß die imperialistischen Länder und die Türkische Republik keine Veränderung des Status Quo und der Grenzen im Mittleren Osten wollen und ohne Zweifel war und ist das der Grund für die Stationierung der Eingreiftruppen in der Region.

Saddam hat in Behdinan keine Macht und Autorität mehr und die türkische Republik ist nicht mehr in der Lage das Volk in Botan zu regieren. Der nationale Befreiungskampf unter der Führung der PKK hat sich durch Organisierung und Einfluß auf das Volk sowohl in Behdinan als auch in Botan zu einer Autorität entwickelt, die in ihrer Praxis klargemacht hat, daß sie in der Lage ist, ein unabhängiges freies Kurdistan zu schaffen.

Um ihre Interessen zu schützen, wollen die Türkische Republik und die USA keine Veränderung der Grenzen und keine Zerstörung des Status Quo. Deshalb haben sie - unter Ausnutzung des Zustandes der Organisationen in Südkurdistan - mit dem Deckmantel von "Hilfe und Schutz" diese von sich abhängig gemacht.

Durch diese Organisationen, die zu Vehikeln der Politik der USA und der Türkische Republik gemacht worden sind, versuchen sie auf der einen Seite die bestehenden Grenzen, den Status Quo und ihre Interessen zu sichern. Auf der anderen Seite wollen sie mittels dieser Organisationen die Unabhängigkeitsline und seine Avantgarde neutralisieren und die Kurdenfrage auf eine Weise "lösen", die für sie keinen Nachteil hat.

Die in einem imperialistisch-kolonialistischen Geist durchgeführten Wahlen in Südkurdistan dienen ihnen als Modell und sie werden versuchen, dieses neue Modell demnächst in ganz Kurdistan anzuwenden. Dieses von den Imperialisten und der Türkische Republik sehr geschätzte Modell scheint das erste Szenario des künftigen imperialistischen Trauerspiels zu sein. Genauer gesagt, die Imperialisten und Kolonialisten befürworten ein solches Modell als Mittel zur Liquidation der um Unabhängigkeit und Freiheit kämpfenden PKK. Im Kern bedeutet diese Politik das Auslöschen des kurdischen Volkes aus der Geschichte. Es muß anerkannt werden, daß die USA und die Türkische Republik mit der Initiative der kurdischen Kollaborateure zu diesen Wahlen die erste Grundlage für ein solches Modell gelegt haben. Es ist auch nicht unbekannt, daß sie parallel dazu auch in Nordwestkurdistan einige Aktivitäten in diese Richtung entwickelt haben und daß der Imperialismus und die Türkische Republik daran arbeiten, geeignete Voraussetzungen für diese Politik zu schaffen. Diese Versuche haben ihnen aber nicht viel gebracht, denn die Realität ist, daß das kurdische Volk zu großen Teilen die Realität begriffen hat, den Weg zu Unabhängigkeit und Freiheit gewählt hat und nicht auf die Politik der Falschheit der Türkischen Republik hereingefallen ist.

Die Wahlen in Südkurdistan beunruhigen auf der einen Seite aber auch die Türkische Republik. Denn während die Türkische Republik in Nordwestkurdistan die nationale Existenz der dort lebenden Kurden leugnet, betrachtet sie die Bildung eines Parlaments der Südkurdistan als positiv. Diese Lage macht sowohl ihre Falschheit klar und zeigt, daß die offizielle Staatsideologie der Türkische Republik in eine Sackgasse geraten ist. Andererseits bringt sie die Idee eines kurdischen Parlaments auf dem von ihr besetzten Boden auf. Das ist auch der Grund dafür warum sich die Türkische Republik vorsichtig verhält. Sie befindet sich auf einem Mienenfeld. Mit dem neuen Szenario hofft sie etwas gegen die Unabhängigkeitslinie der PKK unternehmen zu können. Sie träumt sogar davon Südkurdistan zu einem Teil der Türkische Republik zu machen. Der Hofberichtserstatter der Türkische Republik, Ertugrul Özkök schreibt: *"Manche politische Beobachter schätzen, daß der Nordirak früher oder später zu einem Teil der Türkei werden wird."*

Einige Faktoren sprechen auch für eine solche Vermutung. Es gibt Anzeichen dafür, daß vor allem manche "Kurdenführer" aus Südkurdistan in diese Richtung gehende Absichten verfolgen. Talabani erklärt immer wieder *"Wenn es im Irak solch eine Demokratie gäbe wie in der Türkei würden wir kein eigenes Gebiet beanspruchen".* Diese Kreise sprechen von der Möglichkeit folgender Entwicklung: zuerst ein Referendum im "Nordirak" und dann einen Beschluß über den Anschluß an die Türkische Republik.

Nachdem Özkök dies geschrieben hatte begann eine Diskussion, ob das zum Nutzen oder zum Schaden der Türkische Republik sein würde. Er sagt, man müsse nicht nach dem Gefühl sondern nach der Vernunft handeln und versteigt sich in folgende verdrehte Darstellungen:

"Die kurdische Bevölkerung lebt heute verstreut auf vier Staaten in der Region. Die größte Gruppe von ihnen befindet sich in der Türkei. Wenn morgen der Nordirak an die Türkei angeschlossen wäre, wären die beiden größten Gruppen der kurdischen Bevölkerung vereint.

Das würde natürlich eine günstige Basis für ein noch stärkeres Eintreten für die Forderungen nach Föderalismus oder gar einem unabhängigen Staat schaffen. Natürlich würde das ebenso bedeuten, daß das Gleichgewicht in der Region erschüttert würde, als auch, daß die Türkei und die kurdische Bevölkerung mit neuen Problemen konfrontiert wäre. Aus diesem Grund muß man sich mit solchen Vorstellungen sehr ernsthaft auseinandersetzen."

"Kurdenführer" wie Talabani und Barzani haben sich jahrelang vom Iran und Irak benutzen lassen. Heute werden sie von den USA und der Türkische Republik benutzt. Das ist unbestreitbar. In Anbetracht der Tatsache, daß mit den Wahlen in Südkurdistan versucht wird, die Politik des Imperialismus in der Region am Leben zu erhalten, ist es eine wichtige Aufgabe, sich sehr genau mit der Politik des



Imperialismus, des Kolonialismus und der Kollaboration auseinanderzusetzen, sie zum Scheitern zu bringen, ihnen die Maske vom Gesicht zu reißen und den Kampf auf die Unabhängigkeit hin zu orientieren.

Die Lage der Kurden in Armenien

Die letzten Entwicklungen in den Mittelasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion sind gekennzeichnet durch eine Intensivierung der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Aserbaidschanern. Die von den Entwicklungen in der Region beeinflußten Kurden organisieren sich schnell und intensivieren ihre Anstrengungen zur Gründung eines unabhängigen Kurdistans. Die Kurden in der ehemaligen Sowjetunion, die weitgehend von dem in Nordwestkurdistan unter der Führung der PKK geführten Kampf beeinflußt sind, haben am 9. Juni einen wichtigen Beschluß zur Gründung eines unabhängigen Kurdistans gefaßt. Heute, wo der türkische Chauvinismus grassiert und die Kurden zur Zielscheibe machen will, haben die Kurden auf der Suche nach ihrer eigenen Identität und ihres Landes wieder die Hoffnung bekommen zu einer Kraft zu werden. Es ist unerläßlich, daß die PKK, die gegen die Bestrebungen des türkischen Chauvinismus ist, der in die Mittelasiatischen Republiken expandieren und dort den Turanismus wieder aufleben lassen will, Unterstützung von den Kurden aus der ehemaligen Sowjetunion bekommt und ihnen auf der anderen Seite politische und ideologische Unterstützung gibt. Die Kurden sind sich dessen bewußt und machen das in seit langem durchgeführten gemeinsamen Versammlungen, Diskussionen und Demonstrationen deutlich. Nach einer Demonstration in Moskau-Anfang Juni haben sie in einem Brief an die Vereinten Nationen und an die Türkische Republik folgendes zum Ausdruck gebracht:

"Angesichts der sich in Nordwestkurdistan entwickelten Volksbewegung und den Massakern des türkischen Staates darf niemand schweigen. Je grausamere Mittel sie einsetzen, um die nationale Befreiungsbewegung zu bekämpfen, umso entschlossener wird das kurdische Volk seinen Freiheitskampf führen. Der türkische Staat, der jede Art von Gewalt gegen unser Volk anwendet, wird zwangsläufig eine Niederlage erleben. Wir Kurden in der Sowjetunion stehen mit ganzem Herzen hinter unserem kämpfenden Volk und fordern, daß die PKK von der ganzen Welt als Vertreterin des gesamten kurdischen Volkes anerkannt wird."

Die Kurden auf der ganzen Welt betrachten die PKK als die Vertreterin ihres Kampfes für Unabhängigkeit gegen die Unterdrückung. Während alle, die für die Unabhängigkeit sind und eine wirkliche Befreiung wollen sich zur PKK hin orientieren, mobilisieren der türkische Kolonialismus und der Imperialismus, voller Panik vor den ihre Interessen gefährdenden politischen Entwicklungen in der Region, verstärkt die Kollaborateure. Durch sie hoffen sie, den Befreiungskampf aufhalten zu können. Die Bedeutung der Entwicklungen in Armenien darf nicht unterschätzt werden. Denn den neuen großtürkischen Expansionsbestrebungen stehen vor allem zwei Dinge im Weg: die Armenier und die Kurden. Die Armenier und die Kurden müssen aus der Geschichte eine Lehre ziehen und diese Situation sehr genau und ernsthaft analysieren.

Die psychologischen Auswirkungen der Guerillaaktionen

Gleichzeitig mit den Newrozmassakern versuchte die Türkische Republik im Frühjahr '92 mit ihrem psychologischen Krieg Erfolge zu erzielen. Sie beging Morde an Menschen aus dem Volk in Cizre, Nusaybin, Sirnak und anderen Orten und versuchte den Eindruck zu erwecken sie hätte einen Aufstand niedergeschlagen, den es nicht einmal gegeben hat. Sie begann Gespräche mit Syrien und erneuerte ihre alte Propaganda, die Wurzeln der PKK seien im Ausland. Es hieß, mit der Aufgabe der Mahsum-Korkmaz-Akademie im Libanon sei der Kampf der PKK zuende. Die Aufgabe der Akademie zeigt aber gerade die Weiterentwicklung, daß die Ausbildungsakademien der PKK sich jetzt ausschließlich nur noch in ihren Kampfgebie-

ten direkt befinden. Alle kolonialistischen Regierungs- und Oppositionsparteien zeigen sich in einem "nationalen Konsens", die staatstreue türkische Presse hetzt einheitlich gegen das kurdische Volk, in Europa fanden vom türkischen Geheimdienst MIT und den Konsulaten organisierte chauvisistische Demonstrationen statt. Auf diplomatischer Ebene versuchen sie verstärkt, den Befreiungskampf als terroristisch abzustempeln, und die Konterguerilla begeht immer mehr Morde. Mit all dem wollen sie die Stärke des Staates demonstrieren, über die er real in Kurdistan nicht verfügt. Das Volk soll demoralisiert werden und so soll eine Position der Überlegenheit auf der Ebene der psychologischen Kriegsführung erreicht werden.

Im Gegensatz dazu führte jedoch die Guerilla den ganzen Mai und Juni hindurch in den Gebieten von Botan und Serhat unzählige Angriffe durch und brachte der türkischen Kolonialarmee sehr hohe Verluste bei. Der Volkswiderstand ging mit einer Reihe von Rolladenschließaktionen und Demonstrationen in vielen Städten weiter.

Die Diskussionen über die Bildung einer kurdischen Nationalvertretung wurden im Volk mit großer Begeisterung geführt und die Behauptungen, mit der Aufgabe der Mahsum-Korkmaz-Akademie im Libanon sei die PKK am Ende, wurden als offensichtliche Lüge entlarvt. Die BRD mußte ein vorübergehendes Waffenembargo gegen die Türkische Republik verhängen, einige Länder protestierten gegen die Türkische Republik, Mandela lehnte den "Atatürk-Friedenspreis" ab und 40.000 Kurden und Kurdinnen demonstrierten in Brüssel für ein unabhängiges Kurdistan. All das hat die Türkische Republik isoliert.

Die Türkische Republik ist jetzt in Kurdistan mit starken Guerillaangriffen konfrontiert und verliert den psychologischen Krieg, den sie seit den Newrozmassakern zu gewinnen versucht, immer schneller. Die konterrevolutionäre Front aller kolonialistischen Parteien und der Presse wird nicht lange halten. Und selbst wenn sie nicht zerbrechen sollte, so kann mit Lügen angesichts der Realität des nationalen Befreiungskampfs auch keine Überlegenheit auf der Ebene des psychologischen Krieges gewonnen werden. Diese Realitäten werden sich sehr bald noch klarer zeigen. Es wird sich auch herausstellen, daß im Gegensatz zu den Behauptungen der Türkische Republik sie hätte die Krise überwunden, sie in einer noch größeren Ausweglosigkeit steckt als je zuvor.

Die türkisch-deutschen Beziehungen

Die deutsche Regierung demonstriert mit der Aufhebung des Waffenembargos gegen die Türkische Republik, daß sie den Spezialkrieg gegen das kurdische Volk weiter unterstützt. Die Einschätzung, daß die BRD, die sich bezüglich der Expansionsbestrebungen in die Mittelasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion mit den USA in einem Konkurrenzkampf befindet, das Waffenembargo als ein Mittel der Erpressung benutzt um die Türkische Republik auf ihre Seite zu ziehen, ist nicht ganz unberechtigt. Die deutschen Imperialisten, die mit der Vereinigung der beiden Deutschlands gestärkt wurden und in der EG eine Führungsrolle haben, bilden mit ihren Expansionsbestrebungen in die Mittelasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion eine Allianz mit den großtürkischen Bestrebungen der Türkische Republik.

Die deutschen Imperialisten, die schon vor dem ersten Weltkrieg Beziehungen zum osmanischen Reich unterhielten, haben damals die Welt in Blut gebadet und unterstützen heute den türkischen Kolonialismus. Damit leisten sie Beihilfe zu den Massakern am kurdischen Volk wegen ihrer eigenen schmutzigen Interessen in der Region. Wenn es nicht so wäre, daß sie das Waffenembargo als Mittel zur Erpressung für ihre eigenen imperialistischen Ziele benutzt haben, was sollten dann die Gründe für die Aufhebung des Embargos sein? Was hat sich denn jetzt geändert? Haben die Massaker in Kurdistan jetzt etwa aufgehört? Ist die Kurdistanfrage jetzt etwa gelöst worden? Ist denn jetzt plötzlich eine Garantie vorhanden, daß es keine Massaker mehr geben wird? Es ist klar, daß es all dies nicht gibt. Die deutschen Imperialisten ignorieren die Kurdistanfrage genauso wie die Türkische Republik und leugnen die Existenz der kurdischen Identität. Deutsche Politiker treffen sich mit Barzani und es ist kein Zufall, daß Barzani von Ankara aus nach Gesprächen mit Vertetern der Türkische Republik in die BRD kommt. Wenn wir die Haltung der deutschen Regierung gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans seit Jahren betrachten, begreifen wir die Dimensionen der Beziehungen der BRD mit der Türkische Republik und mit den südkurdischen Kollaborateuren besser.

Die Hisbollah-Konterguerilla

Die Türkische Republik, die 1984 begriffen hat, daß sie durch das Verleugnen der Existenz der Kurden nichts erreichen wird, hat versucht, vor allem in den Gebieten in denen der Befreiungskampf weiter entwickkelt war und daher die Volksmassen auch stärker politisiert waren, mithilfe der Refah Partisi (Wohlfahrtspartei) ein falsches islamisches Kurdentum zu entwickeln, um das Volk zu spalten. Damit ist sie gescheitert, und so hat sie ab 1990 damit begonnen, ihre Taktik zu ändern: sie stellt Konterguerillaorganisationen unter der Maske des Islam auf. Diese begehen in den Gebieten, in denen der Befreiungskampf besonders stark entwickelt ist, vor allem in Cizre, Nusaybin, Silvan, Diyarbakir, einen Mord nach dem anderen.

Mit diesen Morden beabsichtigen sie die Massen einzuschüchtern, ihnen Angst zu machen, diejenigen zu behindern, die auf der legalen Ebene sich am Kampf um demokratische Rechte beteiligen oder die Guerilla unterstützen. Sie können diese Organe nennen wie sie wollen, klar ist, daß sie das Produkt und Vehikel der Konterguerilla sind. Eine revolutionäre Taktik muß sein, nicht den Kampf gegen diese Vehikel zum Hauptziel zu machen, sondern bewußt zu machen, wer diejenigen sind, die diese Vehikel einsetzen. Der Kampf gegen sie, gegen die offiziellen und inoffiziellen Kräfte des Staates, muß geführt werden. Es wäre ein Fehler, statt gegen die wirklichen Angriffsziele nur gegen ihren Schatten zu kämpfen. Wenn es diesen Fehler gibt, dann muß er schnell überwunden werden. Darüberhinaus ist es eine wichtige Aufgabe, diese Konterguerillaaktivitäten des Staates aufzudecken, die Massen darüber aufzuklären und eine breitangelegte Kampagne gegen diese Konterguerilla zu führen.

Wenn die Konterguerillaaktivitäten darauf abzielen die Menschen durch Morde einzuschüchtern und Angst zu verbreiten, dann ist die richtige Haltung dagegen nicht, voller Angst und Schrecken passiv zu verharren, sondern die Massen mit vereinigter Kraft direkt gegen den Feind zu lenken, der hinter diesen Organen steckt.

WARUM HAT DEUTSCHLAND DAS EMBARGO AUFGEHOBEN?

Metin Kara

Die Nachricht, die in den ersten Junitagen viele beschäftigte, war folgende: Deutschland hebt das Embargo gegen die Türkei, das es nach dem Newroz-Massaker verhängt hatte, wieder auf. Hinter dieser Maßnahme und der späteren Aufhebung stand jedoch weder die Absicht, das Vorgehen des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung zu kritisieren, noch die kurdische Bevölkerung zu unterstützen. Das muß am Anfang deutlich gesagt werden. Die Absicht Deutschlands war, die Türkei daran zu erinnern, daß ihre Politik ganz klar von Deutschland bestimmt wird. Bewußt wurde eine Krise verursacht. Damit hat sich Deutschland, das die Türkei sowohl militärisch als auch wirtschaftlich kontrolliert, das Recht genommen, auch über politische Fragen zu bestimmen. Deutschland leistet den größten Anteil militärischer Hilfe an die Türkei. Immer mehr überprüft Großdeutschland die Bereiche, die es ohnehin beeinflußt, auf diese Weise. Das geschieht nach der Annexion der DDR und den Massakern im Golfkrieg in verstärktem Maße. Mit dieser Maßnahme stellte Deutschland der Türkei die folgende Frage: Warum steht Ihr noch immer unter dem politischen Einfluß der USA, wo Ihr doch sowohl militärisch als auch wirtschaftlich von uns abhängig seid? Das war die wirkliche Absicht der Krise zwischen Deutschland und der Türkei. Das Massaker an Newroz diente hierfür nur als Vorwand. Man kann es auch so ausdrücken, daß Kurdistan das Feld wurde, auf dem der Machtkampf zwischen Deutschland und den USA ausgetragen wird. Diese Wechselbad-Politik, die Deutschland gegenüber der Türkei betreibt, muß in zwei Stufen bewertet werden. Zunächst die Politik der kalten Schulter, die der Türkei deutlich machen soll, was ihr alles droht, wenn die Beziehungen zu Deutschland gestört sind. Deutschland nahm die letzten Newrozmassaker zum Anlaß, die militärische Hilfe vorübergehend einzustellen. Damit wollte es deutlich machen, wie groß die Abhängigkeit der Türkei ist. Die Ursachen für diese Krise waren die folgenden: Waffen aus den alten Militärbeständen der Nationalen Volksarmee (der DDR), die der Türkei geschenkt worden waren, wurden während des Newroz gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Zwar ist das eine Tatsache, doch es so zu sagen ist unvollständig und irreführend. Denn nicht zum ersten Mal werden deutsche Waffen gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt. Die Waffen, die das türkische Militär und die Polizei verwenden, stammen sowieso aus Deutschland. Warum wird wohl gerade bei den Waffen aus Beständen der ehemaligen DDR so eine äußerste Genauigkeit und Sorgfalt gezeigt? Indem die Massaker an Newroz offiziell zum Anlaß genommen wurden, beabsichtigte Deutschland, vor der Weltöffentlichkeit dieses Embargo zu rechtfertigen. Es sollte als notwendig und richtig dargestellt werden. Wenn die deutschen Waffen als Grund für das Embargo hätten herhalten müssen, wäre es unglaubwürdig gewesen, denn alle Waffen des türkischen Militärs und der Spezialeinheiten sind made in Germany. An dem Tag allerdings, an dem Deutschland über das Embargo entschied, wurden noch ganz andere Gespräche über ein zukünftiges Abkommen geführt. Genau in der Zeit von Newroz führten Bonn und Ankara intensive Gespräche über die 18. Phase der NATO-Verteidigungshilfe. In diesem Abkommen geht es um eine Summe von 212 Millionen Mark für den Zeitraum von 1992 bis 1995. Parallel zu diesen Gesprächen wurde also das Embargo beschlossen. Trotz aller diplomatischen Bemühungen der Türkei ließ sich Deutschland nicht von seiner Entscheidung abbringen. Die Aufregung der Türkei war verständlich, denn innerhalb der NATO ist Deutschland das imperialistische Land, das die meisten Zuschüsse für den Verteidigungshaushalt der Türkei leistet. Allein seit 1980 beträgt die Summe der deutschen Militärhilfen für die Türkei 395 Millionen Mark. Die Hilfen für die Türkei werden vom Etat des Außenministeriums finanziert. 80 % dieser Militärhilfen bestehen aus neuen militärischen Geräten, 20 % aus gebrauchten. Die NATO-Militärhilfen wurden zwischen 1964 und 1989 alle 18 Monate erneuert. Seit 1989 alle 36 Monate. Nach all diesen erwähnten Tatsachen erscheint es geradezu lächerlich, wenn die türkischen Monopolmedien sich dahingehend äußern, daß der Bedarf der Türkei an Waffen demnächst von den USA gedeckt würde. Das ist außerdem oberflächlich und primitiv. Danach gingen die türkischen Monopolmedien sogar soweit, daß es einem schlecht wird: Es ist zum Nutzen von Deutschland, wenn das Embargo aufgehoben wird, denn im Falle der Nichtaufhebung wird das deutsche Außenministerium einen Verlust von 15 Mrd. Mark hinnehmen müssen. Zum Zeitpunkt der wichtigen Gespräche für das neue Abkommen wollte Deutschland Druck auf die Türkei ausüben und nahm dafür auch noch die Massaker an Newroz zum Anlaß. Doch damit nicht genug. Es fügte noch ein weiteres Druckmittel hinzu, indem es drohte, wenn Ihr politisch nicht unter unserem Einfluß steht, werden wir Euch keine Hilfen mehr leisten. Mit dem Inkrafttreten des Embargos stoppte Deutschland die Sendung der Waffen aus den Beständen der ehemaligen DDR. In den ersten Tagen des Embargos waren die Waffen für die Türkei von großer Bedeutung. Es ist bekannt, daß die Waffen nach Aserbeidschan kommen. Deutschland war dies bewußt und setzte die Türkei nun an zwei Punkten unter Druck. Nachdem das Embargo wieder aufgehoben wurde, erschienen in der deutschen Presse folgende Kommentare: Die Waffen waren schon überholt und veraltet, Deutschland wollte sie loswerden. Es ist zweifelhaft, ob die Waffen wirklich so veraltet waren, doch mußte sich Deutschland gezwungenermaßen von ihnen trennen. dieser Zwang entstand 1990 in Paris durch die Beschlüsse des KSZE-Gipfeltreffens. Demnach mußte Deutschland

z.B. 800 Leopard-Panzer ins Ausland bringen. In der gleichen Zeit gab Regierungssprecher Vogel bekannt, daß diese Waffen an die Türkei gegeben würden und sie an beliebigen Orten, sogar in Kurdistan eingesetzt werden könnten. Deutschland hat die Türkei unter dem Vorwand der Newrozmassaker mit zwei für die Türkei sehr wichtigen Waffenlieferungen unter Druck gesetzt. Diese Entwicklungen machen die Dimension der 2 militärischen Hilfen deutlich. Deutschland hat somit der Türkei und anderen imperialistischen Ländern, in denen es immer öfter mit Schwierigkeiten konfrontiert war, seine zentrale Rolle in Europa demonstriert. jedoch haben die türkischen Monopolmedien das Gegenteil behauptet: Ihrer Meinung nach hat Deutschland keine Unterstützung im Europäischen Parlament gefunden. Das stimmte aber nicht. Trotz des Drucks von Holland und England sind alle Entscheidungen des Europäischen Parlaments zu Gunsten Deutschlands und zu Ungunsten der Türkei gefallen. Während der ersten Tage des Embargos haben die türkischen Monopolmedien, die ihre Arbeit als Unternehmen im Monopolkapitalismus unter Beweis gestellt haben, versucht, ihren Nutzen aus dieser künstlichen Krise zwischen zwei Ländern zu ziehen. Beispielsweise haben die türkischen Monopolmedien in Europa unter dem Decknamen Demonstration für die türkisch-deutsche Freundschaft alle Türken zur nationalen Einheit aufgerufen. Die Demonstration wurde bewußt auf den ersten Feiertag gelegt. Das Motto war: Laßt uns während der Demonstration gegenseitig frohe Feiertage wünschen. Hürriyet ging sogar einen Schritt weiter und propagierte die Eigenständigkeit der Türken. Die Zeitung rief dazu auf, für das türkische Militär zu spenden, um der türkischen reaktionären Front eine breitere Basis zu verschaffen. Hürrieyet versuchte, mit massiven Bemühungen die jüngere Generation zu manipulieren: Es ist nicht wichtig, wieviel Ihr spendet, Hauptsache ist, daß der Wunsch zu helfen von Herzen kommt. Auch in der Türkei haben die Monopolmedien versucht, die Bevölkerung zum Boykott aller deutschen Waren aufzurufen. Den Monopolmedien war jedoch bewußt, daß ein solcher Aufruf fern von jeglicher Ernsthaftigkeit und seine Verwiklichung unmöglich ist. Es war auch nicht ihre Absicht, den Boykott zu verwirklichen. Das Ziel war, die Bevölkerung zu einer Front zusammenzukriegen. Man kann nicht sagen, daß sie darin erfolglos waren. Auf diese Weise hat die türkische Regierung versucht, ihren Nutzen aus dieser künstlichen Krise zu ziehen. Inzwischen stürzte sich die türkische Regierung wieder in die Bemühungen, die Beziehungen zu Deutschland wieder zu entspannen. Die Monopolmedien berichteten sofort von einer Entspannung der Beziehungen zu Deutschland, wenn nur zwei gewöhnliche Beamte der Außenministerien zusammentrafen. Anfang Mai beendete Deutshland seine Politik der kalten Schulter und ging zur Politik der Annäherung über. Der türkische Ministerpräsident Demirel, der nach Italien gefahren war, um an einer Kofnerenz teilzunehmen, traf dort mit dem deutschen Außenminister Genscher in den letzen drei Tagen seiner Amtszeit zusammen. Ein anderer interessanter Aspekt ist, daß dieses Gespräch nach den Aufständen, die in Los Angeles waren und sich auf das ganze Land ausweiteten, stattfand. Dieses Gespräch kann man als den Versuch der türkischen Politik ansehen, eine Antwort auf die Frage: auf was für ein Land haben wir uns bisher gestützt?, zu finden. Während der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Aserbeidschan und Armenien, wo zu diesem Zeitpunkt die militärische Intervention eines Drittlandes zu erwarten war, kam am 21. Mai von Georgien, das unter deutschem Einfluß steht, eine Erklärung, in der die Türkei unterstützt wird. In der Erklärung des Staatspräsidenten von Georgien, Schewardnadse, durch die indirekt die deutsche Unterstützung der Türkei deutlich wird, heißt es: Wir unterstützen die Aserbeidschan-Politik der Türkei. Dabei blieb es nicht, fast zufällig kam es am gleichen Tag zu einem Beschluß im Europäischen Parlament, in dem Armenien kritisiert, der Türkei aber Unterstützung zugesagt wird. Es wurde darauf hingewiesen, daß dieser Beschluß durch den Druck von Deutschland zustande gekommen war. So hat Deutschland der Türkei signalisert, welche Unterstützung sie bekommen können, wenn sie unter dem politischen Einfluß Deutschlands stehen. Nach all dem wurde am 27. Mai vom Außenministerium eine Gruppe von Diplomaten nach Ankara geschickt, um über die Bedingungen für die Aufhebung des Embargos zu verhandeln. Die Ausländerbeauftragte Schmalz-Jacobsen war vielleicht nicht wegen des Embargos in der Türkei, doch durch eine solche Reise wurde der Öffentlichkeit gezeigt, daß sich die Beziehungen wieder entspannten. In denselben Tagen gab der neue Außenminister Kinkel bekannt, daß er im August die Türkei besuche werde. Damit nicht genug. Unter dem Vorsitz von Aydin Güven Gürkan reiste eine Gruppe von SHP'lern zu Gesprächen nach Deutschland. Und die türkischen Monopolmedien stellten Aussagen wie "gehäßiges Deutschland" oder "unverschämte Politiker" zunächst einmal bis zur nächsten ähnlichen Krise ein. Der Boykottaufruf von Yalim Erez, einer führenden Persönlichkeit der bourgeoisen Presse, wurde vergessen. Erez fährt noch immer seinen BMW, den er aufgrund des Boykotts der deutschen Botschaft in Ankara übergeben wollte. Die inzwischen ein Jahrhundert alte deutsch-türkische Freundschaft ist wiederhergestellt, und das Embargo wurde am 3. Juni offiziell wieder aufgehoben. Es ist eine interessante Entwicklung, daß während der Tage, in denen sich die Beziehungen wieder entspannten, in der bourgeoisen Presse Dinge wie "Özal geht" oder "jetzt reicht es" zu hören waren. War es das? Warum hat Deutschland gerade den Monat Juni ausgsucht, um das Embargo wieder aufzuheben? Was hat dieses Datum zu bedeuten? Warum wurden die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei gerade in der zweiten Maihälfte erschüttert? Warum unterstützte Deutschland die Türkei auf internationaler Ebene? Deutschland hatte unter dem Vorwand der Massaker an Newroz beschlossen die Maßnahme des Embargos gegen die Türkei zu ergreifen. Gab es wirlich eine Besserung in der Massakerpolitik der türkischen Regierung, daß Deutschland das Embargo deshalb wieder aufhob? Die Antwort auf diese Frage ist natürlich ein Nein. Wie schon zu Anfang darauf hingewiesen wurde, war das Massaker an Newroz nur ein Vorwand für das Embargo und dessen spätere Aufhebung. Warum hat Deutschland also das Embargo wieder aufgehoben? Das ist eine wichtige Frage und drei Punkte sind dabei von Bedeutung, um sich eine Meinung zu bilden. Drei Punkte, die fest miteinander verknüpft sind: Erstens die Diskussion um die Verlängerung des Aufenthaltes der UN-Schutztruppen, da im Juni die Frist abläuft. Zweitens die Wahlen in Südkurdistan, bei denen die politische Gewichtigkeit Deutschlands geschwächt schien, und drittens die erwartete wichtige Entscheidung der NATO-Außenministerkonferenz in Oslo.

Beim ersten Punkt, den Schutztruppen, kann man anfangen. Bisher war Deutschland bei diesen Schutztruppen nicht vertreten. Ganz im Gegenteil, es wandte sich sogar gegen die Schutztruppen und bot Alternativen an. Deutschland sandte als Alternative zu den "multinationalen Streitkräften" (später UNO-Schutztruppen genannt), die nach dem Massaker in Südkurdistan gegen Ende des Golfkrieges dort stationiert wurden, eine Truppe von deutschen Soldaten an die iranisch-irakische Grenze. Später wurde dann bekanntgegeben, daß nicht ausreichend viele Soldaten im Grenzgebiet seien und mehr in die "Schutzzone" geschickt werden müßten.

Warum sind die UNO-Schutztruppen von so großer Bedeutung, und warum hält sich Deutschland von den UNO-Schutztruppen fern? Im Grunde sind die UNO-Schutztruppen eine militärische Vereinigung ohne Auftrag. Es wäre vollkommen richtig, sie als Teil der NATO-Streitkräfte zu bezeichnen. Denn die UNO-Schutztruppen, die in Incirlik stationiert sind, bestehen aus englischen, französischen und amerikanischen Soldaten. Sie profitieren von den Möglichkeiten der NATO-Streitkräfte. Die imperialistischen Staaten, angeführt von England und den USA, deren gesamte Handlungsweise mit der der USA gekoppelt ist, versuchen in letzter Zeit auch außerhalb der NATO-Staaten an Einfluß zu gewinnen und ihre Armeen auf die ganze Welt auszuweiten. Die herrschende Presse bezeichnete die NATO sogar als die "Friedenstruppen" der Zukunft. Genau das ist die Absicht der USA, allerdings bemüht sich der deutsche Imperialismus, der eine tragende Rolle in der NATO spielt, um die Formierung einer "vereinigten europäischen Armee". Das würde die NATO zu einer Neuorganisierung zwingen. Deutschland hat nach dem Golfkrieg, den es massiv unterstützte, des öfteren betont, daß die NATO nicht mehr notwendig sei oder auf jeden Fall umstrukturiert werden müßte. Deutschland weiß, daß die Schutztruppen ein Konstrukt der NATO sind, und ihre Existenz wird als beunruhigend empfunden. Denn wenn die Schutztruppen eingreifen würden, wäre es eine Handlung der NATO. Deutschland hebt zu einer Zeit der verstärkten Diskussionen über die weitere Stationierung der Schutztruppen das Embargo gegen die Türkei auf. Auch wenn der türkische Außenminister Hikmet Cetin betont, daß die Aufhebung des Embargos an keinerlei Bedingungen gebunden sei, kann man davon ausgehen, daß die Türkei dem deutschen Imperialismus viele Zugeständnisse gemacht hat. Eines dieser Zugeständnisse kann die Diskussion um die Schutztruppen sein. Wird der Aufenthalt der Schutztruppen verlängert? Es wäre falsch, dies aus dem Ergebnis abzuleiten. Die Frist kann durchaus verlängert werden. Doch wenn diese Frist weniger als drei Monate betragen würde, bestätigte sich die Vermutung, daß die Türkei Deutschland Zugeständnisse gemacht hat. Wichtig ist, ob nach dieser Etappe den Schutztruppen noch eine Chance gegeben wird. In den internationalen Beziehungen können bestimmte Strukturen nicht ohne weiteres aufgelöst werden, auch wenn es gewollt würde. Das muß sich mit der Zeit entwickeln. So wird es auch mit der Diskussion um die Schutztruppen sein. Falls Deutschland in dieser Angelegenheit eine Zusage von der Türkei erhalten hat, so wird es bei der nächsten KSZE-Gipfel-Vorbereitungskonferenz in Helsinki seine Position noch deutlicher machen. Es wird darauf bestehen, daß die NATO "eine Kraft wird, die den Frieden in Europa erhält". Folge wäre der Versuch, eine Blockade gegenüber den USA zu errichten.

Der zweite Punkt sind die Wahlen in Süd-Kurdistan. Die letzten Entwicklungen zeigen, daß das Wahlszenario der Kurden, die ihr Schicksal an die imperialistischen Staaten gebunden haben, ein Konstrukt aus Washington ist. Trotz der politischen und witschaftlichen Zusagen an Barzani in Bonn im vergangenen Februar haben die Entwicklungen in den Konkurrenzkämpfen zwischen den imperialistischen Staaten gezeigt, daß Deutschland unter einem deutlichen Machtverlust in Süd-Kurdistan gelitten hat. Trotz der Bemühungen des deutschen Imperialismus, der Bevölkerung im Süden mit "Freundlichkeit" und scheinbarem Respekt der Menschenrechte, dem Bau von Straßen, Krankenhäusern und Schulen zu imponieren, stellt sich jetzt heraus, daß der politische Einfluß sehr gering ist. Die Berechnungen des US-Imperialismus funktionieren in einer vollkommenen Übereinstimmung mit den Schutztruppen. Die USA beabsichtigen, den militärischen Bedarf eines zukünftigen Kurdistan im Süden durch die Schutztruppen abzudecken. Falls die Schutztruppen, die als Teil der NATO betrachtet werden müssen, tatsächlich eine Aufgabe in Südkurdistan bekämen, hätte die USA ganz "legal" die Kontrolle über die Region erhalten. Natürlich ist eines der wichtigsten Ziele die Kontrolle über die PKK. Es ist inzwischen bekannt, daß die Angriffe der türkischen Luftwaffe von den "Kontrollflügen" der Schutztruppen unterstützt wurden, ja daß sogar die Schutztruppen an den Angriffen im Januar selbst beteiligt waren. Diese Angriffe werden noch brutaler und häufiger durchgeführt, wenn die Schutztruppen sich in Süd-Kurdistan einrichten. Die USA beabsichtigen, neben der PKK auch den Iran und Irak zu überwachen. Der Iran ist ein Land in der Region, das unter großem deutschen Einfluß steht. Die USA versuchen wiederum, die Einflußbereiche Deutschlands durch die Schutztruppen unter ihre Kontrolle zu bringen. Falls die Schutztruppen abziehen würden, würde Deutschland erneut versuchen, was zuletzt am 26. Juni 1991 vom CDU-Sprecher Klaus Francke in Bremen auf dem Kurdenkongreß zur Sprache gebracht wurde, nämlich daß "deutsche Soldaten nach Kurdistan" geschickt werden sollten. Allerdings würde man es, angesichts der eigenen blutigen Vergangenheit, lieber in Erwägung ziehen, eine solche Idee nicht umzusetzen. Lieber würde es zusammen mit einem vereinigten Europa, wo es sich seiner Führungsposition bewußt ist, einen solchen Schritt durchführen.

Der dritte Punkt ist die NATO-Außenministerkonferenz, die Anfang Juni in Oslo stattfand: die Aufhebung des Embargos liegt zeitgleich mit diesem wichtigen Ereignis. So versuchte Deutschland, die Türkei, die es ja am meisten unterstützt innerhalb der NATO, auf seine Seite zu bekommen.

Die bisher genannten drei Punkte stehen in engem Zusammenhang miteinander. Die Schutztruppen sind in ihrer ganzen Entscheidungsstruktur eng an die USA angebunden und haben ihre Existenz Südkurdistan zu verdanken. Mit dem Abzug der Schutztruppen würde der Einfluß der USA in dieser Region geschwächt werden. Das ist einer der Gründe für die Empörung Deutschlands.

Doch in der Konferenz verfolgten die USA das Ziel, daß ernsthaftere Entscheidungen getroffen werden. In der Situation, daß die NATO keine Aufgabe dort gefunden hat, sollte nicht nur über die Abschaffung der Schutztruppen beraten werden, sondern auch über die Abschaffung der am 1. Januar 1984 entstandenen Streitkräfte auf der gesamten NATO-Ebene. Deutschland hatte bereits die zwei Divisionen, die es den Streitkräften unterstellt hatte, wieder zurückgezogen und die Streitkräfte somit geschwächt. Entgegen der Propaganda der Monopolmedien kam es am 4. Juni bei den Gesprächen der Außenminister zu keinen ernsthaften Entscheidungen. Die "wichtigste Entscheidung" war folgende: "Die Allianz muß die Bemühungen der KSZE um Frieden unterstützen." Aus einem solchen Beschluß, "neue Aufgaben" für die NATO abzuleiten, ist lächerlich. Die KSZE ist keine militärische Vereinigung. Außerdem ist die KSZE ein Produkt des deutschen Imperialismus. Beim Gipfeltreffen in Paris 1990 standen die politischen Erfolge Deutschlands im Mittelpunkt. Der größte Teil der englischen und amerikanischen Militärstützpunkte in Deutschland wurde in Folge der Beschlüsse aufgelöst.

Unsere bisherigen Ausführungen zeigen, wie lächerlich die Aussage in vielen Berichten der herrschenden Presse ist, "Deutschland hätte durch den Druck der USA das Embargo gegen die Türkei wieder aufgehoben". Kurdistan bleibt weiterhin Schauplatz der Kämpfe zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Imperialismus.

* * *

TAGEBUCH DER MENSCHENRECHTE IN KURDISTAN

65-jähriger in Pervari vom Militär ermordet

Das im Kreis Siirt in der Provinz Pervari gelegene Dorf Erken wird seit Jahren immer wieder von der türkischen Armee überfallen, weil seine Bewohner sich standhaft weigern "Dorfschützer" zu werden. Am 3. Mai wurde Erken wieder einmal von der Gendarmerieeinheit aus Doganca überfallen. Von den frühen Morgenstunden bis in die Nacht zerstörten sie den Hausrat und die Lebensmittelvorräte der Bewohner und beschlagnahmten Dinge des täglichen Bedarfs wie auch Babyflaschen. Sie wurden aufgefordert, ihre Sachen am nächsten Tag auf der Gendarmeriewache wieder abzuholen, was sie auch taten. Aber anstatt ihre Sachen wieder zu bekommen, wurden ihnen die Ausweise abgenommen. Am 7. Mai kamen dann wieder Gendarmeriekräfte nach Erken und forderten die Bewohner auf, am nächsten Tag zur Wache zu kommen, um ihre Ausweise abzuholen. Dabei wurde dann am 8. Mai der 65-jährige Ahmet Bayrak von Gendarmeriekräften beschossen, als er sich 50 Meter von der Wache entfernt befand. Als seine Mörder merkten, daß er noch nicht tot war, brachten sie ihn mit mehreren Messerstichen in den Rücken um und warfen ihn einen Abhang hinunter. Das haben Kinder, die ihn kannten, beobachtet, und das Dorf über seine Ermordung benachrichtigt. Als die Dorfbewohner daraufhin zur Gendarmeriewache kamen, wurde einfach behauptet, daß Ahmet Bayrak dort schon ermordet aufgefunden wurde, und sie nichts damit zu tun hätten. Diese Lüge verbreitet auch der Präfekt.

Staatsterror gegen Dörfer in Savur

Am 13. Mai wurde das Dorf Pinardere in Savur/Mardin in den frühen Morgenstunden von türkischen Militärkräften umstellt, Hausdurchsuchungen durchgeführt, und die Bewohner beleidigt und belästigt. Obwohl bei den Durchsuchungen nichts gefunden wurde, haben sie sieben Bewohner des Dorfes verhaftet. Ihre Verwandten, die weder den Grund der Verhaftungen noch etwas über das Schicksal der Verschleppten erfahren haben, sind sehr besorgt. Nur zwei Mädchen, die vom Militär noch im Dorf verhört wurden, sind anschließend gleich wieder freigelassen worden. Am gleichen Tag wurde auch das Dorf Künüfür umstellt und durchsucht. Dort hat das Militär fünf Waffen gefunden und drei Bewohner mit verbundenen Augen verschleppt.

Zwangsrekrutierungsversuche als "Dorfschützer" in Elazig

Die türkischen Sicherheitskräfte wenden massiven Druck auf die Bewohner der Dörfer Ziver und Kivenk in Elazig/Palu an, um "Dorfschützer" zu rekrutieren. Die Bewohner befürchten eine Deportation, da sie sich seit Jahren weigern, "Dorfschützer" zu werden. Der neue Dorfvorsteher wurde auf die Wache verschleppt und verprügelt, um ihn zu zwingen, die Bauern zum "Dorfschützer"-dienst zu verpflichten. Die Bewohner erklärten: "Wir machen keine 'Dorfschützer', auch wenn wir deshalb sterben sollten. Wir werden vielleicht zu Bettlern, aber keine 'Dorfschützer'. Wir haben gesehen, was für eine niederträchtige Sache das ist, 'Dorfschützer' zu machen."

"Hisbollah" -Konterguerilla-Angriffe in Batman und Nusaybin

Schüler des Gymnasiums in Batman wurden am Mittag des 7. Mai, beim Verlassen der Schule, von einer Gruppe von 30 "Hisbollah"-Konterguerilla-Leuten mit Ketten und Knüppeln angegriffen. Dabei wurden drei Schüler schwer verletzt. Die angegriffenen Schüler erklärten, daß dies nicht der erste Angriff der Konterguerilla auf sie war, und daß die Schulleitung mit ihnen zusammenarbeitet. Die Konterguerillamitglieder gehen in der Schule ein und aus und haben schon öfters Schüler angegriffen, die nicht auf ihrer Seite stehen. Obwohl drei der Angreifer der Schule und den Angegriffenen bekannt sind, wurde nichts gegen sie unternommen. Am Nachmittag des 8. Mai wurde der Stadtteil Ipragaz in Batman von 60 Leuten der Konterguerilla angegriffen. Sie wurden jedoch von den Bewohnern mit Steinen und Stöcken vertrieben. Bei den Auseinandersetzungen, die eine Stunde lang dauerten, wurden mehrere Stadtteilbewohner verletzt.
Am 11. Mai wurde der 61-jährige Friedhofswärter Süleyman Tural auf dem Nachhauseweg von einer Gruppe der "Hisbollah"-Konterguerilla zusammengeschlagen. Er mußte, im Koma, mit schweren Kopfverletzungen in die Intensivstation gebracht werden. Schon vor drei Monaten war er von den gleichen Leute angegriffen worden. In Nusaybin wurde der Taxifahrer Naif Avci von der Konterguerilla durch Schüsse verletzt.

Zwei Menschen in Mardin von der Konterguerilla ermordet

Am 12. Mai wurden im Bezirk Kiziltepe, in der Provinz Mardin, der 53-jährige Mehmet Dursun und der 27-jährige Hüseyin Bakir von der Konterguerilla auf der Straße durch Schüsse ermordet. Sie waren früher wegen Unterstützung der PKK im Gefängnis, und wurden nach ihrer Entlassung ständig observiert.

Hohe Gefängnisstrafen in PKK-Prozeß

Der Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht Diyarbakir wegen Unterstützung der PKK gegen 36 Angeklagte, 20 davon waren inhaftiert, hat vor acht Monaten begonnen. In der politischen Verteidigung erklärte M. Sirin Önen: "Unsere Partei, die PKK, ist die Avantgarde unserer in den Bergen kämpfenden Guerilla und unseres Volkes. Wir erkennen eurer Gerichtsurteil nicht an, ganz gleich wie es lautet. Denn uns kann nur unsere Partei und unser Volk verurteilen. Es lebe unsere Kriegsregierung Botan-Behdinan." Die 16 Angeklagten, die schon zuvor auf freiem Fuß waren, wurden freigesprochen, die anderen 20 zu Gefängnisstrafen zwischen 3 3/4 und 24 Jahren verurteilt. Am

11. Mai wurde Guri Siray vom Staatssicherheitsgericht Diyarbakir wegen angeblicher Mitgliedschaft und Unterstützung der PKK nach drei Monaten Prozeßdauer zu 12 3/4 Jahren Gefängnis verurteilt. Er rief bei der Urteilsverkündung Parolen gegen die Folter.

5000 kamen zu Beerdigung von Mizgîn in Tatvan

Am 11. Mai erschoß sich die Befreiungskämpferin Mizgin, die von der türkischen Armee umzingelt war, um den Kolonialisten nicht in die Hände zu fallen. 5000 Menschen machten ihre Beerdigung zu einer Demonstration gegen den Kolonialismus und riefen Parolen für den Befreiungskampf. Zwei HEP-Vorstandsmitglieder von Bitlis hielten eine Rede. Die Polizei, die vor der Beerdigung massive Einschüchterung betrieb und Leute, die teilnehmen wollten, bedrohte, griff während der Beerdigung selbst nicht ein.

Staat reißt Gecekondu-Bewohnern das Dach über dem Kopf weg

Am 7. Mai wurden sechs Häuser im Gecekondu ("Über Nacht gebaute Häuser"), im Viertel Karsiyaka in Elazig unter dem Vorwand, daß der Boden, auf dem sie gebaut sind, dem Staat gehört, eingerissen. Die Stadtteilbewohner versuchten den Abriß zu verhindern, indem sie dem Abrißkommando ihren Widerstand entgegensetzten. Nachdem die betroffenen Familien zunächst in Zelten aus Plastikplanen lebten, begannen sie ihre Häuser wieder aufzubauen. Das war schon der dritte Abriß, und sie hatten danach ihre Häuser schon zwei Mal wieder aufgebaut.

Repression gegen Journalisten

Am 9. Mai wurde das Haus des Redakteurs der Zeitschrift Emegin Bayrak, Cuma Davut, von Polizeikräften umstellt. Der Reporter wurde auf die Wache verschleppt und drei Tage dort festgehalten. Am 12. Mai wurde der Yeni Ülke-Reporter von Mardin, Ibrahim Yersiz, und am 13. Mai der Yeni Ülke-Reporter von Kozluk, Bengi Yildiz verhaftet. Bengi wurde am nächsten Tag wieder freigelassen. Am 12. Mai wurde die Diyarbakir-Reporterin der Zeitschrift Mücadele, Sakine Fidan, verhaftet. Ihre Kollegen erklärten, daß sie um das Leben von Sakine Fidan besorgt sind, und fordern ihre sofortige Freilassung. Der Herausgeber der Zeitschrift Özgür Halk, Riza Erdogan, wurde vom 1. Senat des Staatssicherheitsgerichts Istanbul wegen der Veröffentlichung eines Interviews mit dem PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan zu fünf Monaten Gefängnisstrafe verurteilt. Auch bürgerliche und staatstreue türkische Zeitungen haben schon öfters Interviews mit Abdullah Öcalan veröffentlicht, ohne daß ein Verfahren gegen sie eingeleitet worden wäre. Allerdings waren bei diesen Veröffentlichungen die Ausführungen des Generalsekretärs meistens verfälscht. In Malatya wurden Mitarbeiter und Besucher der Büros der Zeitschriften Yeni Demokrasi und Newroz von Zivilpolizisten verschleppt und unter Drohungen und Versprechungen für Agentendienste anzuwerben versucht.

Polizeiterror gegen Schüler

Am 12. Mai umstellten uniformierte und Zivilpolizisten das Gymnasium von Urfa und durchsuchten alle Schüler. Einige, die sich gegen die Durchsuchung gewehrt hatten, wurden verprügelt, zwanzig Schüler ohne Begründung festgenommen. Auch das Gymnasium von Siverek wurde am gleichen Tag von der Polizei überfallen. Dort wurden Schüler verhaftet, die legal erscheinende Publikationen politischen Inhalts bei sich hatten.

Zwei Menschen in Mardin durch Mine ermordet

Die türkische Armee hat im Dorf Künüfür (Durusu), in Mardin-Savur Tretminen ausgelegt, weil sich die Bewohner geweigert hatten, "Dorfschützer" zu werden und es ihren Verdacht erregte, daß so wenige Männer im Dorf verblieben sind. Am Morgen des 16. Mai ist ein Minibus auf eine Mine gefahren und explodiert. Dabei wurden Mehmet Celik und Ali Altindag getötet und vier weitere Fahrgäste schwer verletzt. Die Bewohner von Künüfür berichteten, daß sie seit langem von den türkischen Sicherheitskräften bedroht werden, weil es in ihrem Dorf keinen "Dorfschützer" gibt, und drei Tage zuvor eine Militäroperation gegen ihr Dorf durchgeführt worden war, bei der die türksichen Soldaten mit Gewalt in die Häuser eindrangen, alles durchsuchten und ihren Hausrat und ihre Vorräte zerstörten.

Kind durch Schüsse aus Hubschrauber ermordet

Am 17. Mai führte die türkische Armee zum zweiten Mal einen Angriff, vom Hubschrauber aus, auf die Zivilbevölkerung in der Nähe des zu Uludere gehörenden Dorfes Hilal durch. Durch die Schüsse auf die Weide Belat, wo fünf Nomadenfamilien in Zelten leben, wurde der zehnjährige Bisar Bilen ermordet, seine Eltern Mahmut und Devlet und seine Geschwister Dilber (5 Jahre alt) und Ismail (3 Jahre alt) schwer verletzt. Außerdem wurde die Herde beschossen, wodurch die Familie über 100 Schafe und Ziegen verloren hat, die ihre Lebensgrundlage darstellten.

Überfall der türkischen Armee auf Dara

Mitte Mai hat die türkische Armee das Dorf Dara (Oguz) in Mardin umstellt und alle Häuser durchsucht, wobei sie große Verwüstungen anrichtete. Sie beschlagnahmten alle Jagdgewehre und Goldschmuck, und verhafteten 21 Bewohner. Alle Dorfbewohner wurden von den Soldaten gefoltert.

Durchsuchungen und Verhaftungen in Kiziltepe

Am 13. Mai wurde der im Gymnasium angestellte Ismail Bingül und seine drei Kindern verhaftet. Der HEP-Vorsitzende von Uludere A. Kadir Ürper erklärte, daß in der ganzen Gegend unter dem Vorwand, nach Waffen zu suchen, nachts Hausdurchsuchungen stattfinden und die Bevölkerung massiv unter Druck gesetzt wird. Wenn das so weiter geht, würden wohl alle von dort wegziehen müssen, aber diesmal nicht in die Türkei, sondern in den "Nordirak". Lezgin Kara, HEP-Funktionär von Hilal und Faysal Ürper, HEP-Vorstandsmitglied von Uludere, und der Taxifahrer Mehmet Altürk aus Uludere wurden ohne Grund verhaftet und in der Haft gefoltert.

Vier Bauern in Uludere von der Gendarmerie ermordet

Am 16. Mai hat die Gendarmerieeinheit Senoba mehrere Dörfer in der Gegend überfallen, in der am Vortag die ARGK zwei Kasernen angegriffen hatte. Sie verschleppten den 17-jährigen Tahir Ünver aus Kalemli, den 20-jährigen Muhsin aus Tasdelen, den 55-jährigen Halil Mirza aus Tasdelen und den 70-jährigen Xami und ermordeten sie durch Schüsse. Nach der Beerdigung in Kalemli, die von den Bewohnern zu einer Kundgebung gegen den kolonialfaschistischen Staatsterror gemacht wurde, und auf der Parolen wie "Kurdistan wird zum Grab des Faschismus werden" und "Es lebe die PKK" gerufen wurden, sind der Dorfvorsteher Ismail Kaya und dreißig weitere Bewohner von der Gendarmerie verschleppt worden.

Die Newroz-Verhafteten sitzen immer noch in den Zellen

Eine Gruppe von Anwälten hat am 5. Mai gegen den Leiter des E-Typ-Gefängnisses Elazig, Basegmez, Anzeige wegen Folter erstattet. Die Anwälte haben erklärt, daß in dem Gefängnis Zustände herrschen wie im Gefängnis Diyarbakir nach dem faschistischen Militärputsch. Die in den Provinzen Cizre, Sirnak und Diyarbakir am Newroz festgenommenen Menschen sitzen immer noch in Isolationszellen, wurden mehrmals brutal zusammengeschlagen und auf andere Weise gefoltert. Die Ernährung und sanitären Verhältnisse sind absolut unzureichend. Viele der Gefangenen sind krank, es wird ihnen jedoch medizinische Behandlung verweigert.

Spezialteams ermordeten drei Menschen in Midyat

In der Nacht des 17. Mai umstellte ein Spezialteam das Haus von Nusrettin Taran im Stadtteil Cumhuriyet in Midyat. Auf die Aufforderung des Spezialteam, das Haus zu verlassen, kam Nusrettin Taran mit seiner Frau und seinen Kindern heraus. Kurz darauf kam es zu einem Gefecht. Das Haus von Taran wurde mit Panzern beschossen. Nach dem Gefecht fand man die Leichen von Nusrettin Taran und von zwei Männern, die als Gäste in seinem Haus waren, in einem Zustand, indem sie kaum mehr zu identifizieren waren. Anschließend überfiel das Spezialteam das Haus des Bruders von Nusrettin Taran im gleichen Stadtteil, schlugen Mehmet Taran und seinen 14-jährigen Sohn brutal zusammen und verschleppten die beiden. Die Frau des ermordeten Nusrettin, Gülsüm und ihr Sohn Salahe wurden ebenfalls mitgenommen und ihr vier Monate altes Baby von den Spezialteammitgliedern zu Boden geschleudert. Bei einer weiteren Operation des Spezialteams im Stadtteil Cumhuriyet wurden der Geistliche Melle Serifli und fünf weitere Personen mit der Begründung, sie seien "verdächtige Personen", verschleppt. Am nächsten Tag kamen 3000 Menschen zur Beerdigung der in der Nacht Ermordeten und protestierten gegen den Staatsterror, alle Geschäfte in Midyat blieben am 18. Mai geschlossen.

Angriff auf Beerdigung in Kozluk

Am 17. Mai griffen die staatlichen Sicherheitskräfte in Kozluk die Bewohner an, die an einer Beerdigungsfeier für die zuvor in Sason gefallenen ARGK-Kämpfer teilnehmen wollten. Zunächst wurden sie an der Nase herumgeführt und durch Falschinformation nach Batman gelockt, während die Sicherheitskräfte die Leichen der gefallenen Befreiungskämpfer in der Nähe von Kozluk in ein Abwasserloch warfen. Die Bevölkerung protestierte dagegen. Auf dem Friedhof von Kozluk, an den Gräbern von zwei weiteren gefallenen Guerilleros des Gefechts von Sason, führte das Volk eine Beerdigungsfeier durch. Die Sicherheitskräfte griffen die Menge an, zerrten den Yeni Ülke-Reporter Bengi Yildiz unter Fußtritten in ein Fahrzeug und nahmen weitere 53 Menschen unter Tritten und Schlägen fest, die am nächsten Tag wieder freigelassen wurden.

Zwei Menschen in Kiziltepe von der Konterguerilla ermordet

Am 17. Mai ermordete die Konterguerilla in Mardin im Stadtteil Yeni Mahalle in Kiziltepe und in dem in der Nähe gelegenen Dorf Soganli den Schmied Edip Karaibrahimoglu und den ehemaligen Dorfvorsteher Nuri Gökcen. Beide Ermordeten waren erst vor wenigen Wochen aus dem Gefängnis entlassen worden; ihnen wurde Unterstützung der PKK vorgeworfen.

Ärzte verhaftet weil sie ihre Arbeit taten

Seit dem 12. Mai sind die Ärzte Dr. Serdar Necmioglu und Dr. Rasit Yüce in Haft, weil sie im staatlichen Krankenhaus Diyarbakir, trotz Behinderungsversuchen durch Sicherheitskräfte, die Kranken behandelt haben.

Polizeiangriffe auf Schülerveranstaltungen

Die Schüler des Gymnasiums von Sirnak boykottierten am 14. Mai den Unterricht und führten stattdessen im Schulhof eine Gedenkveranstaltung für ihren Mitschüler Biseng Anik durch, der im Zusammenhang mit den Newrozereignissen verhaftet und durch Folter ermordet wurde. Polizeikräfte griffen die Schüler mit Knüppeln an, die sich mit Steinen verteidigten. Eine nicht bekannte Zahl von Schülern wurde verhaftet. 200 Studenten der Universität von Van führten eine Gedenkveranstaltung für den vor 5 Jahren ermordeten Studenten M. Sirin Tekin durch. Am Ende der Veranstaltung griff die Polizei die Veranstaltungsteilnehmer mit Knüppeln an und schoß in die Menge. 93 Studenten, darunter auch Verletzte, wurden verhaftet und vier Tage lang in der Haft gefoltert. Nach vier Tagen wurden sie dem Haftrichter vorgeführt, der keine Haftbefehle ausstellte und alle wieder freilassen wollte. Die politische Polizei bedrohte jedoch den Haftrichter und ließ, trotz des fehlenden Haftbefehls, elf Studenten in das Gefängnis von Van bringen.

Die Kugeln können die Wahrheit nicht töten

Am 8. Juni wurde der 27-jährige Journalist und Diyarbakir-Korrespondent der Zeitung Özgür Gündem, Hafiz Akdemir, auf dem Weg zur Arbeit von der Konterguerilla ermordet. Die neue kritische und vor allem über Kurdistan wahrheitsgemäß berichtende Tageszeitung Özgür Gündem hatte an diesem Tag erst ihre 10. Ausgabe

herausgebracht. Hafiz Akdemir arbeitete an Recherchen über die Morde der Konterguerilla und wurde schon seit einiger Zeit häufig telefonisch bedroht. Die für den 10. Juni geplante Beerdigung wurde vom Gouverneur verboten, da die Kolonialisten eine Demonstration gegen die Konterguerillamorde verhindern wollten. Das Militär vergrub die Leiche des ermordeten Hafiz Akdemir bereits am Abend des 9. Juni und umstellte den ganzen nächsten Tag lang die Stelle. Die Angehörigen von Hafiz Akdemir, die den Leichnam abholen wollten, wurden festgenommen und vom Militär zusammengeschlagen. Die Zeitung Özgür Gündem rief alle Journalisten für den 10. Juni zu einem zweistündigen Proteststreik auf.

Die Konterguerilla mordet weiter

In der letzten Maiwoche wurde der 35-jährige Ismail Sertkaya von der Konterguerilla, beim Öffnen seines Geschäfts in Kiziltepe-Özmenler Sitesi, ermordet. Er wurde mit schweren Verletzungen durch einen Kopfschuß ins Krankenhaus gebracht, starb jedoch noch auf dem Weg dahin. Wenig später wurde der 17-jährige Ahmet Eren im Zentrum von Kiziltepe von "Unbekannten" auf der Straße erschossen. Im Zentrum von Batman wurde am Morgen des 24. Mai Ibrahim Demir durch einen Kopfschuß von der Konterguerilla ermordet. Die Schützen waren 14/15-jährige Jugendliche. Am Nachmittag des gleichen Tages wurde in einem anderen Stadtteil von Batman ebenfalls ein Mann durch Schüsse ermordet. Die Bewohner kennen seine Identität nicht und die Sicherheitsbehörden, die den Leichnam verschleppt haben, behaupten, es sei ihnen von dem Fall nichts bekannt. In der gleichen Woche wurde Fahrettin Polat in Batman von der Konterguerilla niedergeschossen. Er wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht. Inzwischen ist auch die Identität der beiden Leichen bekanntgeworden, die auf der Landstraße Diyarbakir - Siverek gefunden wurden. Es sind Mahmut Ertekin und Seyhmus Gündüz, die am 20. Mai nach Diyarbakir fahren wollten, zum Prozeß gegen Ramazan Ertekin, der vor dem Staatssichheitsgericht angeklagt war. Ihre Angehörigen sprechen von einer Hinrichtung ohne Urteil durch die Konterguerilla.

Gendarmerie ermordete nach Ausweiskontrolle Fahrgäste

Als der Kleinbus der Kohlearbeiter am Abend des 24. Mai von Sirnak nach Cizre zurückkehrte, wurde er von der Gendarmerie angehalten. Nach den Ausweiskontrollen wurde der Fahrer von der Gendarmerie aufgefordert weiterzufahren. Nach 10 Metern eröffnete die Gendarmerie plötzlich das Feuer auf den Bus. Durch die Schüsse wurde M. Salih Dalmis, Vater von acht Kindern, ermordet und sein Kollege Abdullah Baran verletzt.

Türkische Armee vermint Verbindungsstraßen zu Dörfern

In der letzten Maiwoche hat die türkische Armee die Verbindungsstraßen zwischen der Provinzhauptstadt Mardin und den Dörfern Künüfür (Durusu), Kütüklü und Alisli durch eingegrabene Tretminen vermint. Die Bewohner wurden von der Verminung nicht informiert. Todesfälle sind nur dadurch verhindert worden, daß ein Bewohner, von dem die Soldaten Schaufel und einen Besen verlangten, mißtrauisch wurde und vermutete, daß die Soldaten deshalb einen Besen wollten, um die Spuren der eingegrabenen Minen zu verwischen. In den anderen beiden Dörfern sind die Fahrer von Taxis bzw. Minibussen mißtrauisch geworden, weil die Wege wie neu gemacht ausgesehen haben, und konnten ihre Fahrzeuge rechtszeitig anhalten.

Militär versucht Bauern in Mardin zur Migration zu zwingen

Am 23. Mai wurde das Dorf Akbag in Mardin vom türkischen Militär überfallen. Es wurden sechs Bauern verhaftet, dann erkärte der Kommandant Mehmet Göcmen den Bewohnern, daß sie 20 Tage Zeit hätten ihr Dorf zu räumen, sonst würde er sie verbrennen. Außerdem wurden die Bauern gezwungen Gräber auszuschaufeln, die für sie bestimmt sein sollen. Die Bewohner von Akbag haben jedoch erklärt, daß sie ihr Dorf nicht verlassen werden. Auch in vielen anderen Dörfern von Mardin-Zentrum und Mardin-Savur versucht das türkische Militär zur Zeit durch verstärkte Repression die Bewohner zur Migration zu zwingen.

Das Volk protestiert gegen Weide-Verbot

Seit dem 6. Mai hat der Gendarmeriekommandant Serdar Yücel ein Weide-Verbot für die Provinzen Igdir, Agri und Kars erlassen, dessen Bewohner hauptsächlich von der Viehzucht leben. Das Weide-Verbot steht auf keinerlei gesetzlicher Grundlage. Ausnahmegenehmigungen sind nur möglich gegen die Zahlung von bis zu 500000 Lira und der Vorlage einer Reihe von Papieren wie Führungszeugnisse für alle Familienmitglieder, Hirtenverträge, Bestätigungen vom Kreislandwirtschaftsdirektor über die Anzahl des Viehs etc., die nur schwer zu bekommen sind. Die Dorfvorsteher einer Reihe der betroffenen Dörfer haben sich gemeinsam beim Innenminister und den Abgeordenten der Region beschwert.

Nezir Acar und Abdullah Aydin immer noch verschwunden

Der am 16. April im Zentrum von Dargecit in der Provinz Mardin verhaftete Nezir Acar ist noch immer spurlos verschwunden. Die beiden mit ihm Verhafteten wurden am 22. Mai wieder freigelassen. Die Angehörigen von Nezir Acar versuchten seitdem etwas über den Verbleib ihres Sohnes herauszufinden. Die Staatsanwaltschaft behauptet, nichts von ihm zu wissen. Am 22. Mai wurde Abdullah Aydin von der Polizei festgenommen. Seiner Familie gegenüber, die seitdem versucht seinen Aufenthaltsort herauszubekommen, behaupten die Polizei und staatlichen Behörden, daß sie ihn angeblich nicht verhaftet hätten.

Schüler aus Protest gegen die Folter im Gefängnis im Hungerstreik

Zehn am 1. Mai in Igdir verhaftete Schüler haben bei ihrer Haftprüfung und dem Verhör vor dem Staatsanwalt am 7. Mai erklärt, daß sie gefoltert worden sind. Sie wurden aufgrund der Denunziation durch



Durch die Schüsse der türkischen Militärkräfte verletzte Kurden

die Schulleitung verhaftet. Nach dem Haftprüfungstermin wurden sie ins Gefängnis gebracht, wo sie in den Hungerstreik getreten sind. Sie und ihre Eltern fordern die sofortige Freilassung und Wiederaufnahme an der Schule.

Verhaftungen bei Studentenveranstaltung für Selbstbestimmung in Diyarbakir

Am 21. Mai führten die Studierenden an der medizinischen Fakultät Diyarbakir eine Veranstaltung zur Unterstützung der Demonstration am gleichen Tag in Brüssel durch. Sie riefen später im Hof der Universität Parolen für die Selbstbestimmung Kurdistans und für die PKK sowie gegen den mit dem türkischen Staat kollaborierenden Direktor. Die Polizei griff die Studenten an und nahm zehn Studenten fest.

Verhaftungen in Antep wegen Gedenkkundgebung für Ibrahim Kaypakkaya

Am 21. Mai wurde eine Kundgebung für Ibrahim Kaypakkaya (Gründer der TKP/ML, der am 18.5.73 zu Tode gefoltert wurde) in Antep von der Polizei angegriffen. 15 Teilnehmer wurden verhaftet. Bei weiteren Polizeioperationen in verschiedenen Stadtteilen Anteps wurden weitere 25 Menschen verhaftet, darunter die Vorsitzende der Frauenkommission des Menschenrechtsvereins IHD, Songül Sarkli und der Antep-Korrespondent der Zeitschrift Emegin Bayrak.

Angriff auf juristisches Unterstützungsbüro

Das erst vor vier Monaten gegründete juristische Unterstützungsbüro, in dem mehrere Anwälte Unterstützung, Rechtsberatung und Ermittlung von Beweismaterial bei politischen Prozessen und Klagen von Betroffenen des Staatsterrors in Kurdistan anbieten, wurde am 23. Mai um 4.00 Uhr morgens von "Unbekannten" verwüstet. Sie schütteten Benzin aus und zündeten es an, wodurch Inventar, Schreibmaschinen etc. zerstört wurden. Vermutlich ist es auch vorher durchsucht worden. Die Anwälte des Büros erklärten, daß sie vermuten, daß der Angriff von der Polizei durchgeführt wurde um, sie einzuschüchtern und um das von ihnen gesammelte Material zu vernichten, um ihre Weiterarbeit zu verhindern. Schon seit längerer Zeit werden Anwälte, die die Verteidigung in politischen Prozessen übernehmen und auch mit dem Büro zusammenarbeiten, telefonisch bedroht.

Hirten in Agri gefoltert

Das Militär verlangt von den Bewohnern des Dorfes Askale in Agri immer wieder die Herausgabe von Kalaschnikows, obwohl sie erklärten, daß sie keine Waffen haben. Ansonsten wollen die Soldaten von einigen Familien die Kinder mitnehmen. Die Hirten des Dorfes, der 65-jährige H. N. Cetin, der 60-jährige K. Bulut und der 30-jährige A. Bulut wurden vom Militär verschleppt und gefoltert.

75-Jähriger in Polizeihaft gefoltert

Der im Januar in Idil verhaftete 75-jährige Ibrahim Kaya wurde in der Polizeihaft gefoltert. Das Staatssicherheitsgericht Diyarbakir hat jetzt beim Haftprüfungstermin Haftbefehl gegen den, durch Folter und Haftbedingungen gesundheitlich schwer geschädigten, alten Mann erlassen. Er wird wegen angeblicher Unterstützung der PKK angeklagt.

Angeklagte fordern Kriegsgefangenenstatus

Am 2. Juni verurteilte das Staatssicherheitsgericht Diyarbakir M. Faruk Toptas zu 22 1/2 Jahren und Safi Aritemur zu 3 3/4 Jahren Gefängnis wegen PKK-Mitgliedschaft und -Unterstützung. M. Faruk Toptas sprach in seiner Prozeßerklärung über die Geschichte des Befreiungskampfs und der PKK und fordert eine Behandlung nach dem Genfer Abkommen für Kriegsgefangene, das die TR unterzeichnet hat. Er erklärte, daß die PKK im Gegensatz zur TR alle Kriegsgefangenen ohne irgendwelche Bedingungen freiläßt, und daß er das Urteil des Gerichts nicht anerkennen wird. Nach der Urteilsverkündung rief er kurdische PKK-Parolen.

HEP-Funktionäre verhaftet

Am 2. Juni wurde die HEP-Funktionärin Aysel Dogan und der Kreisvorsitzende von Dersim, Mehmet Gülmez, verhaftet. Sie werden beschuldigt die Rolladenschließungsaktion der Geschäfte in Dersim aus Protest gegen den Staatsterror organisiert zu haben.

Angriffe von Faschisten und der Polizei auf Studenten

Am 25. und 26. Mai haben Mitglieder der faschistischen Partei MCP Studenten der Universität von Malatya angegriffen. Als sich die Studenten am 26. auf ihre Selbstverteidigung vorbereitet hatten, und sich versammelten und die faschistischen Angreifer vertrieben, die mehrere Studenten verletzt hatten und mit Hacken und Stöcken die Universität verwüsteten, griff die Polizei ein. Die Polizei schützte die Faschisten und verhaftete 98 Studenten.
cken die Universität verwüsteten, griff die Polizei ein.

Neue Erkenntisse über den Mord am Bürgermeister von Hilal:

"Die Ermordung Yakup Karas wurde im Bataillon geplant"



Ein Unteroffizier berichtet ... Wie und von wem wurde die Ermordung Yakup Karas geplant? Welche anderen Bürgermeister sollten nach diesen Plänen noch in dem Fahrzeug sein? Die nur aus purem Zufall dem Tod entkommenen Bürgermeister.

Ein weiterer vom Bataillion geplanter Mord: Der Fall Salih Üren "Die Absicht die hinter der Ermordung Sahlihs stand, war, zwischen zwei Dörfern Feindschaft zu säen."
Eine weitere bisher noch unbekannte grenzüberschreitende Operation: "Wie sechs Bauern, die im Irak Waren verkauft hatten, bei ihrer Rückkehr erschossen wurden"

Die Stimme am Telefon sagt *"Bitte kommen Sie. Ich werde alles erzählen. Mein Gewissen drückt mich sehr."* Der Anrufer ist ein Unteroffizier. Seit über zwei Jahren macht er seinen Dienst im Südosten. 2000'e Dogru traf sich mit diesem Unteroffizier an seinem Dienstort in einer Kreisstadt.
"Der Bericht eines Hauptmanns in Ihrer letzten Ausgabe hat mich erleichtert. Ich will reden. Ich werde Ihnen den Mord an Yakup Kara, dem Bürgermeister von Hilal, in allen Einzelheiten erzählen. Eigentlich wissen alle im Gebiet Sirnak Dienst tuenden Offiziere die Wahrheit über diesen Mord. Denn alle haben sich gegenseitig erzählt, wie das gewesen ist."
2000'e Dogru hat sich drei Tage lang mit dem Unteroffizier unterhalten. Er hat alle Vorfälle, die er erlebt hat, der Reihe nach erzählt. Wir geben hier wieder, was der Unteroffizier erzählt hat ...

"Die Ermordungen wurden mit der Konterguerillataktik geplant"

"Die Ermordung von Yakup Kara, dem Bürgermeister von Hilal, wurde vom Gendarmeriebataillon geplant. Das war am 26. oder 27. Juni 1991. Es war nach 20.00 Uhr. Resit Demir, Oberstleutnant des Taktischen Gendarmerie Grenzregiments von Senoba; der Major Ismail Ayhan, der Kommandant des Grenzregiments der Gendarmerie von Senoba und Hazim Babat, der Chef der Dorfschützer auf Zeit von Senoba, versammelten sich im Bataillion. Der Hauptmann, der Ihnen letzte Woche die Sache erzählt hat, kennt wahrscheinlich die Einzelheiten nicht genau. Hüseyin Babat, Hamed Kara und Ali Benek, die mit Yakup Kara im gleichen Taxi gesessen haben und mit ihm ermordet worden sind, wurden durch einen unglücklichen Zufall Opfer dieses geplanten Mordes. Denn es wurde damit gerechnet, daß andere Leute mit ihm in diesem Taxi sitzen. In diesem Taxi sollten Salih Tunc, Bürgermeister des Dorfes Akduman, Sadik Kara, Bürgermeister von Hilal Mahallesi und Haci Kayaci, Bürgermeister des Dorfes Balli sein."
Yakup Kara, der Oberbürgermeister von Hilal und die anderen genannten Bürgermeister waren gegen das Dorfschützersystem und haben eine Beteiligung daran abgelehnt. Es war geplant, sie nach Konterguerillataktik umzubringen. Der Plan sah folgendermaßen aus: Dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern wurde gesagt, daß sie am nächsten Morgen zum Bataillion kommen sollen. Wir haben erfahren, daß Yakup Kara die anderen Bürgermeister mitbringen und zum Bataillion kommen würde. Er wollte sich mit dem Bürgermeister von Balli in Uludere treffen und die beiden anderen unterwegs mitnehmen.
Den Mord sollte der Dorfschützerclan der Babats ausführen. Hazim Babat war Dorfschützerchef. Die Babats sollten mit Waffen und Munition ausgerüstet werden. Hazim Babat wurde gesagt: *"Dein Schwiegervater war früher Bürgermeister von Hilal. Wenn Yakup Kara tot ist, dann sorgen wir dafür, daß er wieder zum Bürgermeister gewählt wird."*
Ca. zehn von Hazim Babat ausgesuchte Dorfschützer legten zwischen Senoba und Besta einen Hinterhalt. Das Taxi, in dem Yakup Kara saß, wurde angehalten. Alle Insassen wurden aus dem Fahrzeug geholt und umgebracht. Nur den 70-jährigen Mehmet Nuh Kara, der auch mit im Fahrzeug saß, haben sie laufen lassen. Später

haben Soldaten diesen alten Mann vier Kilometer vom Tatort entfernt gefunden. Und nun das seltsame an dieser Geschichte: Ein Kamerad, ich glaube ein Unteroffizier oder Offiziersanwärter, der an diesem Tag an den Tatort kam, hat dem Oberstleutnant Resit Demir über Funk zunächst gemeldet, daß er einen Toten gefunden hat. In solchen Situationen haben wir immer alle den Funk mitgehört. Wissen Sie, was die Antwort Resit Demirs war? "Such genau mein Sohn, es müssen fünf Leichen sein" hat er gesagt. Später wurde dann vom Tatort über Funk gemeldet, daß sie die fünf Leichen gefunden haben. Das seltsame geht weiter. Der Oberstleutnant Resit Demir ging zum Tatort, zieht ein PKK-Flugblatt aus seiner Tasche und legt es dort hin. Er meldet über Funk an den Generalmajor, der sich zu dieser Zeit im Gendarmariebataillion aufhielt: "Das hat die PKK gemacht, sie hat auch ein Flugblatt hier zurückgelassen". Nach ein paar Minuten ist der dann zum Bataillion zurückgekehrt.

Ich bin mir sicher, daß der Generalmajor des Bataillions von Sirnak, der Kommandant Atilla Özkan, garantiert von diesen Plänen unterrichtet war.

"Das Ziel war, die Dörfer Tasdelen und Isikveren gegeneinander aufzuhetzen"

"Ich erzähle Ihnen noch einen Fall. Die Ermordung von Salih Üren aus dem Dorf Isikveren. Salih Üren war ein gebildeter Bauer, der von allen geliebt wurde und auf den alle gehört haben. Wir wußten, daß die beiden Dörfer Isikveren und Tasdelen auf der Seite der PKK stehen. Es war deshalb notwendig diese beiden Dörfer gegeneinander aufzuhetzen! Wenn zwischen den beiden Dörfern Blutrache entstehen würde, dann würde das ihre Kräfte spalten. Der Plan wurde von Hamit Sarisakat, Oberstmajor des Gendarmariegrenzregiments von Senoba; Ertan Altinoluk, Offiziersanwärter und Kommandant der 3. Gendarmarieabteilung von Balli und Cihan Büyük, Offiziersanwärter und dem Kommandant der 4. Grenzgendarmarieabteilung von Ortabag gemeinsam mit dem Dorfschützerchef Hazim Babat vorbereitet.

Im Dorf Ortabag gibt es einen ehemaligen Dorfschützer namens Cemil Uslu. Ich weiß nicht, was er getan hat, aber aus irgendeinem Grund haben sie ihm den Dorfschützerposten wieder entzogen. Cemil wollte allerdings immer noch gerne Dorfschützer sein. Hazim Babat sagte dann zu Cemil Uslu: "Wenn du Salih Üren umbringst, dann werden sie dich wieder zum Dorfschützer machen". Cemil war damit einverstanden. Salih Üren wollte von Isikveren nach Tasdelen gehen um Mehl zu kaufen. Er mußte natürlich die Gendarmariewache informieren, wenn er von einem Dorf in ein anderes Dorf gehen will. Er mußte angeben, wohin er gehen und wie lange er bleiben will. Salih Üren sagte, daß er nach Tasdelen gehen und dort eine Nacht bleiben will. Er übernachtet im Haus eines Mannes namens Hüseyin. Ein Mann namens Abdullah aus dem gleichen Dorf ruft Salih dann zu seinem Haus. Salih geht zum Haus dieses Abdullah. Als er am Abend dort zur Toilette (d. Übers.: außerhalb des Hauses gelegen) geht, wird Salih erschossen. Am gleichen Abend kommen PKK'ler nach Tasdelen. Ein Zufall. Aber Tasdelen ist ein großes Dorf, von einem Ende bis zum anderen Ende ist es ein Kilometer. Es wird behauptet "Salih wurde von den Terroristen umgebracht".

Einige Tage später heißt es dann, die PKK habe Abdullah durch Folter umgebracht, weil sie glaube, er habe Salih ermordet. In Wirklichkeit wurde aber Salih von Cemil Uslu und Davut Ayrit, der ebenfalls Dorfschützer ist, ermordet.

"Wir haben sechs Bauern erschossen"

"Wenn ich alle meine Erlebnisse aufschreiben würde, würde das Bände füllen. Ich betrachte mich selbst schon nicht mehr als Mensch. Denn ich glaube, daß ein Mensch das, was ich getan habe, nicht tut. Sagen Sie mir bitte, kann ein Mensch so etwas tun, was ich hier erzähle?

Im Februar 1991 haben wir unter dem Kommando des Regimentskommandanten Major Resit Demir des Taktischen Gendarmariegrenzregiments von Senoba eine große Operation in dem Gebiet Snath im Nordirak durchgeführt. An dieser Operation waren die Kommandos der Luftlandebrigade von Kayseri, die B-Teams der 23 Gendarmariegrenzbrigade, die Gendarmarieteams des Taktischen Gendarmariegrenzregiments Senoba und die Dorfschützer auf Zeit von Senoba beteiligt. Von dieser Operation wurde ein sehr großer Erfolg erwartet. So daß sogar der Korpsgeneral des Gendarmariekommandatur Hikmet Köksal in die Gendarmariebrigade von Sirnak gekommen ist. Er verfolgte die Operation von Minute zu Minute. Es sollten PKK-Camps angegriffen und eine große Zahl von Terroristen getötet werden.

Wir sind in das Gebiet Snath eingedrungen. Aber es gab dort kein einziges PKK-Camp. Wir haben im leeren Gelände in alle Richtungen rumgeschossen. Es war regnerisch. Auf unserer Suche trafen wir auf sechs Bauern, die sich vor dem Regen in einen Unterstand geflüchtet hatten und dort aufwärmten. Sie hatten keine Waffen bei sich. Sie hatten im Irak Waren verkauft und waren auf dem Rückweg. Sie waren Bauern aus Uludere. Zu dieser Zeit gab es einen regen Grenzhandel. Denn im Irak kostete ein Ei 10.000 Lira und ein Kilo Fleisch 200.000 bis 300.000 Lira. Der Chef des Teams, das diese Bauern entdeckt hatte, war Ismail Ayhan, Gendarmariemajor des Gendarmariegrenzregiments von Senoba. Er meldete die Sache dem für die Operation verantwortlichen Oberstleutnant Resit Demir über Funk. Der Oberstleutnant gibt den Befehl die Bauern zu töten. Der Major Ismail Ayhan sagt zu den Dorfschützern, daß sie die sechs Bauern töten sollen. Die Dorfschützer erklären, daß sie diese unbewaffneten Bauern nicht erschießen werden. Daraufhin fesselt der Major Ismail Ayhan selbst den Bauern die Hände und verbindet ihnen die Augen. Er selbst und zwei oder drei Soldaten seiner Truppe erschießen die Bauern.

Es geht noch weiter. Die Bauern hatten einen Sack voll Geld bei sich. Mark, Dollar, Dinar, türkische Lira. Der Sack voll Geld kommt in den Protokollen nicht vor. Dieses Geld haben sich die Kommandanten untereinander geteilt..."

Das war es, was der Unteroffizier uns zu den Kontergurillamorden im Südosten erzählt hat.

aus 2000'e Dogru vom 24. Mai 1992



Der Gouverneur von Bitlis und Funktionäre der Refah Partei (Wohlfahrtspartei) und der HEP zu dem Massaker, das laut dem Nachrichtenbulletin des türkischen Fernsehns TRT angeblich von "separatistischen Terroristen" verübt wurde:

"Das Massaker war nicht das Werk der PKK" "Die PKK hat die 13 Bauern nicht umgebracht"

Der Gouverneur von Bitlis, Fethi Toguc, erklärte gegenüber den Bauern im Dorf Karükan, in der Provinz Bitlis, Kreis Tatvan, wo ein Kleinbus aufgehalten wurde und die 13 Insassen erschossen wurden, was das Nachrichten Bulletin des TRT (türkisches Fersehanstalt) mit den Worten "13 Personen starben in dem von der PKK beschossenen Kleinbus" darstellte, "Die PKK hat mit der Sache nichts zu tun". Der RP-Kreisvorsitzende von Bitlis, Nusret Yigit, und der RP-Kreisvorsitzende von Tatvan, Zeki Sönmez, haben in einer Erklärung zu dem Vorfall, bei dem auch das Generalkreisvorstandsmitglied der RP, Hikmetullah Dikisin getötet wurde, gesagt: "Wir sind sicher, daß das nicht die PKK getan hat". Der Kreisvorsitzende der HEP von Bitlis, Hüsamettin Zenderlioglu, macht die Konterguerilla und Dorfschützer für den Mord verantwortlich und bewertet die Tatsache, daß die staatlichen Rundfunkanstalten das Massaker der PKK anlasten, so: "Der Staat zeigt durch solche Erklärungen, daß er mit denen, die das Massaker verübt haben, unter einer Decke steckt".

Am 10. Juni 1992 wurde der Kleinbus auf dem Weg zum Dorf Karükan in dem zu Bitlis gehörenden Kreis Tatvan gegen 10.00 Uhr angehalten. Die 13 Personen, die in dem Kleinbus saßen, wurden etwa einen Kilometer vom Dorf Karükan entfernt von fünf Männern, deren Gesichter mit Strumpfmasken maskiert waren, aus dem Fahrzeug geholt und mit Maschinengewehren niedergeschossen. Die 13 Menschen, das RP-Generalkreisvorstandsmitglied von Bitlis, Hikmetullah Diksin (55 Jahre), Haci Mehmet Sisman (70), Ahmet Sisman (36), Mahmut Sisman (33), Ibrahim Isik (32), Adil Sisman (30), Mahmut Üzer (35), Abdullah Özbas (35), Yasar Alayurt (27), M. Ali Sili (80), Kemal Sili (18), Aziz Tasoglu (45), Mahmut Güres (12) waren tot.

Die Mörder wollten auch den einzigen Augenzeugen umbringen, einen Schäfer. Sie schossen dutzende von Kugeln in seine Richtung, haben aber nur sechs Schafe getötet und zehn verletzt. Von den Bewohnern von Karükan wurde bestätigt, daß fünf der sechs Mörder, die mit einem weißen Renault gekommen waren, nach dem Massaker von einem Apaci-Hubschrauber abgeholt wurden. Die Leichen der Fahrgäste, Bewohner von Karükan, die von ihren Einkäufen für den Feiertag Arife von Tatvan in ihr Dorf zurückkehren wollten, und das RP-Kreisvorstandsmitglied Dikisin, wiesen jeweils über 60 Einschüsse auf. Am Ort des Massakers blieben 500 leere Partonenhülsen zurück. Ein Teil der Patronenhülsen sind vom Typ MKE.

Der Gouverneur von Bitlis, Fethi Toguc sagte am Ort des Massakers: "Das haben blutrünstige Mörder getan. Das kann nicht das Werk der PKK sein".

Am 12. Juni kam der HEP-Bezirksvorsitzende von Bitlis, Hüsamettin Zendarlioglu, und stellte fest, daß das Massaker von fünf Personen verübt worden ist, die mit einem weißen Renault, dessen Nummernschild halb verdeckt war, vor dem Bus die Strecke gefahren sind. Zenderlioglu sagte folgendes: "Wir sind zum Ort des Massakers gegangen um Nachforschungen anzustellen. Die sechs Leute in dem Renault sind vorher durch das Dorf Resadiye gekommen. Es hat sich herausgestellt, daß diese Leute vorher am Ort des Massakers lange Zeit unter einem Baum gewartet haben. Wir haben unter diesem Bau eine Konservendose der Marke "Van Fleisch", Konservendosen von Bohnen und Reste von Macar Salami gefunden. Die Konserven waren neu, das Haltbarkeitsdatum war 1994. Dort haben sie auch Walnüsse gegessen. Der weiße Renault ist, nachdem die fünf Leute ausgestiegen sind, weggefahren. Die Bauern von Karükanli haben gesehen, daß die Angreifer nach dem Massaker auf einem zwei Kilometer entfernten Hügel warteten, wo sie in der Nähe des Nachbardorfes Arpet von einem Apaci-Hubschrauber aufgenommen wurden. Der einzige Augenzeuge des Massakers war ein Schäfer. Wir erfuhren, daß er zunächst zur Kommandatur des Gendarmariekreisregiments von Bitlis gebracht worden ist. Die staatlichen Verantwortlichen geben den Namen des Schäfers und seinen jetzigen Aufenthaltsort nicht bekannt.

"Die Frau des bei diesem Massaker ermordeten Haci Mehmet Sisman, der 19 Kinder zurückläßt, Frau Hanife Sisman, erklärte einem Reporter der Zeitung Özgür Gündem gegenüber:

Drei Tage vor dem Massaker wurde mein Mann Haci Mehmet zusammen mit Aziz Tasoglu, der in unserem Dorf Hirte werden wollte, und dem 12-jährigen Mahmut Güres von der Gendarmeriewache Tatvan festgenommen und unter dem Vorwurf, sie würden der PKK helfen, bedroht. Nachdem mein Mann freigelassen wurde, sagte er, daß sie ihm noch gedroht haben "paß auf was du tust, dann werden wir dich in Ruhe lassen", und daß sie gesagt haben, sie wollen nicht, daß in unserem Dorf Hirten aufgenommen werden. Seit langem verbietet der Staat, daß wir auf die Sommerweide gehen und daß wir Hirten aufnehmen. Es war nicht so, wie es im Fernsehn und im Radio dargestellt worden ist. Wir stehen in keinem feindschaftlichen Verhältnis mit der PKK. Wir glauben, daß die Dorfschützer des Nachbardorfes Sat (Kirkbulak) daran beteiligt waren. Der Fahrer des Kleinbusses, Ibrahim Isik, wird von den Dorfschützern des Nachbardorfes und von den staatlichen Sicherheitskräften bedroht, weil er sie seit einem Jahr nicht in seinem Bus mitfahren läßt. Die PKK hat mit der Sache nicht zu tun. Wir machen den Staat für das Massaker verantwortlich. Es ist Blut zwischen dem Staat und uns."

Die Frau des ermordeten Mahmut Üzer, der fünf Kinder hinterläßt, Frau Gülizar Üzer sagte folgendes:

"Die PKK hat mit uns keine Rechnung offen. Letztes Jahr hat die Guerilla im Nachbardorf Sat drei Dorfschützer angegriffen und umgebracht. Weil wir es abgelehnt haben, Dorfschützer zu werden, wird seit dem Tag unser Dorf immer wieder von der Gendermarie überfallen. Sie üben unter dem Vorwurf, wir würden der Guerilla helfen und ihr Lebensmittel geben, Druck auf uns aus. Unser Problem sind die staatlichen Sicherheitskräfte. Nach dem Vorfall damals haben die 70 Dorfschützer des Dorfes Sat ihr Dorf verlassen und sind in das Dorfschützerdorf Gölbasi im Kries Güroymak gezogen."

Der Sohn des ermordeten RP-Generalkreisvorstandsmitglieds Hikmetullah Dikin, der jedes Jahr am Tag des Opferfests in das Dorf Karükan ging um dort zu beten, sagte uns in Tatvan:

"Bis jetzt ist kein einziger der staatlichen

Kräfte zu uns gekommen, um zu kondulieren. Die Bewohner aller Dörfer mit Ausnahme des Dorfes Sat sind zu uns zu Beileidsbesuchen gekommen. Allein das zeigt schon, wen man in Verdacht haben muß. Wir haben die Ermordeten am nächsten Tag mit 3.000 Menschen im Dorf Karükan beigesetzt."

Nusret Yigit, RP-Kreisvorsitzender von Bitlis erklärte gegenüber Özgür Gündem: *"Wir wissen nicht, wer dieses Massaker verübt hat. Es ist aber klar, daß es nicht die PKK war. Von den bisherigen Aktionen der PKK wissen wir, daß die PKK jemanden aus einem Fahrzeug holt, mit dem sie etwas abzurechnen hat. Aber sie hat garantiert noch nie ein Massaker angerichtet. Wir haben weder gesehen noch gehört, daß sie so etwas tun würde. Die Erklärung des Innenministers einen Tag nach dem Massaker ist falsch. Sie beruht auch auf keinerlei Nachforschungen. Er hat seine Erklärung nur auf der Basis der Informationen seitens des Ausnahmezustandsgouverneurs gemacht. Der Staat hat keine ernsthaften Untersuchungen über den Fall angestellt. Erst nach zehn Stunden ist ein Staatsanwalt zum Tatort gekommen. Sie sagen, sie hätten eine Operation durchgeführt. Es wurde überhaupt keine Operation in der Gegend durchgeführt. Wir haben nichts davon gesehen. Wir glauben als RP nichts von dem, was der Staat sagt."*

Der RP-Kreisvorsitzende von Tatvan, Zeki Sönmez, erklärte gegenüber Özgür Gündem:

"Kein Mensch und keine politische Organisation hatte mit unserem Generalkreisvorstandsmitglied Hikmetullah Diksin eine Rechnung offen. Wir sind sicher, daß diese Tat nicht von der PKK verübt worden ist."

Felemez Türkal, RP-Kreisvorstandsmitglied von Ahlat, verurteilte das Massaker und erklärte:

"Unser Generalkreisvorstandsmitglied Herr Hikmet war ein einfacher Mensch von 67 Jahren. Es wird gesagt, die PKK habe das getan. Die PKK hatte keine Rechnung mit Herrn Hikmet offen."

Der HEP-Kreisvorsitzende von Bitlis Hüsamettin Zerdarlioglu erklärte gegenüber Özgür Gündem:

"Für das Massaker sind die Konterguerilla und Dorfschützer verantwortlich. Die Menschen, die ermordet worden sind, waren in der Gegend geliebte und geschätzte patriotische Menschen. Der Staat behauptete im Radio und im Fernsehn, das Massaker sei von der PKK verübt worden. Warum sollte die PKK das tun? Die ermordeten Menschen waren weder Verräter noch Dorfschützer. Die Tatsache, daß der Staat solche Erklärungen zu den Massaker abgibt, zeigt, daß er mit denen, die das Massaker verübt haben, unter einer Decke steckt. Nach dem Massaker wurde in Bitlis und Tatvan Trauer ausgerufen. Das war ein Schlag ins Gesicht dessen, was sie als Demokratie bezeichnen. Der Staat will seine Massakerpolitik von Botan jetzt auf diese Gegend ausweiten. Sie müssen wissen, daß sie mit diesen Massakern und Völkermord das kurdische Volk nicht vernichten können. Ich appelliere an das Gewissen in denjenigen, die diese Grausamkeit weiterbetreiben: Sie sollen sich ihre maskierten Gesichter doch noch einmal anschauen und darüber nachdenken".

Faki Hüseyin Sagruc aus Tatvan sagte zu Özgür Gündem:

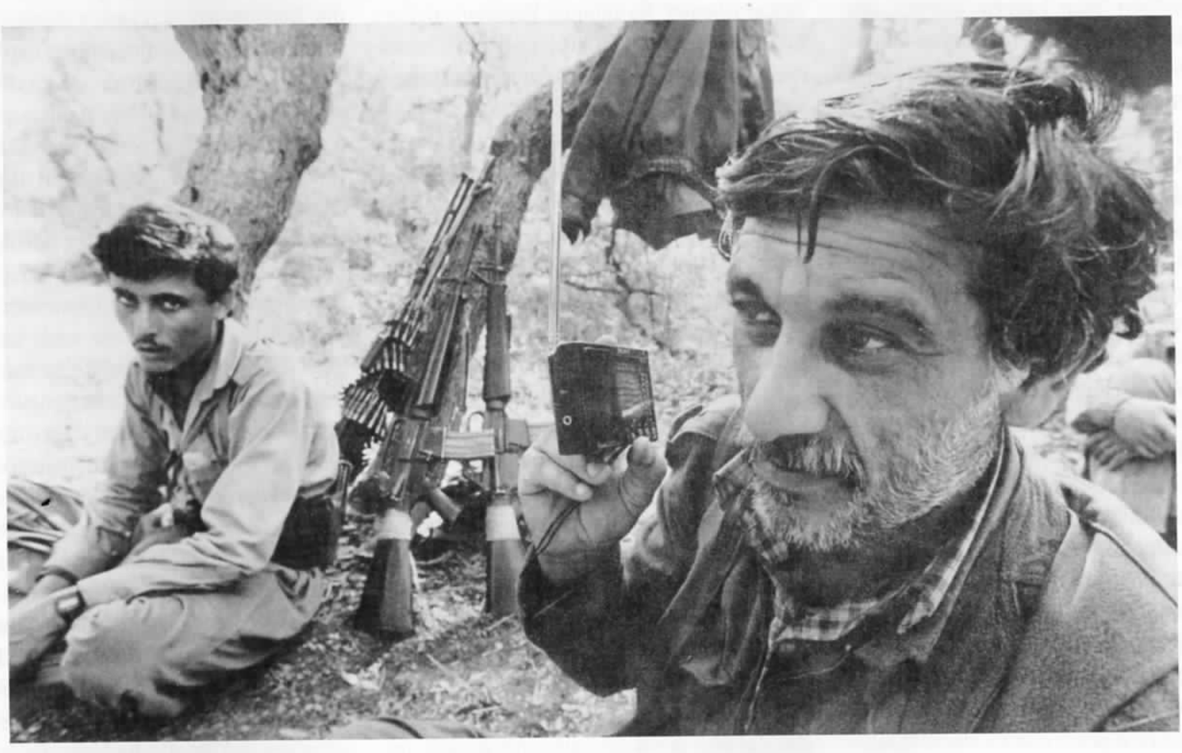
"Das Dorf Karükan, bei dem das Massaker verübt wurde, hatte einige materielle und soziale Schwierigkeiten mit den Bauern des nahegelegenen Dorfes Güzeldere und deshalb einen Teil seines Bodens an das Dorf Sat verkauft, also an die Segolis. Nach 1980 wurden diese neuen Bewohner des Dorfes Sat zu Dorfschützern gemacht und mit Waffen ausgerüstet. Die Bewohner von Karükan dagegen haben trotz aller Bemühungen der Staatskräfte sich geweigert, Dorfschützer zu werden. Die geografische Lage von Karükan am Fuß der Gariz-Berge brachte es mit sich, daß der Staat ständig vermutete, daß dort ein Stützpunkt der PKK sein könnte. Die PKK konnte trotz aller von ihr augesprochenen Warnungen im letzten Jahr die Bewohner des einzigen Dorfschützerdorfes Sat von Güzeldere nicht davon abbringen, weiter Dorfschützer zu machen. Und die PKK forderte sie weiter heraus. In den letzten Monaten des Jahres 1991 wurden drei Dorfschützer von der PKK umgebracht und ihre Häuser angezündet. Die anderen Dorfschützer dieses Dorfes belästigten und bedrohten die anderen Dörfer, in denen es keine Dorfschützer gibt. Soweit ich weiß, wurde das Massaker von Dorfschützern des genannten Dorfes auf Beschluß der Konterguerilla durchgeführt. Auch aus der Art der Durchführung dieses Massakers ist das leicht abzulesen. Die Mörder waren maskiert. Die PKK hat noch nie Masken benutzt. Die Menschen wurden alle ermordet obwohl sich zwei Kinder unter ihnen befanden. Obwohl sie maskiert waren, wollten sie nicht mal diese beiden Kinder als mögliche Zeugen am Leben lassen. Sie versuchten auch den einzigen Augenzeugen, der sich in der Nähe befand, den Schäfer, umzubringen. Er konnte sich nur retten, weil er die Verstecke dort gut kennt. Auch das zeigt, daß die Mörder keine den Bauern des Dorfes bekannten Leute waren.

Der Ermordete von der Refah Partei war nicht aus diesem Dorf, er ist aus Yumrutepe. Als jemand von der Refah Partei war er kein Gegner der kurdischen Bewegung und der Grund, ihn umzubringen, war wiederum der, daß sie keinen Zeugen am Leben lassen wollten. Nachdem ich von diesem grausamen Massaker aus dem Fernsehen erfahren habe, und die Ermordeten in der Gegend bekannte Namen waren, kam ich zu dem Schluß, daß das nicht die PKK gewesen sein kann. Ich rief meine Bekannten aus dieser Gegend an und versuchte, die Wahrheit über dieses Massaker herauszufinden. Nach der Überzeugung des gesamten Volkes der Gegend war es nicht die PKK, sondern das Massaker wurde von Dorfschützern mit Unterstützung der Konterguerilla verübt. Als Zeitpunkt für dieses Massaker haben sie auch bewußt den Tag des Arife-Festes ausgesucht. Wenn sie dieses Massaker an einem solchen heiligen Tag der PKK in die Schuhe schieben könnten, hätten sie gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Dann könnten sie sowohl der Öffentlichkeit in der Türkei und der Weltöffentlichkeit gegenüber die PKK als blutrünstige Terroristen darstellen, als auch Angst und Schrecken unter der Bevölkerung dieser Gegend verbreiten. Aber das ist ihnen nicht gelungen. Trotz aller Anstrengungen des türkischen Staates berichteten die ausländischen Radiosender von dem Massaker, daß es von Unbekannten verübt worden ist."

In einer Erklärung mit der Unterschrift des PKK-Komitees von Garzan vom 12. Juni heißt es über das als "Massaker" bezeichnete Verbrechen: *"Am 10. Juni wurde ein Kleinbus auf dem Rückweg von Tatvan nach Karükan von der Kontra angehalten und 13 patriotische Bauern, die in diesem Bus saßen, ermordet. Später wurde im Fernsehn und im Radio gesagt, dieses Massaker sei von unserer Bewegung (PKK) verübt worden. Das entspricht nicht der Wahrheit. Wir sagen dazu: Das Massaker wurde von den Kontras der TR verübt. Die Mörder sind bekannt und wir werden die Hände zerschlagen, die unser Volk angreifen."*

Interview mit dem ARGK-Kommandanten Cemil Bayik aus Yeni Ülke 2. Jahrgang, Woche 23, 31. Mai - 6. Juni 1992

ES IST DIE TÜRKISCHE REGIERUNG, DIE DIE MASSEN VERLIERT



ARGK-Kommandant Cemil Bayik

Frage: *In den Frühjahrsmonaten, vor allem vom März bis zum Juni, hat es jedes Jahr einen großen Anstieg der Guerillaaktionen gegeben. Nach den Newrozereignissen hat das Volk damit gerechnet, daß im Frühjahr 92 die Guereillaaktionen noch stärker steigen würden als in den Jahren zuvor, es ist jedoch ein Rückgang eingetreten. Können Sie die Gründe für diesen Rückgang erklären?*

Cemil Bayik: Es gibt keine Regel dafür, daß sich die Aktionen in einer bestimmten Zeit entwickeln. Der Krieg hat seine eigene Logik. Da müssen die Kräfteverhältnisse berücksichtigt werden, das politische Klima berücksichtigt werden, die Lage des Volkes berücksichtigt werden, die Lage des Feindes berücksichtigt werden und die kriegsführende Kraft muß ihre eigene Lage berücksichtigen. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren kann der Krieg entweder gesteigert oder aber auf der gleichen Stufe gehalten, oder es können manchmal taktische Rückzüge unternommen werden. Bekanntlich herrschte dieses Jahr ein sehr harter Winter. Das hatte natürlich negative Auswirkungen auf die Aktionen der Guerilla. Eine weitere Ursache ist, daß die Türkische Republik nach dem Newroz unter verschiedenen Vorwänden Massaker begehen wollte. Es war notwendig, auf diese Massakerpläne zu reagieren. Aus diesem Grund ist es zu einer gewissen Verzögerung gekommen. Ansonsten gibt es keine anderen Gründe.

Frage: *War es geplant, große Aktionen als Stimme der zu gründen beabsichtigten Kriegsregierung zu unternehmen oder Stellungen für sie zu schützen?*

Cemil Bayik: Die Sache mit der Kriegsregierung darf nicht falsch verstanden werden. Die Kriegsregierung darf nicht als eine bekannte klassische Art der Regierung verstanden werden . Die Autorität der Türkische Republik steht heute in vielen Gebieten Kurdistans in Frage. In vielen Gebieten kann heute von einem Machtgleichgewicht gesprochen werden. Oder gar davon, daß unsere Partei die Autorität besitzt. Die Selbstverwaltung des Volkes entwickelt sich zunehmend. Was unsere Partei tut, oder tun will, ist, dieses Machtgleichgewicht zugunsten unseres Volkes weiter auf eine bestimmte Stufe auszubauen, die Selbstverwaltung des Volkes zu erreichen. Das Volk ist dabei, seine eigenen Vertreter hervorzubringen. Die Kriegsregierung muß unter diesem Aspekt gesehen werden. Es wäre nicht richtig, sie als eine Regierung im klassischen Sinne zu betrachten. Sicherlich wird mit all diesen Entwicklungen auch der Krieg größere Dimensionen annehmen. Es waren niemals wir, die den Krieg vorangetrieben haben. Es gab immer einen schmutzigen Krieg, den die Türkische Republik geführt hat, und zwar einseitig. Unser Volk hat angesichts dieses einseitigen schmutzigen Krieges den Kampf um sein eigenes Überleben begonnen und von da an entwickelte sich daraus ein gegenseitiger Krieg. Wenn die Türkische Republik ihren schmutzigen Krieg einstellen und den Willen unseres Volkes anerkennen würde, dann würde der

Krieg nicht größere Ausmaße annehmen. Aber wenn sie auf ihrer alten Form beharrt, die Realität und den Willen unseres Volkes und mit unserem Volk unter freien und gleichen Bedingungen zusammenzuleben nicht anerkennt, dann wird sich dieser Krieg noch weiter steigern. Wir sind ein Volk, eine Kraft, das und die zu diesem Krieg gezwungen wird. Solange wie dieser Zwang weiterbesteht, werden wir uns auf gar keinen Fall dem türkischen Staat beugen, werden uns ihm nicht ergeben, sondern werden kämpfen. Wir werden entweder sterben oder Freiheit und Unabhängigkeit erreichen.

Frage: *Der türkische Staat behauptet sehr harte Maßnahmen ergriffen zu haben. Haben diese Maßnahmen, die er ergriffen zu haben erklärt, Auswirkungen auf Ihre Bewegung?*
Cemil Bayik: Der türkische Staat hat, mit der Machtübernahme der neuen Regierung, den Beschluß gefaßt, den Spezialkrieg auf die Spitze zu treiben. Er setzt seine ganze Kraft dafür ein. Er sagt: "Wir werden sie fertigmachen, koste es was es wolle." Dazu ist er entschlossen. Er sagt, er würde genauso wie seine eigenen Kräfte auch auf internationaler Ebene alle Kräfte, auf die er sich stützen könne, mobilisieren und damit sein Ziel erreichen. Seine Maßnahmen sind keine neuen Maßnahmen. Er wendet Maßnahmen an, die er schon immer in Kurdistan angewendet hat. Diese Maßnahmen hat er jetzt nur auf eine etwas andere Weise strukturiert. Daß diese Maßnahmen auch für ihn zu nichts geführt haben, ist klar erkennbar. Welche Maßnahmen auch immer gegen den Willen eines Volkes ergriffen werden, sie werden kaum Erfolg damit haben. Das ist eine Tatsache, die sich in der ganzen Geschichte der Völker zeigt. Deshalb können alle Maßnahmen die der türkische Staat ergriffen hat oder die er noch ergreifen wird, welche das auch immer sein mögen, den Freiheitskampf des kurdischen Volkes nicht behindern. Sie können vielleicht dazu führen, daß der Krieg noch blutiger wird, daß der Preis, der dafür bezahlt werden muß, noch größer wird, aber sie können die Forderung des Volkes nach Unabhängigkeit und Freiheit nicht verhindern.

Frage: *Hat die syrische Regierung eine negative Haltung zu den Camps in der Bekaa-Ebene?*
Cemil Bayik: Für uns hat die Bekaa-Ebene keine größere Bedeutung mehr. Wir haben selbst den Beschluß gefaßt, die Bekaa-Ebene zu räumen. Wir haben diesen Beschluß gefaßt und die Bekaa-Ebene geräumt. Wir haben sie gleich nach den Gesprächen zwischen der Türkei und Syrien verlassen. Die TR hat immer behauptet, alle Entwicklungen unseres Kampfes seien von der Bekaa-Ebene abhängig. Die Bekaa-Ebene hatte eine Bedeutung in unserem Kampf. Aber auf der Stufe, auf der wir angelangt sind, hat die Bekaa-Ebene kaum mehr eine Bedeutung. Heute gibt es hunderte von Bekaa-Ebenen. Es kann im Zusammenhang mit unserer Räumung der Bekaa-Ebene nicht von negativen Auswirkungen auf unseren Kampf die Rede sein.

Frage: *Welche Auswirkungen könnte die Aufgabe der Camps in der Bekaa-Ebene für die ARGK-Einheiten haben?*
Cemil Bayik: Es ändert für uns nichts, ob es das Camp in der Bekaa-Ebene gibt oder nicht. Wir haben unsere Kräfte heute auch nicht in Südkurdistan, sondern alle unsere Kräfte befinden sich in Nordkurdistan (d. Red: türkisch besetzter Teil), innerhalb unseres Kampfgebiets. Im Süden gibt es keine Einheiten der ARGK. Was es im Süden (d. Red. irakisch besetzter Teil Kurdistans) gibt, ist die vom Volk entwickelte Unabhängigkeitsfront. Und es gibt in Verbindung mit dieser Unabhängigkeitsfront vereinigte Befreiungskräfte dort.

Frage: *In welchem Ausmaß werden sich in der Zukunft die Reaktionen der Kurden in Syrien auf den syrischen Staat auswirken?*
Cemil Bayik: Es wird sicher eine Reaktion der Kurden in Syrien geben. Aber es wäre noch verfrüht zu sagen, daß es eine besonders heftige Reaktion geben würde.Der Imperialismus und die TR üben Druck auf Syrien aus. Ihr Ziel ist es das Regime, die Regierung Syriens zu stürzen.Mit diesem Ziel üben sie Druck aus, Erpressungen und Drohungen. Das kurdische Volk ins Syrien ist sich dessen bewußt.Das kurdische Volk in Syrien verkennt nicht die Rolle, die das syrischen Regime für die Völker des Mittleren Ostens gegen die Erpressungen und Drohungen des Imperialismus gespielt hat. Aus diesem Gund ist nicht zu erwarten, daß die Kurden aus Syrien eine sehr negative Haltung gegenüber dem syrischen Staat einnehmen. Die Reaktionen werden wahrscheinlich eher positiv sein.

Frage: *Die Regierung gibt Erklärungen ab, wonach das Volk die PKK nicht mehr unterstützen würde. Was möchten Sie zu diesem Punkt sagen?*
Cemil Bayik: Die TR führt einen schmutzigen Krieg, einen unanständigen Krieg, bei dem sie sich nicht an die internationalen Kriegsregeln hält. Es gibt Kriegsregeln und denen entsprechend müßten beide Kriegsparteien kämpfen. Aber die TR hat sich noch nie an diese Regeln gehalten. Aus diesem Grund ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß die TR jede Art von Hetze und Lügenkampagnen betreibt. Wer die Realität des türkischen Staates kennt, weiß, daß die TR sehr stark zu den Mitteln der Lüge und der Demagogie greift. Sie tut eine Menge Dinge, die sie dann Anderen in die Schuhe zu schieben versucht. Das ist die wohlbekannte Realität. Die TR legt heute ihren Schwerpunkt auf den psychologischen Krieg, versucht vor allem die Meinung der Massen zu beeinflussen, denn ihr Problem ist es die Massen wiederzugewinnen, die sie verloren hat. Das gibt sie auch selbst zu. Deshalb verbreitet sie eine Reihe von Lügen, um trotz ihrer Unterdrückungspolitik, Gewalt und Folter die Massen zu gewinnen. Sie versucht dadurch, daß sie behauptet, die Massen würden nicht dahinter stehen, den Freiheitswillen der Massen zu isolieren, die Massen von der Guerilla zu trennen und die Guerilla von der Unterstützung des Volkes abzuschneiden. Sie glaubt, das kurdische Volk sei noch das gleiche wie vor 50 Jahren. Damit fangen sie schon mit einer Fehleinschätzung an. Das kurdische Volk ist nicht mehr das alte kurdische Volk. Es hat eine Stufe erlangt, auf der es die meisten Lügen und die Demagogie der TR ohne weiteres erkennen kann. Und es erkennt sie auch. Die TR behauptet ständig, sie hätte Waffen eingezogen, Guerilleros getötet und ständig würden sich Mitglieder aus der Guerilla ergeben. Dadurch versucht sie Unentschlossenheit und Schwächung der Überzeugung zu schaffen. Von ihrer ganzen Lügenpropaganda ist nichts wahr. Die TR kann weder so viele Waffen einziehen, noch gibt es welche, die ihre Waffen abgeben, oder die von der Guerilla weglaufen, oder die es bereuen bei der Guerilla zu sein. Ganz im Gegenteil hat die Guerilla großen Zulauf. Auch ihre Behauptung, sie hätten viele Guerilleros getötet, entbehrt jeder Grundlage. Sie erschießen viele Bauern und behaupten dann, das seinen getötete Guerilleros. Einige solcher Fälle sind herausgekommen, die Presse hat darüber berichtet. Und das Volk weiß das auch. Im Grunde weiß die TR auch selbst, daß sie damit keinen Erfolg haben wird. Zum Beispiel wurde bei unserer Aktion in Tasdelen behauptet, es seien 36-40

Guerilleros getötet worden. Das stimmte nicht. Von uns sind dreizehn Guerilleros als Märtyrer gefallen. Die anderen waren Bauern, die erschossen worden sind, und von denen der Staat dann behauptet hat, es seien Guerilleros gewesen. Das Volk weiß das ganz genau.

Frage: *Was denken Sie über die Hisbollah-Kontra und die Konterguerilla? Wird es Aktionen gegen sie geben?*

Cemil Bayik: Wenn sie wirklich, wie behauptet wird, Hisbollah-Leute sind, also Moslems, dann dürften sie keine Massaker gegen das kurdische Volk begehen. Wenn sie dann gegen den Feind kämpfen wollen, dann müßten sie gegen die Türkische Republik kämpfen. Aber was sie bis heute getan haben ist, daß sie patriotische und revolutionäre Menschen umgebracht haben. Das zeigt, daß sie keine Moslems sind, sondern daß das ganze eine Fälschung ist. Es stellt sich heraus, daß die Türkische Republik sie als ein Werkzeug benutzt. Als wirkliche Moslems müßten sie gegen Unterdrückung und Gewalt sein. Als wirkliche Moslemkämpfer müßten sie gegen die Unterdrückung sein. Wir haben sie bis heute nicht angegriffen. Wenn sie so weiter machen, werden wir das allerdings tun. Wenn es sein muß, werden wir dann auch unsere Guerillaeinheiten gegen sie einsetzten. Wir richten einen letzten Apell an sie. Wenn sie wirklich Moslems sind und kämpfen wollen, dann sollen sie mit uns gemeinsam kämpfen gegen unseren gemeinsamen Feind. Wir werden ihnen dabei jede Art von Solidarität zeigen, ihnen das erleichtern. Wenn sie aber an ihrer bisherigen Haltung festhalten, werden wir auf jeden Fall gegen sie vorgehen und sie in Kurdistan nicht leben lassen. In der Öffentlichkeit werden sie als Hisbollah, als Moslems dargestellt. Unserer Meinung nach sind sie aber keine Hisbollah-Leute, keine Moslems, sondern eine Konterguerilla-Bewegung, die der türkische Staat organisiert hat, und die zu großen Teilen aus Faschisten der MHP besteht. Und die werden direkt vom Staat finanziert, vom Staat mit Waffen ausgerüstet und der Staat selbst weist ihnen die Aktionen an. Das haben wir zum Beispiel zuletzt in Silvan gesehen. Die sich Hisbollah nennenden Mörder, die die Partioten erschießen, haben sich in die Kaserne von Silvan geflüchtet. Und das ist vor den Augen des Volkes passiert. Daraus wurde auch klar, wer diese Leute sind. Wir rufen die wirklichen Moslems auf, sich nicht zum Werkzeug machen zu lassen. Sie dürfen dieser Mörderbande nicht behilflich sein. Wenn welche unter ihnen getäuscht worden sind und da mitgemacht haben, sollen sie ihre Beziehungen zur Hisbollah-Kontra schleunigst abbrechen. Ansonsten würden sie auch dem wirklichen Islam einen großen Schaden zufügen.

Frage: *Nach dem Newroz hatte die Guerilla bei Gefechten in Solhan und Savur sehr hohe Verluste. Wie bewerten Sie das?*

Cemil Bayik: Die als Märtyrer Gefallenen hatten sich erst neu unseren Reihen angeschlossen. Vor allem in Savur war das der Fall. Die Presse der Türkische Republik hat geschrieben: "Wir haben soundsoviele tot gefangen genommen, also waren wir sehr erfolgreich". Aber da kann eigentlich nicht von einem Erfolg für sie die Rede sein. Die Öffentlichkeit weiß das natürlich nicht. Die Öffentlichkeit meint, daß das tatsächlich Guerillakräfte gewesen wären. Aber es ist so wie ich gesagt habe. Die Ursache für diese Verluste war natürlich unser Fehler. Es war unser eigener Fehler, daß wir der Türkische Republik die Gelegenheit zu einem solchen Massaker gegeben haben, daß wir diejenigen, die sich neu der Guerilla angeschlossen haben, tagelang dort gelassen haben, anstatt sie an einem anderen Ort zu schützen und Vorkehrmaßnahmen zu entwickeln.

Frage: *Hat die HEP Ihrer Meinung nach während der Newrozereignisse und jetzt das getan, was sie tun müßte? Können Sie etwas dazu sagen, ob sich die HEP aus Ihrer Sicht passiv oder aktiv verhalten hat?*

Cemil Bayik: Unserer Meinung nach hat die HEP ihre Stärke nicht genutzt. Die HEP besitzt eine gewisse Kraft. Sie ist aber weit hinter ihrer potentiellen Kraft zurückgeblieben. Sie hätte eine noch aktivere Rolle entwickeln können. Unserer Meinung nach ist eine passive Haltung bei ihr zu beobachten. Diese Haltung entspricht auch nicht der Haltung, die ihre Basis von ihr erwartet hatte. Wenn die HEP, wie sie sagt, in der Türkei den Kampf um Demokratie und Freiheit entwickeln will, die Opposition sammeln will, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte sammeln und diese organisieren will, dann gäbe es viel dafür zu tun. Dann müßte man vieles von ihr erwarten. Darüber muß man sich bewußt sein. Realität ist aber, daß sie mit ihrer bis heute verfolgten Haltung diese Rolle nicht gespielt hat. Wir können sagen, daß das bei den demokratischen Kreisen einige Illusionen zerstört hat. Aus dem, was geschehen ist, müssen die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Sie muß ihre eingene Stärke erkennen und die Rolle, die sie spielen kann, auch tatsächlich spielen. Wenn sie das tut, kann sie die Sympatie und Unterstützung aller demokratischen und fortschrittlichen Kreise in der Türkei sowie in Kurdistan gewinnen. Das könnte sogar neue Initiativen hervorbringen.

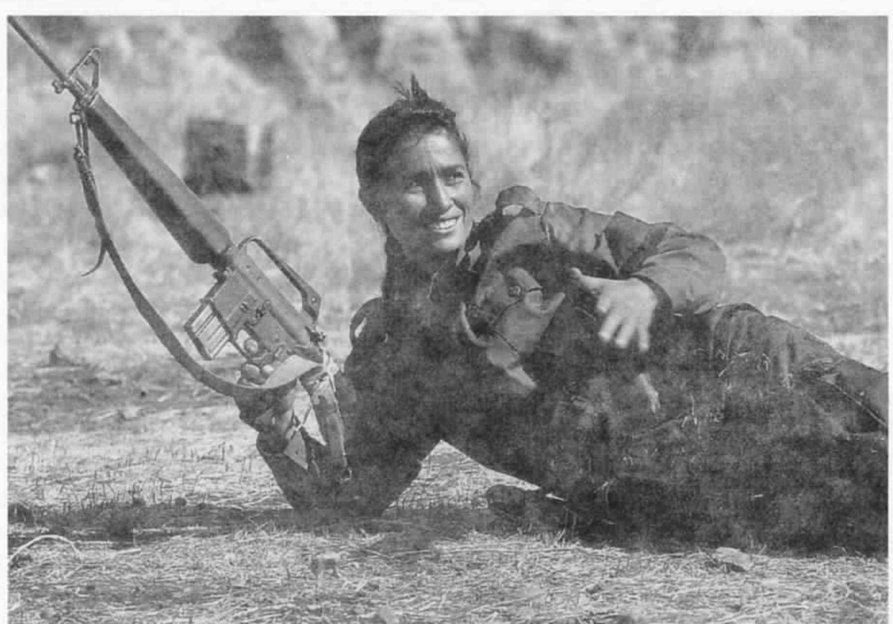
Frage: *Wie sieht die aktuelle Lage der türkischen Regierung aus?*

Cemil Bayik: Die türkische Regierung befindet sich in der Sackgasse. Es sind nicht nur wir, die sagen, daß sie heute in einer Sackgasse steckt, die Parteien und politischen Kräfte, die die Regierung bilden, sagen und schreiben das selbst. Sie steckt ökonomisch betrachtet in einer ernsten Ausweglosigkeit. Das hat auch zu einigen Auseinandersetzungen und einigen Problemen innerhalb der Regierung geführt. In letzter Zeit hat Demirel den Schwerpunkt auf den Versuch gesetzt, diese Probleme und Widersprüche zu beseitigen. Aber es ist offensichtlich, daß er das nicht geschafft hat. Die ökonomischen Probleme werden immer gravierender. Die türkische Regierung ist auch auf internationaler Ebene mit sehr großen Problemen konfrontiert. Als diese Regierung an die Macht kam, hatte sie eine Menge Dinge versprochen. Sie hat nichts davon verwirklicht. Die Massen haben in einer bestimmten Phase Hoffnungen in die neue Regierung gesetzt und Verbesserungen erwartet. Es hat sich aber herausgestellt, daß ihre Versprechungen falsche Versprechungen waren. Die Massen haben nun zunehmend keine Erwartungen mehr an diese Regierung. Die Regierung ist keine Hoffnung mehr für die Massen. Die Probleme und ausweglose Lage dieser Regierung verstärken sich immer mehr. Wenn das so weitergeht, sage ich, dann wird diese Regierung stürzen. Es ist fraglich, ob sie so noch weiterkommen werden. Wenn diese Regierung tatsächlich die von ihr gemachten Versprechungen verwirklicht hätte und guten Willens dazu gewesen wäre, dann hätte sie zuallererst den Willen des kurdischen Volkes respektieren müssen. Dann hätte sie das in der

Praxis überzeugend zeigen müssen. Denn die Lösung der anderen Probleme ist davon abhängig. Jetzt ist die Haltung die die Türkische Republik verfolgt klar. Diese undemokratische Regierung wird keines der Probleme lösen können. Das ist die Realität. Diese Regierung ist erfolglos und wird das auch bleiben. Auf diese Weise sinkt die Überlebenschance dieser Regierung immer weiter.

Frage: *Besteht die Möglichkeit, daß die Türkische Republik in den kommenden Tagen von Europa isoliert wird?*
Cemil Bayik: Von Europa die Isolierung der Türkei zu erwarten wäre falsch. Denn Europa braucht nach dem Zerfall der Sowjetunion die Türkei. Einerseits bestehen zwar Widersprüche zur Türkei, auf der anderen Seite ist es auch eine Realität, daß die Türkei gebraucht wird. Die Türkei hat die Absicht, den Markt in den Mittelasiatischen Republiken (d. Red. der ehemaligen Sowjetunion) zu erobern. Europa will auch in diese Märkte vordringen. Aus ökonomischen und politischen Interessen will es in diese Märkte vordringen, und das wird auch bewaffnete Auseinandersetzungen mit sich bringen. Einerseits besteht also ein solcher Widerspruch. Europa sieht andererseits auch, daß die Annäherung der Türkei an die USA und ihr gemeinsames Vorgehen nicht den Interessen Europas entspricht. In dieser Hinsicht besteht ein Widerspruch zwischen Europa und der Türkei. Es will die Türkei als Brücke benutzen, um in die Mittelasiatischen Republiken und teilweise in den Mittleren Osten vorzudringen. Aus diesem Grund ist kurzfristig nicht zu erwarten, daß Europa eine Haltung gegen die Türkei einnimmt. Es versucht ganz im Gegenteil, einerseits engere Beziehungen zur Türkei aufzubauen, andererseits sie zu bremsen und von den USA zu entfernen, um sie dazu zu bringen, den Interessen Europas entsprechend zu agieren.

Frage: *In der Türkei zeigt sich vor allem in den Großstädten ein starker Anstieg der Aktionen von Dev Sol. Kann sich die Dev Sol, wenn das so weitergeht, zur Avantgardekraft der türkischen Arbeiterklasse entwickeln?*
Cemil Bayik: In der Türkei gibt es ein starkes revolutionäres Potential. Aber es hat keine Avantgarde und ist unorganisiert.Dieses Problem ist in der Türkei immer noch nicht gelöst. Weil das noch nicht gelöst ist, ist dieses starke Potential noch nicht in Bewegung gesetzt worden. Daß die Aktionen der Dev Sol zugenommen haben, ist eine Realität. Die Frage ist aber nicht, ob sie viele oder wenige Aktionen macht. Das ist kein Kriterium dafür, ob eine Kraft die Stufe einer Avantgarde erreicht hat oder nicht. Das ist nicht der Maßstab. Man darf das auch nicht daran messen. Es kann viele oder wenige Aktionen geben, die Frage ist, ob es qualitativ gute Aktionen gibt oder nur irgendwelche Aktionen. Die Quantität ist nicht das wichtige Kriterium. Die Anzahl der Aktionen ist kein Indikator dafür, ob Dev Sol die Avantgardekraft der türkischen Revolution ist. Es ist möglich, daß Dev Sol sich vielleicht von den anderen Organisationen unterscheidet. Das bedeutet aber noch nicht, daß Dev Sol im Unterschied zu den anderen Kräften die Stufe einer Avantgardekraft erreicht haben muß. Was wir uns wünschen ist, daß das Problem der fehlenden Avantgardekraft in der Türkei möglichst bald gelöst wird. Wir können sagen, daß, wenn dieses Problem gelöst ist, sich ernsthafte Schritte in der Türkei entwickeln werden. Dann könnte die Entwicklung in der Türkei sogar schneller als die in Kurdistan vorangehen. Denn die türkische Gesellschaft, das türkische Volk ist sozial weiter entwickelt als in Kurdistan, die Ebene des Begreifens ist weiter entwickelt. Innerhalb kürzester Zeit könnte sich viel entwickeln. Das wünschen wir uns und das ist unsere Hoffnung. Wenn sich in der Türkei eine Lösung des Problems der Avantgardekraft abzeichnet, werden wir uns auf jeden Fall darüber freuen. Wir werden das auf jede Weise unterstützen. Wenn das Dev Sol macht, werden wir Dev Sol unterstützen, wenn das eine andere Kraft macht, werden wir diese unterstützen. Für uns gibt es da



keine Bevorzugung oder Unterscheidung ob das diese oder jene Organisation ist. Wir werden auf jeden Fall die Kraft anerkennen, die wirklich die Interessen des türkischen Volkes vertritt und den Kampf dafür führt. Die Kraft, der das türkische Volk zustimmt, der werden auch wir zustimmen.

Frage: *Können Sie etwas dazu sagen was für eine Szenerie als Konsequenz aus den in der Türkei ständig angeheizten chauvinistischen Emotionen gegen die Kurden entstehen wird?*
Cemil Bayik: Ich möchte zuerst einmal erklären, daß, wenn diese chauvinistischen Emotionen so weiter gehen, ein sehr beunruhigendes und erschreckendes Szenario entstehen wird. Wir sind der Meinung, daß die Entstehung eines solchen Szenarios nicht im Interesse des türkischen und des kurdischen Volkes ist. Die Entstehung von Feindschaft zwischen den beiden Völkern führt zu Schaden für beide Völker und zu Massakern. Der türkische Staat macht das heute. Wir werden darauf, daß der türkische Staat das heute macht, nicht emotional und wütend reagieren. In dem Moment in dem der türkische Staat die Feindschaft zwischen den beiden Völkern anheizen will werden wir die Freundschaft der Völker entwickeln. Wertvolle Kinder des türkischen Volkes haben in unserem Kampf einen

wichtigen Platz eingenommen. Haki Karer und Kemal Pir zum Beispiel waren so wertvolle Kinder des türkischen Volkes. Das kurdische Volk wird in Erinnerung an diese Avantgardekämpfer für das türkische Volk immer Respekt empfinden, dem türkischen Volk gegenüber immer Freundschaft, Solidarität und Brüderlichkeit praktisch entwickeln. Das kurdische Volk ist kein undankbares Volk. Das kurdische Volk ist ein Volk, das der Freundschaft großen Wert beimißt. Schon zu Beginn haben Kemal Pir und Haki Karer gemeinsam mit unserem Vorsitzenden Apo die ersten Schritte unternommen. Das ist das schönste Symbol für die Einheit der beiden Völker auf der Basis der Gleichheit auf höchster Ebene. Das ist die wichtige Besonderheit der PKK, derer, die die PKK gegründet haben. Die PKK ist eine Bewegung, die auf der Basis der gleichberechtigten und freien Einheit der beiden Völker entwickelt worden ist. Auf dieser Basis ist die PKK entwickelt worden, und auf dieser Basis hat sie die heutige Stufe erreicht. Vielleicht hat das kurdische Volk bis heute keine bedeutende Unterstützung durch das türkische Volk und die türkischen Revolutionäre bekommen. Vielleicht haben sie ihre Pflicht dem kurdischen Volk gegenüber nicht erfüllt. Aber trotzdem hat das kurdische Volk keine negative Haltung zum türkischen Volk entwickelt. Ganz im Gegenteil, das kurdische Volk zeigt ein großes Interesse, großen Respekt und große Sympathie für das türkische Volk. Es ist voller brüderlicher Gefühle.

Frage: *Die PKK wird in letzter Zeit mit den Armeniern und den Griechen in Verbindung gebracht. Was ist der Sinn einer solchen Darstellung, wenn man sich die historische Antipathie gegen diese Völker in der türkischen Öffentlichkeit vor Augen führt? Gibt es tatsächlich diesen behaupteten engen Zusammenhang zwischen der PKK und den Armeniern oder Griechen?*

Cemil Bayik: Der türkische Staat will die Gefühle des Volkes ausbeuten. Es gibt da einige aus der Geschichte herrührende Probleme zwischen dem türkischen Volk und anderen Völkern. Dies sind eigentlich gar keine Probleme zwischen den Völkern, sondern im Grunde Feindschaften, die von den herrschenden Klassen entwickelt worden sind. Diese spiegeln sich im Volk wieder. Der türkische Staat betreibt heute die Feindschaft anderen Völkern gegenüber unter den neuen Bedingungen und in neuen Formen weiter. Um den türkischen Chauvinismus zu entwickeln, schürt er die Feindschaft gegenüber den Armeniern und den Griechen. Er will die Feindschaft gegen die Kurden in Verknüpfung mit der Feindschaft gegen die Armenier und Griechen entwickeln. Das ist es, was hinter dem Phänomen steckt, daß die PKK ständig im Zusammenhang mit den Armeniern und den Griechen genannt wird. Sie klammern sich daran, damit das türkische Volk eine feindliche Haltung gegen das kurdische Volk entwickeln soll. Das bringt aber auch nicht viel. Das bringt auch für das türkische Volk keinen Vorteil. Das griechische Volk und das armenische Volk sind schließlich Völker wie alle anderen auch, sie haben keine solchen Probleme mit dem türkischen Volk, wie der türkische Staat das darzustellen versucht. Die türkischen herrschenden Klassen schüren beharrlich die Feindschaft zwischen den Völkern, womit sie versuchen, ihre Herrschaft weiter aufrechtzuhalten. Die Völker dürfen das nicht unterstützen. Vor allem das türkische Volk darf sich nicht zum Werkzeug dafür machen lassen. Das türkische Volk, das griechische Volk, das armenische Volk, das kurdische Volk und alle anderen Völker haben von der Feindschaft nichts als Schaden.

Frage: *In welchem Gebiet werden in diesem Jahr die Schwerpunkte der Aktionen gesetzt werden?*

Cemil Bayik: Es werden überall in Kurdistan Aktionen entwickelt werden. Es gibt kein einziges Gebiet, in dem die Guerilla nicht präsent ist. Es wäre nicht richtig zu sagen, in einem Gebiet werden viele Aktionen entwickelt und in einem anderen überhaupt keine. Heute sind in allen Gebieten des Landes die Guerillaeinheiten präsent, und überall wird der Kampf entwickelt. Mag sein, daß er an einigen Stellen noch fortgeschrittenere Dimensionen annehmen wird als an anderen. Aber der Kampf wird sich in ganz Kurdistan entwickeln. Sicherlich wird er sich in Gebieten wie Botan noch mehr entwickeln, aber auch überall in Kurdistan.

Frage: *Wie ist dieses Jahr der Zulauf zur Guerilla im Vergleich zu den Vorjahren?*

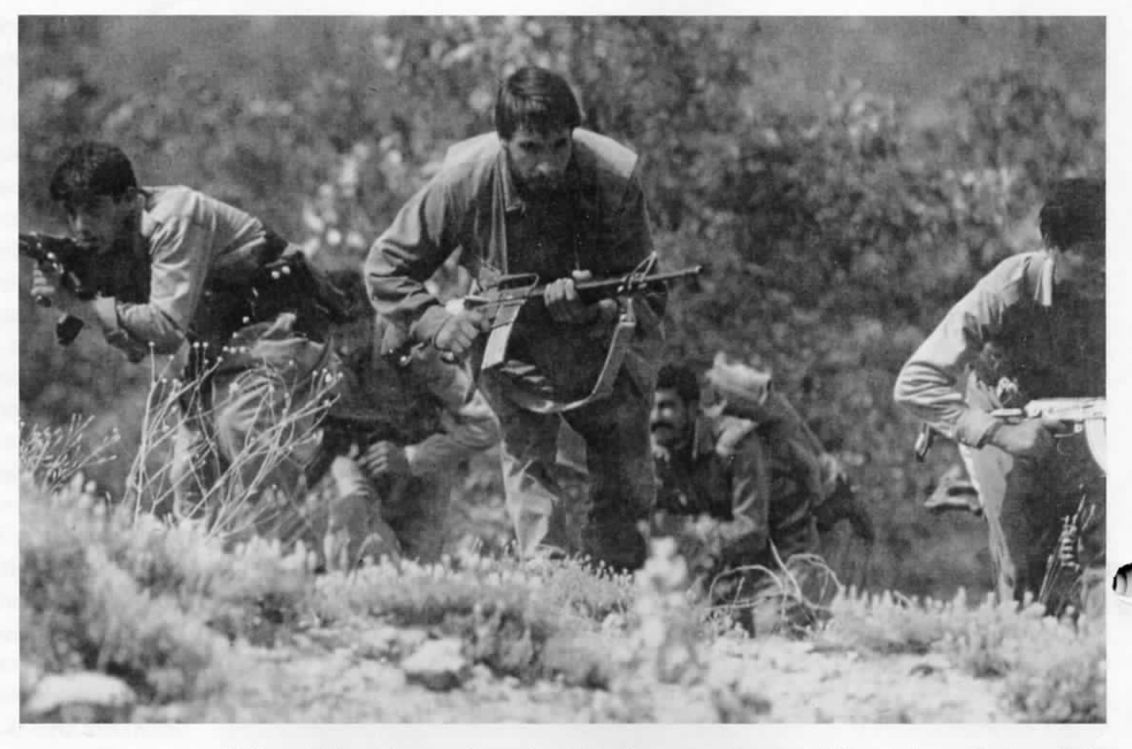
Cemil Bayik: Der Anschluß an die Guerilla ist dieses Jahr um ein Vielfaches höher als in den Jahren zuvor. Als Anhaltspunkt fünf bis zehn Mal höher.

Frage: *Wie beurteilen Sie die Wahlen in Südkurdistan?*

Cemil Bayik: Die Wahlen in Südkurdistan waren entgegen den Behauptungen keine Wahlen im Interesse des kurdischen Volkes. Diese Wahlen sind keine Wahlen, die den Willen des kurdischen Volkes repräsentieren. Diese Wahlen sind der Versuch des Imperialismus, den für die Wahrung seiner Interessen eintretenden besagten Kräften aus Südkurdistan Legitimation zu verschaffen. In Südkurdistan gibt es Kräfte, die diese Zusammenarbeit mit dem Imperialismus überwinden wollen, und die wollen sie aufhalten. Aus diesem Grund sind diese Wahlen keine unterstützenswerten Wahlen. Es sind nicht, wie behauptet, Wahlen, die den Willen des kurdischen Volkes zum Ausdruck bringen würden, ihn sichern würden und im Interesse des kurdischen Volkes wären. Unter dem Deckmantel der Wahlen spielt der Imperialismus, vor allem der US-Imperialismus sein schmutziges Spiel. Das muß man begreifen. Schließlich wurden die Wahlen dann unter den lächerlichsten Vorwänden immer wieder verschoben. Man muß auch erkennen, daß dabei einige Komplotte eine Rolle spielten. Sie wollen die Wahlen nur dann machen, wenn es auf die von ihnen gewollte Weise geht. Diese Verschiebungen sind also nicht aus den, von den besagten kurdischen Organisationen vorgebrachten Gründen gemacht worden. Alle Bemühungen, vor allem von den USA, Englands und der Türkische Republik sind darauf ausgerichtet, Barzani gewinnen zu lassen, und wenn diese Wahlen durchgeführt werden, wird Barzani sie mit großer Wahrscheinlichkeit gewinnen. Die Wahlergebnisse sind schon jetzt abschätzbar. Die anderen Organisationen haben sowieso keine so große Kraft. Die PUK hat noch eine gewisse Kraft. Sie wollen die PUK durch diese Wahlen in den Hintergrund drängen, sie wirkungslos machen. Sie wollen Barzani und die KDP total stärken und in den Vordergrund befördern. Denn die KDP erfüllt am besten die Interessen der Imperialisten und der Türkische Republik. Sie hat ohnehin schon immer mit ihnen Beziehungen und ist eine von ihnen abhängige Kraft.

Frage: *Welche Veränderungen der politischen und ökonomischen Lage in Südkurdistan hätte die Mehrheit der KDP oder der PUK in diesem Parlament zur Folge?*

Cemil Bayik: Egal, ob die PUK, die KDP oder irgendeine andere Kraft in der Mehrheit ist, das wird zu keinerlei positiven Veränderungen führen. Es wird keine Lage entstehen, die dazu beiträgt, daß der Wille des kurdischen Volkes, die Einheit des kurdischen Volkes, ein Klima der Demokratie, gereinigt von der Unterdrückkung und Gewalt gegen das kurdische Volk, erreicht werden kann. Ganz im Gegenteil wird, genau wie früher, in dem Klima der Unklarheit die Unterdrückung und Gewalt weiter steigen.



Frage: *Wie wird die Haltung der aus den Wahlen in Südkurdistan hervorgehenden stärksten Kraft gegenüber der ARGK sein, und welche Haltung wird die ARGK dieser Kraft gegenüber entwickeln?*

Cemil Bayik: Wie ich schon gesagt habe befinden sich unsere Kampfkräfte nicht in Süd-Kurdistan. Die Kräfte der ARGK befinden sich in Nordwest-Kurdistan, im Kampfgebiet. Die Ergebnisse der Wahlen werden sich nicht auf diese Weise auf die ARGK auswirken. Es gibt vereinigte Kräfte in ganz Kurdistan. Es gibt eine Front, die die nationale Einheit des Volkes, das für die Unabhängigkeit Kurdistans kämpft, verteidigt und dafür kämpft. Das ist die patriotische Front für die Unabhängigkeit Kurdistans. Und es gibt mit ihr verbundene vereinigte Kampfkräfte. Ihre Haltung dieser Kraft gegenüber ist bekannt. Ihre Haltung ist die der USA, die der Türkische Republik. Der Beschluß, den sie fassen werden, kommt aus den Zentralen der USA und der Türkische Republik. Sie werden dieser Front gegenüber eine feindschaftliche Haltung entwickeln. Es kann sein, daß sie der Einheit des Volkes ernsthafte Hürden in den Weg legen und Probleme produzieren werden. Wir richten an diese Kräfte folgenden Appell: Wenn sie, wie sie behaupten, tatsächlich Patrioten sind, Kurden sind, Demokraten sind, dann sollen sie keine Hindernis vor der nationalen Einheit des Volkes bilden, dann sollen sie nicht die Feindschaft innerhalb des kurdischen Volkes anschüren. Was von ihnen zu erwarten wäre, ist den Willen des kurdischen Volkes zu respektieren. Wenn sie das nicht tun, wird ihnen das schaden. Das Volk wird dann Schaden erleiden und auch ihre Organisationen. Das müssen sie wissen.

Frage: *Gibt es zur Zeit, vor allem von der KDP konkret, Aktivitäten gegen Euch, und wenn ja, welchen Aktivitäten sind das?*



Cemil Bayik: Die Feindschaft der KDP gegen die PKK ist offensichtlich. Mesut Barzani selbst hat in vielen Pressekonferenzennet, die PKK als Feind dargestellt. Er hat den türkischen Staat als Freund anerkannt, erklärt, daß er mit dem türkischen Staat solidarisch ist. Das ist das konkreteste Beispiel der Feindschaft der KDP gegen die PKK. Die KDP wendet auch Methoden wie Unterdrückung, Gewalt und sogar Folter gegen Menschen an, die mit der PKK sympathisieren. Sie läßt den Menschen, die Sympathien für den von der PKK entwickelten Kampf haben, nicht die kleinste Möglichkeit der politischen Arbeit, vertreibt diese Menschen aus ihren Häusern und verhaftet sie auch manchmal. Sie droht denen, die mit der PKK sympathisieren, sie umzubringen und zu erschießen, wenn sie ihre Sympathie nicht aufgeben.

* * *

"Die PKK ist das Volk, und das Volk ist die PKK!"

Bericht von einer einwöchigen Delegationsreise Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Ärzten sowie eines Pastors nach Kurdistan

Noch vor zwei Tagen waren wir in der kurdischen 150.000-Einwohner-Stadt Batman und haben die Namen von 32 Menschen erfahren, die dort in den vergangenen 3 Monaten von Spezialeinheiten hinterrücks ermordet wurden. Und noch vor drei Tagen waren wir zu Besuch in einem Dorf, in dem vor 6 Wochen, im Verlauf einer einzigen Nacht, 38 Menschen von der türkischen Armee umgebracht wurden. Wir haben die zerbombten Häuser gesehen und mit den Überlebenden gesprochen. Und wenn man dort ist und das sieht, dann denkt man, daß sich einem/einer diese Bilder für immer einprägen und man sie nie vergessen würde. Aber hier sieht gleich alles anders aus, und schnell holt der Alltag, die Kleinarbeit einen ein.

Damit das nicht so kommt, haben wir uns zusammen mit den kurdischen Freunden überlegt, eine Art Städtepartnerschaft von unten, d.h. auf der Basis der Freundschaft und Solidarität der Menschen, und nicht der Regierungen, zwischen Hamburg und Batman, der Stadt unserer kurdischen Gastgeber während unserer Reise, aufbauen zu wollen. Um durch die Kontinuität von Besuchen und Gegenbesuchen sowie konkreten Projekten die Erinnerung wach und plastisch zu halten und aus ihr heraus zu wachsenden und sich ausbreitenden Aktivitäten in der praktischen Solidaritätsarbeit auf möglichst vielen gesellschaftlichen Ebenen zu gelangen. Die Gastfreundschaft und die Herzlichkeit des gequälten und dennoch so zuversichtlichen und kämpferischen kurdischen Volkes soll uns dabei eine Verpflichtung und ein ständiger Ansporn sein, immerhin das Wenige zu bewegen, was wir bewegen können, um der Parole "Hoch die internationale Solidarität" ein wenig Substanz zu geben.

Istanbul, 23.5.92 nachmittags: eine große Gruppe von Kurden holt uns, in einem eigens dafür gecharterten Bus, am Flughafen ab. Wir sind 23 Deutsche und ein türkischer Kollege, der zugleich als Dolmetscher fungiert, und als Eisenbahner vom Hauptvorstand seiner Gewerkschaft, der GdED, zu dieser Reise delegiert wurde. Wir 23 Deutsche sind 10 Frauen und 13 Männer im Alter zwischen 25 und 60, Gewerkschafter/innen aus der IG Metall, der IG Medien, der HBV, der IGChemie und der GEW - die meisten als von ihren Gewerkschaften als Beobachter bzw. Berichterstatter delegierte Funktionsträger/innen - sowie 2 Rechtsanwältinnen, 2 Rechtsanwälte, 2 Ärzte und ein Pastor.

Wir wundern uns, wie offen über die Fragen des kurdischen Befreiungskampfes und die PKK - auch beim späteren gemeinsamen Begrüßungsessen in einem öffentlichen Restaurant - gesprochen wird. Aber das lernen wir bald: Es ist nicht Sorglosigkeit oder gar die Liberalität der Verhältnisse, sondern vielmehr der Umstand. Daß die Angst um das eigene Schicksal, die Angst davor, verhaftet zu werden, in dieser historischen Phase der Realität der Befreiung Kurdistans fast völlig verschwunden ist angesichts der Größe und Erhabenheit des gemeinsamen Zieles. Die meisten unserer Gesprächspartner sind schon unzählige Male festgenommen worden. Zum Teil auch gefoltert, wenngleich die Folter in Istanbul nicht mehr in dem Maße ausgeübt wird wie im Osten, wo sie nach wie vor zur Normalität gehört.

Unser erster Interview-Partner ist der türkische Chefredakteur der kurdischen Wochenzeitung Yeni Ülke. Er führt, unter dem Beifall seiner Kollegen, die Veränderungen in der Türkei, daß jetzt überhaupt eine gewisse halblegale kurdische Organisierung möglich geworden ist, ausschließlich auf den Druck der Guerilla-Aktivitäten sowie der Volksaufstände in den kurdischen Provinzen zurück, und nicht etwa als eine Folge internationalen Drucks auf die Türkei oder gar deren innerer Demokratisierung. Und auf welch wackligen Füßen diese Möglichkeiten einer zumindest halblegalen kurdischen Organisierung innerhalb der Türkei stehen, zeigt am besten das Beispiel der Zeitung Yeni Ülke selber: von bisher gut 80 erschienenen Ausgaben wurden mehr als die Hälfte beschlagnahmt. Das Vorweisen von Presseausweisen von Yeni Ülke stellt eher einen Verhaftungsgrund als einen Schutz dar, und während wir dies erfahren, sitzen wir unter dem Bild des vor 3 Monaten von der Kontraguerilla ermordeten Batman-Korrespondenten Cengiz Altun, mit dessen Nachfolger wir die nächsten Tage bei unserer Rundreise verbringen werden.

Anschließend fahren wir ins Mesopotamische Kulturzentrum, wo wir u.a. mit der Vorsitzenden des gerade verbotenen Frauenvereins sprechen können und von dem alltäglichen Chauvinismus erfahren, der sich insbesondere gegen die kurdischen Frauen richtet, wenn sie offen und öffentlich als solche auftreten. So zum Beispiel am 8. März, als der Block der kurdischen Frauen bei der gemeinsamen Demonstration in Istanbul angegriffen wurde. Wir erfahren aber auch, daß und wie gerade die kurdischen Frauen ihren Identität im gemeinsamen Kampf für die Freiheit ihres Volkes gewinnen, wenn gleich sie einräumen, daß die Durchsetzungen ihrer gesellschaftlichen Gleichberechtigung angesichts dessen, daß sie bis vor kurzem - überwiegend analphabetisch - noch in fast oder ganz feudalen Strukturen und Abhängigkeitsverhältnissen lebten, noch ein weiter Weg ist, der sich im Kampf und durch diesen aber immerhin erstmals in der Geschichte geöffnet hat.

Als nächstes besuchen wir das gerade gegründete kurdische Institut, dessen Direktor der Soziologe Ismail Besikci ist, und das sich mit der Erforschung der kurdischen Sprache, Kultur und Geschichte beschäftigen soll. Mitten im



Der Menschenrechtsverein von Sirnak nach den Angriffen

Raum steht ein sehr großes Schild, auf dem Kurdisches Institut in kurdischer Sprache geschrieben ist. Eigentlich sollte es die Hausfassade zieren, aber die Polizei hat es gleich bei der Eröffnung abgenommen und die Wiederanbringung verboten.

Weiter fahren wir zu einigen Familien kurdischer Christen, die aus 13 Dörfern in Botan vertrieben worden waren, weil sie PKK- Guerillas unterstützt und sich geweigert hatten, Dorfschützer aufzustellen. Da wir aus Berichten der Gesellschaft für bedrohte Völker Informationen hatten, daß die christlichen und yesidischen Minderheiten in Kurdistan besonderer Verfolgung ausgesetzt seien, die von den muslimischen Kurden ausginge, fragen wir hier und bei späteren Zusammentreffen in Kurdistan mehrfach sehr genau nach. Es wird uns von diesen Christen ausdrücklich versichert, daß es nie Probleme zwischen muslimischen, christlichen oder yesidischen Kurden, die stets Dorf an Dorf in guter Nachbarschaft gelebt hätten, gegeben habe. Lediglich jetzt versuche der türkische Staat, mit Hilfe einer Bande bezahlter Verbrecher und Vergewaltiger, der sogenannten Hisbollah, die auch nach Angaben verschiedener Mullahs, mit denen wir Gelegenheit zu Gesprächen hatten, keine reiligiöse fundamentalistische Bewegung, sondern eine bezahlte Provokateurs-Soldateska seien , besonders gegen die religiösen Minderheiten vorzugehen, da diese am stärksten mit dem Nationalen Befreiungskampf unter Führung der PKK sympathisierten, und man somit versuche, diesen als Sache der Ungläubigen hinzustellen. So wird in der türkischen Presse auch immer wieder behauptet, Abdullah Öcalan sei in Wirklichkeit ein Armenier, und lokale Armee-Hauptquartiere werden, wie wir mehrfach beobachten konnten, gerne im Moscheen eingerichtet, um im Falle von Angriffen der Guerilla auf diese Hauptquartiere die Sache hinterher in den Medien so hinstellen zu können, als hätten die Ungläubigen wieder grundlos Gotteshäuser zerstört.

Dieser Aspekt der Brüderlichkeit der Kurden verschiedener Konfessionen wurde uns bei all unseren Gesprächen an ebenso zentraler Stelle genannt wie die gewünschte Brüderlichkeit zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk. Nirgendwo sind wir auf einen, wie auch immer gearteten, kurdisch-muslimischen oder kurdischnationalistischen Chauvinismus getroffen. Der Haß der Menschen richtete sich ausschließlich gegen den türkischen Staat, seine Organe und Kollaborateure. Woher anderslautende Berichte sogenannter internationaler Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen stammen, wissen wir nicht, aber berichteten und nachgewiesenene Übergriffen gegen demokratische und insbesondere kurdische Einrichtungen vonseiten der Sicherheitskräfte als Außenstehende noch den Eindruck eines einigermaßen normalen Lebens haben konnten, änderte sich dies in Diyarbakir schlagartig. Bereits auf dem Rollfeld dieses kleinen Flughafens mußten wir durch ein Spalier schwerbewaffneter Soldaten mit kugelsicheren Westen hindurch. Dieser Eindruck eines besetzten Landes setzte sich auf der Fahrt ins Zentrum der Stadt fort und sollte bis zu unserem Abflug so bestehen bleiben. An allen Ein- und Ausfahrten der Städte, sowie den wichtigen Straßenkreuzungen, befanden sich Kontrollpunkte der Polizei und Gendarmerie - z.T. in gemauerten Unterständen - mit Schützenpanzern, Maschinengewehren und Maschinenpistolen bzw. Sturmgewehren ausgerüstete Soldaten sowie Spezialeinheiten, die mit ihren geckenhaft ausrasierten Vollbärten, ihren Spiegelglassonnenbrillen und ihren lässig getragenen Pistolen, kaugummikauend den Eindruck zu erwecken versuchten, daß sie alles im Griff hätten. Wir haben gesehen, wie sie kurdische Menschen kontrollierten, indem sie sie mit gespreizten Beinen und den Händen auf die Dächer ihrer Autos gelegt, aufstellen ließen. Die vielfachen Berichte über die dabei erfolgte Behandlung mittels Fußtritten, Schlägen und Bedrohungen sind in unserem Beisein zwar nicht erfolgt, aber wenn man die Atmosphäre dieser



Newroz in Cizre, März 1992

Kontrollen miterlebt hat, kann man sich nur zu gut vorstellen, wie das abläuft, wenn keine internationalen Beobachter zugegen sind.
Auf einer Fahrt von Batman über Idil, Cizre, Sirnak, Siirt und zurück nach Batman wurden wir 14 mal kontrolliert, unsere Pässe überprüft, unsere Namen registiert und an den Kontrollpunkt im nächsten Ort durchgegeben worden. Als wir einmal unterwegs einen Tee trinken gegangen waren, fragte der nächste Posten sofort, wo wir solange geblieben wären. Dies hatte zur Folge, daß die Sicherheitskräfte am nächsten Tag alle in Frage kommenden Dörfer abfuhren und die Bewohner verhörten: ob wir bei ihnen gewesen wären, was wir gewollt und was sie uns gesagt hätten. Wir wissen dies, weil wir unsere Gruppe aufgeteilt hatten und der zweite Teil unserer Gruppe am folgenden Tag durch die gleichen Orte fahren wollte. Mit dem Ergebnis, daß sie nach Sirnak und Nusaybin überhaupt nicht hineingelassen, und in Sirnak 2 Stunden festgehalten wurden, während ihr Minibus auf der Suche nach unserer Videokamera vergeblich durchsucht wurde.
Während all dieser Kontrollen wurde stets deutlich, daß die Sicherheitskräfte, trotz der demonstrativen Zur Schaustellung ihrer militärischen Macht, extrem nervös waren und mehr Angst vor den Personen, die sie kontrollierten, zu haben schienen, als umgekehrt. Als wir einmal fragten, warum sie so nervös seien, wo doch alles ganz friedlich wäre, wurde uns gesagt: Ja, tagsüber sehen sie (die Kurden) harmlos aus, aber nachts schießen sie auf uns. Die schießen alle auf uns! und mit einer Geste -auf die Dörfer am Fuße des Cudu-Massivs: Die sind alle Terroristen! Während sie sich uns gegenüber relativ zurückhaltend verhielten und offensichtlich stark verärgert waren, daß sie keine genauen Anweisungen erhalten hatten, wie sie mit uns umgehen sollten, wurde unser türkischer Dolmetscher sowie unsere kurdischen Chauffeure mehrfach als Hurensöhne und Hunde beschimpft.
In Botan hatte sich die Situation in sofern sowieso schon verschärft, daß die Städte nicht mehr nur von Polizei und Gendarmerie kontrolliert, sondern im wahrsten Sinne des Wortes von Panzern und Panzerfahrzeugen sowie Spezialeinheiten umstellt waren. Durch die Straßen rasten in kürzesten Abständen Kolonnen von Jeeps und Schützenpanzern, aber auch Kampfpanzern. Als wir den Bürgermeister von Cizre Interviewten, sagte er, daß der türkische Staat schon seit Monaten keine Gehälter für die Beamten mehr schicke, und daß das fließende Wasser nicht mehr funftioniere, daß aber zum Schutz der Bevölkerung ständig Panzer kämen, darunter auch vier deutsche. Allerdings haben wir auf einem Hügel vor der Stadt, aus Idil kommend, bereits Dutzende von Panzern und ein riesiges Militärlager gesehen. Da die Stadt nur 60.000 Einwohner hat, kommen, nach verschiedenen Angaben, die allein aufgrund des äußeren Eindrucks absolut glaubwürdig sind, auf höchstens vier Einwohner ein Soldat.
In Cizre haben wir ein Privathaus besucht, in dem wir mindestens 20 cm starke Mauerdurchschüsse in Wohn- und Schlafzimmerwänden vorfanden, wie sie nur von Panzerkanonen verursacht worden sein können. In Sirnak, aber auch in Idil und Cizre, waren die Fassaden unzähliger Häuser von Einschüssen von MG-Garben gezeichnet. Die Fensterscheiben werden dort sowieso nicht mehr erneuert, sondern nur noch notdürftig mit Klebstreifen geflickt. In Sirnak konnten wir weder mit den Verantwortlichen der HEP, als auch des Menschenrechtsvereins sowie von Yeni Ülke keine Interviews durchführen, da sie sich seit 3 Wochen im Gefängnis befanden.
Was uns sehr stark beeindruckte, war der Umstand, daß alle Menschen, denen wir begegneten, ob in den Städten oder den Dörfern, trotz dieser für uns unvorstellbaren militärischen Präsenz, offen sagten, daß sie Kurden seien und sich mit dem Freiheitskampf ihres Volks vollständig identifizierten. Früher wurden wir verhaftet, geschlagen, gefoltert und umgebracht und wußten nicht warum und wofür. Heute wissen wir warum, und wir halten dies alles aus, weil wir jetzt eine Hoffnung haben. Das ist die Befreiung Kurdistans. Dabei haben wir nur die PKK, und das müßt ihr wissen: das kurdische Volk ist die PKK, und die PKK ist das kurdische Volk. Wir sind keine Terroristen, wir sind Kurden. Dieses offene Auftreten, in den zerbombten Dörfern, wo die Häuser zum größten Teil verwüstet und etliche der Dorfbewohner ermordet worden waren, oder in der Stadt Batman, wo allein in den vier Tagen unseres Aufenthaltes 6 Menschen auf offener Straße ermordet wurden, hat uns den Inhalt der Parole "Kurdistan wird das Grab des Faschismus werden" deutlich werden lassen. Auch wenn es noch unendliches Leid und unzählige Tote kosten wird: keine Kraft der Welt, weder die Türkei noch die Imperialisten, werden den Freiheitsmarsch dieses furchtlos gewordenen stolzen Volkes mehr aufhalten können. Aber um dem Morden Einhalt zu gebieten, ist unser Druck hier auf die imperialistischen Mächte und ihre Türkei- bzw. Mittelost-Politik von größter Bedeutung, denn wenn die militärische, politische und wirtschaftliche Hilfe für die Türkei gestopt werden könnte, wird unsere Guerilla mit der türkischen Armee schon alleine fertig, wie uns die Freunde im Angesicht eines total zerstörten türkischen Militärlagers durchaus glaubhaft versicherten.



Durch das türkische Militär angegriffenes kurdisches Haus

Komela Dostaniya Kurd û Elemanen
Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein

Am 17.Mai 1992 wurde in Köln der "Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein - Komela Dostaniya Kurd û Elemanen" gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen Menschen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen wie z.B. der Arbeitskreis Kurdistan-Solidarität, der Volksfront, dem deutschen Freidenkerverein, dem Kurdischen Arbeiterbund, kurdische StudentInnen und viele Einzelpersonen aktiv teil. Die Gründungsversammlung hat in ihrer Satzung den Zweck des Vereins wie folgt festgelegt und verabschiedet: Der Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein setzt sich für die deutschkurdische Freundschaft und die Selbstbestimmung des kurdischen Volkes in einem freien Kurdistan entsprechend der UN-Charta ein. Der Verein fördert und hilft in Not geratenen Menschen durch zeitweilige Aufnahme und Versorgung sowie Beratung und rechtliche Hilfe. Der Verein setzt sich für die Bildung, Ausbildung von Kindern und Jugendlichen ein. Er fördert Jugendpflege und Jugendfürsorge. Er bietet den jungen Menschen Orientierung zu Fragen der Gesellschaft und von Kultur, Bildung und Beruf an. Er setzt sich für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht an den öffentlichen Schulen, notfalls in eigenen Räumen ein. Er bietet den Kindern und Jugendlichen in Gesprächen, Schulungen und Seminaren Hilfen und Weiterbildung an. Er fördert die kulturelle Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und stärkt damit ihr Selbstbewußtsein und ihre kulturelle Identität, z.B. durch Förderung von Tanz-, Theater- und Musikgruppen zur Pflege der kurdischen Kultur. Der Verein fördert und betreibt Erwachsenenbildung auf allen Gebieten der allgemeinen Bildung und Kultur durch Vortragsveranstaltungen und Seminare und fördert die Hilfe von Studenten. Er unterstützt die Forschung auf den Gebieten der kurdischen Sprache, der Geschichte, der Kultur, der Wissenschaft und der Wirtschaft. Der Verein setzt sich für den Frieden, die Freiheit aller Menschen und die strikte Achtung der Menschenrechte, für Demokratie und Selbstbestimmung und für die Gleichheit der Menschen aller Länder sowie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein. Er fördert internationale Gesinnung und Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, der Wissenschaft und der Weltanschauung. In diesem Sinne fördert er Städtepartnerschaften, Hilfen auf den Gebieten der Gesundheitsfürsorge, der humanitären Hilfen, Entwicklungshilfen in wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Sinne, die allen Menschen gleichermaßen zugute kommen. Er bietet schließlich allen Opfern von Krieg und Unterdrückung seine Hilfe und Unterstützung an und setzt sich mit allen seinen Möglichkeiten gegen die Mißachtung von Minderheitenrechten ein.



Die Vereinsgründung erfolgte nach vorausgegangener Diskussion, die zu dem übereinstimmenden Ergebnis geführt hat, daß es erforderlich ist, endlich die Kräfte zusammenzuführen, die sich an der Seite des kurdischen Volkes für ein befreites Kurdistan einsetzen wollen. Unsere praktische Arbeit hat sofort begonnen, und schon nach kurzer Zeit haben uns Anträge auf Mitgliedschaft und Zusagen von Unterstützung erreicht aus Istanbul und Cizre, aus der Bundesrepublik und aus der Schweiz. Wir freuen uns, daß wir von Tag zu Tag mehr Freunde und Freundinnen zu unserem Verein zählen können. Allein im Wirkungsbereich des DeutschKurdischen Freundschaftsvereins, im Regierungsbezirk Köln, leben über 14.000 Kurden. In den Ausländerdateien wird das kurdische Volk unter der Rubrik "Staatsangehörigkeit: Türke, kurdischer Herkunft" geführt. Für die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland stellen die Medien, hier insbesondere das Fernsehen, die hauptsächliche Informationsquelle über das kurdische Volk dar. Nur wenige Menschen haben unmittelbare und freundschaftliche Kontakte zu hier lebenden Kurden und Kurdinnen. Aus einer Entfremdung und Isolation heraus mangelt es denn auch an der Fähigkeit, zu einer der Realität entsprechenden Einstellung zum Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu gelangen. Bis auf wenige Ausnahmen verbreiten die Medien reine Staatspropaganda, die ihren Gipfel darin erreicht, daß der deutsche Staat sich der menschenverachtenden Ideologie des türkischen Staates gegenüber dem kurdischen Volk schmutzig anschließt. Im Rahmen der Deutsch-Türkischen Freundschaft liefert die Bundesrepublik Deutschland jetzt wieder Waffen an seinen Türkischen Bruder, mit denen der Befreiungskampf des kurdischen Volkes zerschlagen werden soll. Die Bundesrepublik Deutschland scheut keinerlei Kosten für ihre Kriegspolitik, wenn es z.B. darum geht, die PKK an der Seite des kurdischen Volkes als terroristische Bande zu diffamieren und damit zum Abschuß freizugeben. Sowohl die Bundesrepublik als auch die Türkei bedienen sich der Medienzensur und definieren selbstherrlich, was Terrorismus ist: Befreiungskampf ist Terror, und die Güte des Staates kommt darin zum Ausdruck, ein Volk, welches sich befreien will, handlungsunfähig zu machen durch eiskalten Völkermord. In der Bundesrepublik wird so gut wie nichts von Regierungsseite gegen den wachsenden Rassismus unternommen. Die Ausländer, die aus ihrer Heimat fliehen müssen, weil dort Krieg herrscht, werden hier wie Vieh behandelt. Sie müssen in feuchten Blechcontainern leben, werden völlig isoliert gehalten, notfalls hinter Stacheldraht, erhalten keine Möglichkeit, ihre Kultur fortzuleben, und selbst medizinische Versorgung wird unter dem Hinweis auf die Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu allererst bei den Ausländern gestrichen. Sogenanntes "Kinogeld" bezahlt das Sozialamt nicht mit der Begründung, daß die Ausländer ohnehin die Sprache nicht verstehen und somit keinen Anspruch auf ein kulturelles Leben in der Öffentlichkeit haben. Deutsche und Ausländer sollen im Konkurrenzkampf vor die Futterkrippen getrieben werden, deren Inhalt der Staat selbstherrlich bestimmt. Es ist an der Zeit, im Klartext über die wahren politischen Verhältnisse zu sprechen und ohne weiteres Zuwarten dieser Menschenverachtung praktisch zu begegnen. Die Welt erlebt gegenwärtig eine völlige Neuorientierung, und darin muß die Menschlichkeit das Sagen erhalten. Bereits jetzt stehen dem Deutsch-Kurdischen Freundschaftsverein 25 kurdische Lehrer zur Verfügung, die in kurzer Zeit damit beginnen werden, den kurdischen Kindern muttersprachlichen Ergänzungsunterricht zu erteilen. Solange der Verein noch nicht über eine staatliche finanzielle Förderung oder über Spenden verfügt, werden die Lehrer ohne Bezahlung arbeiten. Jeder, der sich an unserer Arbeit beteiligt, weiß, daß man angesichts der Tatsache, daß täglich Massaker gegen das kurdische Volk stattfinden, mit guten Worten und bloßen Absichtserklärungen nicht einen Schritt weiterkommt. Sofortiges Handeln gegen menschenunwürdige Politik ist zu einer wahren Pflicht geworden. Alles andere läuft darauf hinaus, durch Passivität zum Mitschuldigen zu werden. Deutsch-Kurdische Freundschaft bedeutet, aus dem Herzen heraus eine Freundschaft zu schließen und die Bereitschaft zu beweisen, miteinander und füreinander zu leben. Im Prozeß des gegenseitigen Kennenlernens- z.B. bei einer Musik- oder Tanzveranstaltung oder beim Unterricht- können wahre Werte ausgetauscht werden. Ein befreites Kurdistan wird für die ganze Welt eine wertvolle Bereicherung sein, so wie der Krieg gegen das kurdische Volk eine weltweite Schande bedeutet. Der Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein will sich als eine Dachorganisation verstehen, unter der möglichst viele Menschen zusammenfinden können, die mit diesem schmutzigen Krieg nichts zu tun haben wollen, und die deshalb ein Änderung der Politik fordern. Für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ist die kurdische Kultur noch etwas weitgehend Unbekanntes und sehr abstrakt. Durch unsere Aktivitäten wird dieses abstrakte Verhältnis aufgelöst und mit Leben erfüllt. Das Ergebnis wird eine selbstverständliche Solidarität und gegenseitige Liebe sein. Von solcher Stufe aus ist ein gemeinsamer Befreiungskampf mit den Völkern grundsätzlich auch nur möglich. Niemand kann über die Probleme in der Nachbarschaft, in Kurdistan oder sonst wo in der Welt hinwegsehen, denn jeder ist unmittelbar betroffen. Der DeutschKurdische Freundschaftsverein wird seine Eintragung als "e.V." beim Vereinsregister beantragen und ebenso seine Anerkennung als besonders förderungswürdiger und gemeinnütziger Verein. Die Anträge auf Unterstützung werden praktisch kostenneutral sein, wie dies am Beispiel des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichtes für kurdische Kinder gezeigt werden kann. Der Verein hat über 5000 Fragebögen vorliegen, und das Ergebnis wird sein, daß genau dargelegt werden kann, wieviele Kinder z.Z. türkischen Sprachunterricht erhalten, weil kein kurdischer Sprachunterricht gefördert wird. In diesem Fall wird es also um die Anerkennung des Rechtes, die kurdische Sprache zu erlernen, gehen. Die Schulbehörden werden bald zu entscheiden haben.

Kontaktadresse:
Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein
c/o Heike Krause, Anwaltsbüro
Simrockstraße 19, 5000 Köln 30
Telefon: 0221-525055
Telefax: 561369

Festivala Kurdistan a navnetewî



Internationales Kurdistan – Festival

Ruhrstadion – Bochum / 01. 08. 92 / saat: 12.00

Tertip Komitesi